

AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

ISSN 6153-2115

Afrika

Christoph Marischka - Schlechte Rezepte für den Golf von Aden - **1**

Jürgen Wagner - Südsudan: Neue Heimat des AFRICOM? Westliche Planspiele für eine dauerhafte Militärpräsenz - **4**

Christoph Marischka - Elfenbeinküste: Multilaterale Wahlen bringen Bürgerkrieg - **8**

Afghanistan

Jonna Schürkes - Bodentruppen der Besatzung: Polizeiaufbau in Afghanistan - **11**

Deutschland und die Bundeswehr

René Jokisch - Cybercrime & Gendarmerien: Die Fünften Berliner Sicherheitsgespräche mit dem Bund Deutscher Kriminalbeamter - **16**

Malte Lühmann - Deutsche Satelliten für die militarisierte Weltraumnutzung - **19**

EU-Militarisierung

Malte Lühmann und Jürgen Wagner - Wikileaks und Halbzeitprüfung: Galileos doppelte Bankrotterklärung - **22**

Vereinte Nationen

Thomas Mickan - Die UN und der neue Militarismus (Teil IV): Die Rüstungsindustrie und das Peacekeeping - **23**



Editorial:

Die Münchener Sicherheitskonferenz ist vorbei. Mehr als 5000 Menschen haben gegen das Treffen von Militärs, Politikern und Industrie protestiert. Auf der Konferenz ging es vor allem um die Proteste in Ägypten und wie die westliche Welt damit gedenkt umzugehen. Vordergründig wurde die Protestbewegung begrüßt, gleichzeitig müsse aber auch sichergestellt werden, dass der „Übergangsprozess“ in geregelten Bahnen verlaufe, so der Tenor. Angela Merkel formulierte es folgendermaßen: „Wandel muss gestaltet werden“.

Weiteres wichtiges Thema war der Krieg in Afghanistan. Erst Ende Januar hatte der Deutsche Bundestag, gegen den

Willen des Großteils der Bevölkerung, erneut das Mandat für den Afghanistan-Einsatz verlängert. Die deutschen Medientaten so, als würde mit diesem Mandat - im zehnten Jahr des Krieges - ein Abzug eingeleitet werden. Dass dies nicht der Fall ist, zeigt u.a. der Artikel zum Polizeiaufbau in Afghanistan in dieser Ausgabe des AUSDRUCK.

Den Schwerpunkt des Heftes bilden jedoch verschiedene Artikel zu Afrika. In ihnen wird gezeigt, wie die „Internationale Gemeinschaft“ mit verschiedenen Mitteln versucht, dem Westen wohlgesonnene Regime an die Macht zu bringen oder zu halten. Diese reichen von Sank-

tionen gegen einzelne Personen, die vor-schnelle Anerkennung von Wahlsiegen, die Ausrüstung von Sicherheitskräften, bis hin zur Schaffung eines neuen Staates.

Des Weiteren bietet dieser AUSDRUCK einen Bericht zu den „Berliner Sicherheitsgesprächen“, eine Analyse zu deutschen Militärsatelliten und den vor-erst letzte Teil der Serie zur Militarisierung der UN, die zusammen hoffentlich zahlreiche neue kritische Informationen bieten.

Die Redaktion

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka, Jonna Schürkes, Michael Haid, Andreas Seifert (Layout).

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 25 € bzw. Förderabo 37 €.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten: Δ Malte Lühman, Deutsche Satelliten für die militariserte Weltraumnutzung, in: Wissenschaft und Frieden 1/2011.

Bildnachweise wie angegeben außer: Titelbild: IMI; S. 3: Boot vor der Küste Somalias, Stil aus einem Video der EU-Mission Atalanta.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Christoph Marischka und Jürgen Wagner sind IMI-Vorstandsmitglieder. Jonna Schürkes, Rene Jokischund Malte Lühmann sind IMI-Beiräte. Thomas Mickan war Praktikant bei der IMI.

Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisierung und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist:

1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20).
IMI-Förderverein: 1766996 bei der Kreissparkasse Tübingen.

Kontakt:

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203 (Sudhaus)
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de



Schlechte Rezepte für den Golf von Aden

von Christoph Marischka

Kurz bevor im Bundestag Ende 2010 die Abstimmung über eine Verlängerung der deutschen Beteiligung am EU-Marineinsatz ATALANTA am Horn von Afrika anstand, richtete sich ein ungewöhnlich breites Bündnis von entwicklungspolitischen Gruppen und Menschenrechtsorganisationen mit einem Positionspapier an die Abgeordneten. Die „Verteidigung der maritimen Handelsinteressen“ durch ATALANTA geschehe in einer „Art und Weise, die aufgrund der bisherigen Erfahrungen berechtigten Anlass zu der Vermutung gibt, dass [sie] die Gesamtlage noch verschlechtert“.¹ Trotzdem verlängerte der Bundestag mit 487 zu 68 Stimmen bei 12 Enthaltungen die Beteiligung der Bundeswehr an der EU-Mission zur Pirateriebekämpfung. Zahlreiche andere Maßnahmen Deutschlands und der EU, die zu einer weiteren Militarisierung und Destabilisierung der Region beitragen, sind hingegen der Öffentlichkeit kaum bekannt und entziehen sich auch der parlamentarischen Kontrolle. Im Mittelpunkt steht dabei die Aufrüstung des Jemen, Äthiopiens, Ugandas und Kenias, welche jeweils eigene Interessen in Somalia verfolgen.

Das u.a. von Amnesty International und dem Evangelischen Entwicklungsdienst (eed) eingebrachte Positionspapier übte auch scharfe Kritik am Vorgehen der „internationalen Gemeinschaft“ gegenüber Somalia selbst: Die „Ausrüstungs- und Ausbildungsprogramme für bewaffnete Kräfte der [Übergangsregierung] TFG steigern in der derzeitigen Lage in nicht kontrollierbarer Weise das Gewaltpotenzial im Land... Die internationale, aber auch die deutsche Strategie ist dabei vorrangig auf die Unterstützung der TFG ausgerichtet. Dieser Ansatz ignoriert jedoch alle Erfahrungen aus einer 19-jährigen Geschichte von Interventionen und verkennt die Realität in Somalia“.²

Hinsichtlich der Truppen der AU-Mission AMISOM, welche Teile der somalischen Hauptstadt Mogadischu kontrollieren und quasi als der Fuß der internationalen Gemeinschaft in der Tür zum somalischen Bürgerkrieg fungieren, heißt es vorsichtig, diese „sollten nachdrücklich dazu angehalten werden, internationales Humanitäres Völkerrecht und die Menschenrechte zu beachten.“³ Was sich dahinter verbirgt, machte wenige Tage später der humanitäre Nachrichtendienst der UN, IRIN, deutlich. Nahezu täglich würden die AMISOM-Truppen Wohnviertel und den wichtigsten Markt der Hauptstadt mit Mörsergranaten beschießen.⁴ Dass sie dabei nicht zwischen zivilen und militärischen Zielen unterscheiden, wie es das humanitäre Völkerrecht vorschreibt, war zuvor schon von Human Rights Watch⁵, dem UNHCR und Amnesty International⁶ kritisiert worden. Dies ist v.a. deshalb brisant, weil der Einsatz der AMISOM überwiegend von Deutschland und der EU finanziert wird, die zusätzlich noch weitere Konfliktparteien im somalischen Bürgerkrieg ausrüsten und unterstützen.

Die Aufrüstung des Bürgerkrieges

Auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hin musste die Bundesregierung einräumen, dass die Europäische Union bislang 142 Mio. Euro alleine aus dem Europäischen Entwick-

lungsfonds für den Bürgerkrieg in Somalia bereitgestellt hat.⁷ Hinzu kommen bilaterale Beiträge der Mitgliedsstaaten. Ein Großteil der Gelder fließt an die Einheiten der AMISOM, die formal von der Afrikanischen Union koordiniert werden. Diese wird wiederum zu einem Viertel (72 Mio. Euro) von der EU finanziert.

Obwohl der Bundesregierung bekannt ist, dass diese Einheiten häufig keinen Sold erhalten oder diesen erst verspätet ausbezahlt bekommen, schwere Menschenrechtsverletzungen begehen und gegen das Kriegsvölkerrecht verstoßen, übt sie keine Kritik an deren Finanzierung, sondern verweist sie lediglich darauf, dass der militärische Gegner ebenso rücksichtslos vorgehe.⁸ Deutschland trägt alleine ein Fünftel der EU-Beiträge zur Unterstützung der AMISOM.

Militärhilfe für Äthiopien

Hinzu kommt die massive Unterstützung des Nachbarstaates Äthiopien durch Deutschland. Äthiopien ist nicht nur für die Eskalation des Bürgerkrieges in Somalia seit dessen Einmarsch im Winter 2006/2007 verantwortlich, sondern geht auch in seinem Inneren äußerst repressiv gegen jegliche Opposition vor. Human Rights Watch belegte kürzlich in dem Bericht „Entwicklung ohne Freiheit“, wie dort westliche Entwicklungshilfegelder für die brutale Unterdrückung der eigenen Bevölkerung verwendet werden.⁹ Auch das ARD-Magazin FAKT kritisierte die enge Zusammenarbeit der Bundesregierung mit der Militärdiktatur in Äthiopien.¹⁰

Dennoch gilt Äthiopien – so die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage – in Deutschland als „grundsätzlich förderungswürdiger Staat“. Dementsprechend erhält es von Deutschland militärische Ausstattungshilfe und wird durch eine „Beratergruppe“ der Bundeswehr unterstützt. Seit 1998 wurden 73 höherrangige äthiopische Soldaten an Einrichtungen der Bundeswehr fortgebildet,¹¹ für 2011 bot die Bundesregierung dem äthiopischen Militär erstmals ein „bilaterales Kooperationsprogramm“ an.¹² Ende Oktober nahm ein deutscher Stabs-offizier an einer von der EU finanzierten Militärübung in der Hauptstadt Addis Abeba teil, in dem ein AU-Einsatz auf einer fiktiven Insel vor Somalia trainiert wurde.¹³ Kurz zuvor hatte der EU-Militärstab Addis Abeba besucht und Gespräche mit dem äthiopischen Verteidigungsminister geführt.¹⁴ Die äthiopischen Streitkräfte hatten zuvor finanziert vom Auswärtigen Amt fast 1.000 somalische „Polizisten“ (tatsächlich handelte es sich dabei um Soldaten) ausgebildet, über deren anschließenden Verbleib die Bundesregierung zunächst keine Angaben machen konnte. Zuletzt gab sie als Aufenthaltsort der „Polizisten“ das Gebiet Gedo im Südwesten Somalias an, wo mit Äthiopien verbündete Milizen operieren und es Ende Oktober zu schweren Gefechten kam, vor denen bis zu 60.000 Menschen flohen.¹⁵ Kenia verstärkte daraufhin seine militärische Präsenz an der nahe gelegenen Grenze. In der Antwort auf eine schriftliche Frage der Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen konnte Werner Hoyer, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, nicht ausschließen, dass die mit deutscher Hilfe ausgebildeten „Polizisten“ an den Gefechten beteiligt waren und bestätigte, dass weiterhin unklar ist, wer deren Sold bezahlt.¹⁶ Anschließende Recherchen des in Nairobi tätigen Journalisten Marc Engelhardt brachten schließlich ans Licht, dass „die für Somalias Verhältnisse hervorragend ausgebildeten Sicherheitskräfte“ hierbei sogar eine entscheidende Rolle

gespielt haben. Ziel der mit der Übergangsregierung verbündeten Miliz des Warlords und Parlamentsabgeordneten Barre Aden Hiirale sei es, im Kampf gegen die Aufständischen „eine zweite Front im Süden [zu] eröffnen“.¹⁷ Ein gefährliches Unterfangen angesichts der Lage im Grenzgebiet zu Äthiopien und Kenia, die beide Konfliktparteien im somalischen Bürgerkrieg sind und leicht durch einen (erneuten) Einmarsch eine weitere Eskalation des Bürgerkrieges auslösen könnten. Vielleicht besteht jedoch auch genau darin die Strategie Deutschlands und der Europäischen Union. Die UN Monitoring Group on Somalia hatte zumindest schon im Frühjahr 2010 darauf hingewiesen, dass bis zu 80% der im Ausland ausgebildeten Sicherheitskräfte sich mitsamt Ausrüstung anderen Milizen anschließen oder desertieren würden und es auf absehbare Zeit keine Perspektive gäbe, dass die Übergangsregierung ohne eine massive Intervention von außen ihre Kontrolle über Somalia ausweiten könnte.¹⁸

Nordic Battlegroup startbereit?

Vor diesem Hintergrund erhält die Teilnahme einer kenianischen Eingreiftruppe, die zu einem großen Teil aus Kenianern somalischer Herkunft bestehen soll, an einer Übung der Nordic Battlegroup der EU im September 2010 in Schweden besondere Brisanz.¹⁹ In Ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage leugnete die Bundesregierung jede Kenntnis über Inhalt der Übung und Sinn der kenianischen Beteiligung. Kenia erhält u.a. Unterstützung aus dem EU-Stabilitätsinstrument, seit es sich bereit erklärt hatte, somalischen Piraterieverdächtigen, die im Rahmen der EU-Mission Atalanta festgenommen wurden, den Prozess zu machen. Kenia beherbergt zudem das ebenfalls von der EU finanzierte International Peace Support Training Centre, an dem das Personal der AMISOM mit deutscher und britischer Unterstützung ausgebildet und ausgerüstet wird, bevor es in Somalia zum Einsatz kommt.²⁰ In der kenianischen Hauptstadt befindet sich zudem das Somalia-Büro der USA, über welches die Rekrutierung und Bezahlung der Truppen der somalischen Übergangsregierung koordiniert wird.

Größter Truppensteller der AMISOM ist jedoch Uganda, das im Juli den Gipfel der Afrikanischen Union ausrichtete und sich für eine massive Ausweitung des AMISOM-Einsatzes auf 20.000 Soldaten stark macht. Kurz zuvor war die ugandische Hauptstadt während des Endspiels der Fußball-Weltmeisterschaft der Männer von Bombenanschlägen erschüttert worden, die somalischen Rebellen zugerechnet werden. Die Bundesregierung vermutet zwar dahinter das Interesse, Uganda „zur Beendigung von AMISOM zu zwingen“, sieht jedoch „keine Hinweise“ für einen Zusammenhang mit der EU-Militärmission EUTM Somalia.²¹ Bei dieser „Ausbildungsmission“ werden in Uganda und gemeinsam mit dessen Streitkräften Soldaten für die somalische Übergangsregierung – u.a. im Häuserkampf – ausgebildet.²² Deutschland beteiligt sich an diesem Einsatz mit bis zu zwanzig Bundeswehrsoldaten und durch die Beteiligung an den gemeinsamen Kosten der Mission. Dass in diesem Rahmen auch Minderjährige für den anschließenden Kampfeinsatz in Mogadischu ausgebildet werden, kann die Bundesregierung jedoch bis heute nicht ausschließen und verweist auf die Verantwortung der AMISOM, des Somalia-Büros der USA in Nairobi und der somalischen Übergangsregierung.²³ Letzterer wurde jedoch vom UN-Generalsekretär, zuletzt in seinem Bericht über Kinder in bewaffneten Konflikten vom 9.11.2010, vorgeworfen, Kindersoldaten zu rekrutieren und mit Milizen zusammenzuarbeiten, die bis zur Hälfte aus Kindersoldaten bestehen.²⁴ Auch Hinweise, wonach Rekruten für die EUTM in Flüchtlingslagern

geworben wurden, ist die Bundesregierung nicht nachgegangen.

Obwohl mittlerweile die ersten knapp 1.000 Soldaten im Rahmen der EUTM ausgebildet wurden, ist nach wie vor unklar, wie diese in die Truppen der Übergangsregierung integriert und bezahlt werden sollen. De facto handelt es sich bei den Soldaten der Übergangsregierung um die Angehörigen verschiedener Milizen, die sich bis heute auch gelegentlich untereinander bekämpfen und ihren Unterhalt u.a. durch Plünderungen und die „Zuteilung“ internationaler Hilfslieferungen verdienen. Als Zwischenlösung wird gegenwärtig in Mogadischu von der Europäischen Union der Bau eines „Reintegrationslagers“ („Al Jazeera Camp“) finanziert, in dem die von EU und Bundeswehr ausgebildeten Rekruten zunächst der AMISOM unterstellt werden sollen, da die Truppen der Übergangsregierung zunächst noch eine Befehlskette „etablieren“ müssten. Es ist davon auszugehen: Sie werden mitsamt ihren Waffen verschwinden oder überlaufen, auf jeden Fall aber zu einer Eskalation beitragen.

Terrorbekämpfung im Jemen

Auch im Jemen an der gegenüberliegenden Küste des Golf von Aden unterstützt die internationale Gemeinschaft eine hochgradig korrupte Regierung auf Kosten der Bevölkerung. Der Jemen lebt fast ausschließlich von Erdöl- und Erdgasreserven, die bald versiegen werden. Die Regierung hat kaum Versuche unternommen, andere Einkommensquellen zu erschließen und die Landwirtschaft nahezu zum Erliegen gebracht. Das von Nahrungsmittelimporten abhängige Land wurde nicht nur von der globalen Teuerung von Nahrungsmitteln 2008 stark betroffen, sondern auch von den sinkenden Preisen für Öl und Gas im Zuge der anschließenden Weltwirtschaftskrise. Die Lage der Bevölkerung hat sich massiv verschlechtert, was wiederum zwei sehr unterschiedlichen Aufständen – der Houthi-Rebellion im Norden und der tw. sezessionistische „Süd-Bewegung“ – neuen Auftrieb gab. Die „internationale Gemeinschaft“, die eigens eine Gruppe „Freunde des Jemens“ einrichtete, um ihre Unterstützung für die Regierung zu organisieren, interessiert sich jedoch nahezu ausschließlich für die angebliche Gefahr, die von der Al-Kaida-Gruppe auf der arabischen Halbinsel ausgeht.²⁵ „Damit verschärft sie die Tendenz der jemenitischen Regierung, Menschenrechte Sicherheitsinteressen unterzuordnen“, kritisierte Amnesty International in einem Bericht vom August 2010: Viele der unter dem Applaus der internationalen Gemeinschaft eingeführten Anti-Terror-Maßnahmen würden sich in Wirklichkeit gegen die Zivilbevölkerung und die Aufstände richten.²⁶

Die USA haben unmittelbar nach dem gescheiterten Anschlag auf einen Flug nach Detroit Ende 2009 die Rüstungsfirma Northrop Grumman beauftragt, für 550 Mio. US\$ saudische Spezialeinheiten auszubilden und für Anti-Terrormaßnahmen u.a. im Jemen auszurüsten. Deutschland hingegen leistet der jemenitischen Küstenwache militärische Amtshilfe, da sie sich hiervon eine „Verbesserung der maritimen Sicherheit im Golf von Aden“ erhofft.²⁷ Tatsächlich werden die von der jemenitischen Küstenwache festgenommenen mutmaßlichen Piraten im Jemen aber regelmäßig zum Tode verurteilt. Zudem hat die Zeitschrift Foreign Policy im November 2010 aufgedeckt, dass der Jemen Schiffe und Soldaten seiner Küstenwache für je 55.000 US\$ an Reedereien vermietet, um sichere Schiffspassagen zu garantieren: frische Einkünfte für den Krieg gegen den Terror.²⁸

Massiv angestiegen war die Piraterie am Horn von Afrika erst im zweiten Halbjahr 2008. Die Zahl der gemeldeten Vorfälle stieg von 10 im Jahr 2006 und 13 im Jahr 2007 im ersten Halbjahr 2008 auf 19 und dann sprunghaft auf 73 im zweiten Halb-

jahr 2008 bzw. 100 im ersten Halbjahr 2009. Vor allem nahm im Jahr 2008 der Einsatz von Schusswaffen und Raketenwerfern durch die Piraten massiv zu und damit auch die Anzahl der getöteten und verwundeten Seeleute.²⁹ Einige der Waffen stammen von der MV Faina, die im September 2008 Panzer, Flaks und containerweise Kleinwaffen mit Unterstützung der USA über Kenia an den Südsudan liefern sollte, vor der Küste Somalias jedoch gekapert wurde. Die Kleinwaffen schafften die Piraten von Bord, die Panzer wurden später in Mombasa entladen.³⁰ Im Januar 2011 meldete das International Maritime Bureau, dass 2010 mehr Seeleute von Piraten als Geiseln genommen wurden, als je zuvor.

Weiter so?

Die militärische Pirateriebekämpfung ist also erfolglos. Auch eine Studie des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg mit dem bezeichnenden Titel „Somalia und Piraterie: keine Lösung in Sicht, weder zu Wasser noch zu Land“ stellt fest, dass sie v.a. zur Professionalisierung der Piraten und einer Ausdehnung ihres Operationsgebietes geführt hat.³¹ Dennoch ist mit der Fortsetzung des ATALANTA-Einsatzes zu rechnen. Erstens liefert dieser wichtige Erfahrungen für den Kampf gegen illegale Migration und andere asymmetrische Konfliktkonstellationen, bei denen sich die militärische Aufklärung auf einzelne Individuen fokussiert. Dies gilt auch für die Terrorbekämpfung, welche schleichend Teil des ATALANTA-Einsatzes wird, da auch terroristische Gruppen in Jemen oder Somalia die maritime Sicherheit am Golf von Aden bedrohen könnten. Zuletzt ist fraglich, ob EU und NATO ihre militärische Präsenz an diesem Nadelöhr des Welthandels unter geopolitischen Gesichtspunkten überhaupt noch drastisch reduzieren können oder wollen, nachdem auch konkurrierende Mächte wie China und Indien unter dem Vorwand der Pirateriebekämpfung ihre Seestreitkräfte dort stationiert haben.

Auch für Jemen und Somalia sieht die Zukunft düster aus: Das internationale Engagement läuft auf eine weitere Militarisierung beider Staaten und der gesamten Region hinaus. Es fördert Regierungsformen, die auf militärisch gestützter Repression einschließlich gezielter Tötungen basieren und ihrerseits geeignet sind, Aufstände und Terrorismus zu fördern und die Konflikte zu internationalisieren. Viel mehr noch als Saudi-Arabien ein Interesse an einem schwachen, aber repressiven Jemen hat, ist für Äthiopien ein starkes und stabiles Somalia ein Alptraum. Dieses würde zweifelsfrei Territorialansprüche gegenüber Äthiopien geltend machen. Dass gerade Saudi-Arabien und Äthiopien von USA und EU als Stellvertreter bei ihren Stabilisierungsversuchen am Golf von Aden genutzt werden, lässt Schlimmes erahnen.

Anmerkungen:

- 1 Amnesty International, Evangelischer Entwicklungsdienst, Gesellschaft für bedrohte Völker, Save the Children Deutschland, World Vision: „Somalia: Deutsches Engagement für eine politische Lösung notwendig“, gemeinsames Positionspapier vom November 2010.
- 2 Ebd.
- 3 Ebd.
- 4 IRIN: Somalia - Accusations traded over rising casualties at Mogadishu market, Meldung vom 2.12.2010 (<http://www.irinnews.org/Report.aspx?ReportID=91267>).
- 5 Human Rights Watch: Harsh War, Harsh Peace - Abuses by al-Shabaab, the Transitional Federal Government, and AMISOM in Somalia, Bericht vom 19.4.2010 (<http://www.hrw.org/en/reports/2010/04/19/harsh-war-harsh-peace>).

- 6 Amnesty International: Somalia - Allegations of AU force firing on civilians need investigating, Meldung vom 5.2.2009 (<http://www.unhcr.org/refworld/docid/498fe0671e.html>).
- 7 Bundestags-Drucksache 17/3784 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/037/1703784.pdf>).
- 8 Ebd.
- 9 Human Rights Watch: Development without Freedom - How Aid Underwrites Repression in Ethiopia, Bericht vom 19.10.2010 (<http://www.hrw.org/node/93605>).
- 10 Afrika-Politik - Wirtschaftliche Interessen haben Vorrang, Beitrag in der Sendung FAKT im ARD vom 13.9.2010, Manuskript unter: <http://www.mdr.de/DL/7667541.PDF>.
- 11 Bundestags-Drucksache 17/3784.
- 12 German-foreign-policy.com: Diktatorenhilfe, Meldung vom 4.10.2010.
- 13 Bundestags-Drucksache 17/3784.
- 14 Rat der Europäischen Union: EU Security and Defence news, Ausgabe #25 vom 8.10.2010 (http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/esdp/116985.pdf).
- 15 Dominic Johnson: An der somalischen Bürgerkriegsfront, Beitrag in der tageszeitung vom 13.8.2010 (<http://www.taz.de/1/politik/afrika/artikel/1/polizisten-wieder-aufgetaucht/>).
- 16 Bundestags-Drucksache 17/3565 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/035/1703565.pdf>).
- 17 Marc Engelhardt: Fit für den Krieg mit deutschem Geld, Beitrag in der tageszeitung vom 25.11.2010 (<http://www.taz.de/1/politik/afrika/artikel/1/fit-fuer-den-krieg-mit-deutschem-geld/>).
- 18 Report of the Monitoring Group on Somalia pursuant to Security Council resolution 1853 vom 26.2.2010 (http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/2010/91).
- 19 Rat der Europäischen Union: EU Security and Defence news, Ausgabe #26 vom 15.10.2010 (http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/esdp/117103.pdf).
- 20 Bundestags-Drucksache 17/3784 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/037/1703784.pdf>).
- 21 Ebd.
- 22 Ein sehr entlarvendes Video hierzu, das von der EU selbst stammt, findet sich unter folgender URL: <http://www.youtube.com/user/eusecurityanddefence#p/a/u/0/wxVsHsuxWXs>.
- 23 Bundestags-Drucksache 17/2615 (dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/026/1702615.pdf).
- 24 UN-Generalversammlung: Children and armed conflict, Bericht des Generalsekretärs vom 13.4.2010.
- 25 Christoph Marischka: Al-Kaida in Ostafrika - Wie internationales „Krisenmanagement“ einen Mythos Realität werden lässt, in: AUSDRUCK (das IMI-Magazin) Oktober 2010 (<http://www.imi-online.de/download/CM-AUSDRUCK-10-2010.pdf>).
- 26 Amnesty International: Yemen - Cracking down under pressure, Bericht vom 31.10.2010 (<http://www.amnesty.org/en/library/info/MDE31/010/2010/en>).
- 27 Bundestags-Drucksache 17/2060
- 28 Ellen Knickmeyer: The Privateers of Yemen, Meldung vom 17.11.2010 auf www.foreignpolicy.com.
- 29 Christoph Marischka: Schuss vor den Bug oder Schlag ins Wasser? Eskalation am Golf von Aden, in: AUSDRUCK August 2009 (<http://imi-online.de/download/CM-Piraterie-4-09.pdf>).
- 30 ARD: Das Geheimnis des Waffenschiffes Faina, Radiofeature von Rainer Kahrs, Manuskript unter der URL: web.ard.de/media/pdf/radio/radiofeature/waffenschiff_faina.pdf.
- 31 Kerstin Petretto: Somalia und Piraterie - keine Lösung in Sicht, weder zu Wasser noch zu Land, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik Ausgabe 49/2010.



Südsudan: Neue Heimat des AFRICOM?

Westliche Planspiele für eine dauerhafte Militärpräsenz

von Jürgen Wagner

Vom 9. bis zum 15. Januar 2011 fand im Süden des Sudan ein Referendum statt, in dem sich die Bevölkerung mit großer Mehrheit für die Unabhängigkeit und damit die Abspaltung vom Norden aussprach.¹ Die Abstimmung erfolgte auf Grundlage eines am 9. Januar 2005 unterzeichneten „Friedensabkommens“ (Comprehensive Peace Agreement, CPA) zwischen den Bürgerkriegsparteien im Norden und Süden (die westsudanesische Provinz Darfur war explizit ausgeklammert). Es sah vor, sechs Jahre nach Unterzeichnung das nun durchgeführte Referendum abzuhalten, bei dem allein die Bevölkerung des Südens über die Abspaltung vom Norden entscheiden konnte. Da sich der Großteil der Ölvorkommen des Landes im Süden befindet und der Regierung in Karthum durch eine Abspaltung der Verlust nahezu sämtlicher Staatseinnahmen droht, ist es wenig verwunderlich, dass sie erst mittels massivster westlicher Interventionsdrohungen „überzeugt“ werden musste, den „Friedensvertrag“ zu unterzeichnen.

In vielerlei Hinsicht hat sich die Regierung in Karthum die Suppe selbst eingebrockt: die jahrzehntelange Unterdrückung des Südens und der Versuch der Herrscherclique, sich möglichst große Teile des Ölreichtums unter den Nagel zu reißen, bildeten den Nährboden für das jetzige Ergebnis des Unabhängigkeitsreferendums. Nach gegenwärtigem Fahrplan soll die Unabhängigkeit Anfang Juli 2011 in Kraft treten und damit ein neuer afrikanischer Staat namens „Republic of South Sudan“ entstehen. Doch auch im Südsudan hat sich mit der dort herrschenden Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung (SPLM) und deren Chef, Salva Kiir, eine korrupte Herrscherelite herauskristallisiert, deren Augenmerk primär auf den eigenen Profiten liegt und die ebenfalls extrem repressiv gegen Oppositionelle vorgeht.² Auch wenn sie im Falle des Sudan stets buchstäblich ins Feld geführt werden: Menschenrechtsfragen dürften somit wohl kaum die Ursache für die vollkommen einseitige Parteinahme des Westens zugunsten der südsudanesischen Seite sein.

Vielmehr stellte das Referendum den bisherigen Höhepunkt eines seit Jahren zielstrebig auf den Weg gebrachten Planes dar. Hauptziel dabei ist es, mit der Abspaltung des Südens die dort lagernden Ölvorkommen unter westliche Kontrolle zu bringen und damit dem chinesischen Einfluss zu entziehen. Doch trotz des abgehaltenen Referendums bleiben weiterhin zahlreiche wichtige Fragen ungeklärt. So beanspruchen etwa beide Parteien sowohl der Norden als auch der Süden die Kontrolle der ölreichen Abyei-Region, die aus dem Referendum ausgeklammert worden war. Vor allem gibt es bislang noch keine Einigung, in welchem Umfang – und ob überhaupt – der Norden an den künftigen Erlösen aus dem Ölverkauf beteiligt wird. Nicht wenige Beobachter warnen deshalb davor, dass es zu einem erneuten Bürgerkrieg kommen könnte.³ Um deshalb den Abspaltungsprozess abzusichern und die Präsenz auf dem afrikanischen Kontinent auszubauen, werden in den USA derzeit Pläne entworfen, sich dauerhaft militärisch im Südsudan festzusetzen. Auch in der Europäischen Union wird gegenwärtig

über den Einsatz von EU-Kampftroepen (Battlegroups) nachgedacht, sollten die Entwicklungen nicht den gewünschten Verlauf nehmen.

Im schlimmsten Falle könnten die Ereignisse im Sudan sogar der Startschuss für eine neue Ära neokolonialer Politik darstellen, in der der Westen erneut nach Gutdünken afrikanische Grenzen zurechtrückt – selbstredend aber nur dort, wo sich dies mit den eigenen Interessen deckt. Schon jetzt fordern hochrangige EU-Politiker, das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen müsse im Falle Afrikas überdacht werden.

US-Sezessionshilfe

In den USA gibt es seit Jahren sowohl innerhalb als auch außerhalb der Regierungszirkel einflussreiche Förderer einer südsudanesischen Unabhängigkeit. Die meisten von ihnen setzen sich gleichzeitig für harte Maßnahmen bis hin zu Militäreinsätzen gegen den Norden ein. Sollte die Regierung in Karthum den Referendumsprozess und die anschließende Abspaltung nicht klaglos hinnehmen, müsste sie eben dazu gezwungen werden, so die Kernforderung der wichtigsten Lobbygruppen, etwa des „Enough Project“ und der „Save Darfur Campaign“. Diese Hardliner können sich vor allem auch deshalb viel Gehör verschaffen, weil ihr – aufs gröbste verkürztes – Bild eines vermeintlich christlich-arabisch-islamischen Konflikts in den USA viel Unterstützung mobilisieren kann.⁴ Schlüsselfiguren sind u.a. Dave Eggers, regelmäßiger Kommentator für „Save Darfur“ sowie John Prendergast, der Mitbegründer des „Enough Project“, die seit Jahren, u.a. Mitte 2010 in der „New York Times“, eine deutlich härtere Gangart forderten: „Wir schlagen Drohmaßnahmen vor, einschließlich Sanktionen gegen die regierende Partei, die Blockade von Schuldenerlassen beim Internationalen Währungsfond [...] und der Gewährung weiterer Unterstützung für den Süden.“⁵

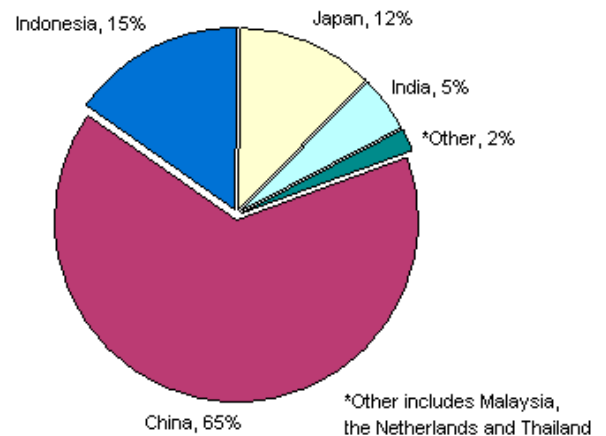
Nicht wenige Hardliner finden sich auch in Obamas Regierungsmannschaft und haben Berichten zufolge auch einen sehr guten Zugang zum Präsidenten, auch und gerade in der Sudan-Frage.⁶ So etwa Gayle Smith, ebenfalls Mitbegründerin des „Enough Project“ und im Nationalen Sicherheitsrat für Entwicklungsfragen verantwortlich. Vor allem aber Obamas außenpolitische Chefberaterin während des Wahlkampfes, Susan Rice, mittlerweile US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen; macht seit Jahren Stimmung für ein bewaffnetes Eingreifen: „Die Geschichte zeigt, dass Karthum nur eine Sprache versteht: die glaubwürdige Androhung oder Anwendung von Gewalt.“ Eine UN-Resolution solle eine Militärintervention autorisieren, die laut Rice folgendermaßen ablaufen würde: „Die USA, vorzugsweise mit NATO-Beteiligung und afrikanischer politischer Unterstützung, würden sudanesishe Flughäfen, Flugzeuge und andere militärische Anlagen bombardieren. Sie würden Port Sudan blockieren, durch das die sudanesischen Ölexporte fließen. Anschließend würden die UN-Truppen stationiert – mit Gewalt, sollte dies nötig sein und mit Unterstützung seitens der USA und der NATO. Sollten die USA keine UN-Autorisierung erhalten, sollten sie auch ohne sie handeln.“⁷

Konsequenterweise flossen deshalb nicht nur unter George W. Bush, sondern auch unter seinem Nachfolger Barack Obama beträchtliche Summen in den Aufbau eines unabhängig funktionsfähigen Südsudan – und damit zumindest mittelbar in die

Tabelle: Anstieg der sudanesischen Ölproduktion

Produktion (in Barrel am Tag)	Jahr
63.000	1999
174.000	2000
217.000	2001
241.000	2002
265.000	2003
301.000	2004
305.000	2005
331.000	2006
468.000	2007
480.000	2008
490.000	2009

Quelle: BP Statistical Review of World Energy, June 2010, S. 8.

Sudan's Crude Oil Exports by Destination, 2009

Source: EIA, FACTS Global Energy, Global Trade Atlas

Unterstützung der Sezessionsbestrebungen. So zitierte die „Washington Times“ Ezekiel Lol Gatkuoth, den Chef der südsudanesischen Niederlassung bei den Vereinten Nationen, Ende 2009 mit den Worten: „Eines der Ziele der US-Regierung ist es nun sicherzustellen, dass der Südsudan 2011 ein lebensfähiger Staat ist.“⁸ In dieses Ziel wurde erheblich investiert, wie ein Beitrag in „Newsweek“ enthüllt: „Auch in der besonneneren Obama-Ära pumpen die USA jährlich mehr als 300 Mio. Dollar in den Südsudan – dies ist Teil der intensiven Anstrengungen, Kiirs Regierung vor dem Unabhängigkeitsreferendum zu stärken. [...] Die USA haben in den letzten Jahren mehr als 100 Mio. Dollar für die Ausbildung und Unterstützung der südsudanesischen Armee ausgegeben.“⁹ Allein im Haushaltsjahr 2011 sind für diese Zwecke laut einem Bericht des US-Außenministeriums 42 Mio. Dollar eingestellt. Sie sollen für „den Aufbau und die Umgestaltung der SPLM-Armee im Südsudan von einer Guerillaarmee in eine professionelle militärische Truppe verwendet werden.“¹⁰ Für den Aufbau staatlicher Strukturen im Südsudan sind im selben Zeitraum 53,9 Mio. Dollar vorgesehen.¹¹ Selbstredend soll sich dieses Engagement auch auszahlen, nämlich in Form einer dauerhaften US-Präsenz im Südsudan.

Südsudan: Neue Heimat des AFRICOM?

Mit dem erst 2007 geschaffenen Afrika-Kommando (AFRICOM) wurde dem Kontinent erstmals ein eigenes Regionalkommando zugeordnet, ein deutlicher Ausdruck für das gestiegene US-Interesse an Afrika. Zwar unterhalten die USA zahlreiche Militärbasen in Afrika, bis heute gelang es ihnen jedoch nicht, ein „Gastland“ für das AFRICOM-Hauptquartier zu finden, das deshalb weiterhin in Stuttgart residiert. Die Gründe, weshalb sich die Begeisterung, das US-Kommando zu beherbergen, in Grenzen hält, fasst ein Bericht des Wissenschaftlichen Dienstes des US-Kongresses bündig zusammen: „Es gibt einige Besorgnis hinsichtlich der US-Motivation hinter der Schaffung von AFRICOM. Viele Afrikaner fürchten, dass der Schritt einen neokolonialen Versuch repräsentiert, die Region militärisch beherrschen zu wollen. [...] Viele betrachten die amerikanischen Anti-Terrormaßnahmen in Afrika skeptisch und die Meinung scheint weit verbreitet zu sein, dass die wesentliche Aufgabe des neuen Kommandos die Jagd nach Terroristen und die Sicherung des US-Zugangs zu afrikanischem Öl sein wird. Amerikanische Außenpolitikanalysten haben in den letzten Jahren der chine-



Karte des Sudan - mit Südsudan, Darfur und Ölfeldern (Konzessionen), Karte: IMI

sischen Rolle in Afrika zunehmende Aufmerksamkeit zukommen lassen und diese Aufmerksamkeit führte zu Fragen, ob ein Afrika-Kommando nicht Teil eines neuen Kampfes um Einfluss auf dem Kontinent sein könnte.“¹²

In der Tat gibt es zahlreiche Aussagen von US-Regierungsoffiziellen, die wenig Zweifel aufkommen lassen, dass das neue Kommando nicht zuletzt der verbesserten Kontrolle afrikanischer

scher Bodenschätze, insbesondere von Öl dient.¹³ Und auch, dass die Zurückdrängung Chinas weit oben auf der US-Agenda und damit auch auf der des AFRICOM steht, wurde durch die jüngsten Wikileaks-Veröffentlichungen von höchsten Stellen bestätigt. So bezeichnete Johnnie Carson, Staatssekretär für afrikanische Angelegenheiten im US-Außenministerium, China in einer Stellungnahme zwar – noch – nicht als „militärische, sicherheitspolitische oder geheimdienstliche Bedrohung“, wohl aber als einen „sehr aggressiven und schädlichen ökonomischen Rivalen ohne jegliche Moral.“ Anschließend benannte er „Stolpersteine“ („tripwires“), die definieren, unter welchen Bedingungen die USA eine härtere Gangart einlegen müssten: „Haben sie Verträge über Militärbasen unterzeichnet? Bilden sie Armeen aus? Sind geheimdienstliche Operationen in Gang gesetzt worden? Sobald sich auf diesen Gebieten etwas tut, werden die Vereinigten Staaten beginnen, sehr besorgt zu sein.“¹⁴

Ungeachtet der Tatsache, dass die USA sämtliche dieser Aktivitäten wie selbstverständlich selbst durchführen, herrscht dort große Besorgnis darüber, dass sich China immer häufiger und umfangreicher an UN-Militäreinsätzen in Afrika beteiligt.¹⁵ Von den insgesamt knapp 2000 im Ausland eingesetzten chinesischen Soldaten ist der Großteil auf dem afrikanischen Kontinent stationiert und hier wiederum die meisten davon im Sudan. China hat nicht nur erheblich in den sudanesischen Ölsektor investiert, es ist auch Ziel von 65% der Ölexporte des Landes. Aus diesem Grund ist Peking der wichtigste Unterstützer der sudanesischen Regierung und rüstete unter anderem (zusammen mit Russland) dessen Armee auf.¹⁶

Es spricht also einiges dafür, dass die USA, vor allem auch um den chinesischen Einfluss zurückzudrängen, großes Interesse an einer dauerhaften Präsenz im Sudan haben: „Die USA wollen einen unabhängigen Staat Südsudan, um ihre politischen Ziele in Afrika zu erreichen“, erklärt Hani Raslan vom ägyptischen „Al-Ahram-Zentrum für Politische und Strategische Studien“. „In den letzten Tagen der Regierung George W. Bushs errichtete das US-Verteidigungsministerium das Afrika Kommando, kurz: AFRICOM, das für Militäreinsätze in Afrika zuständig ist. Und ein wesentliches Element dieses neuen Regionalkommandos wird eine große Militärbasis sein, die im Südsudan errichtet werden wird, so die Hoffnung der USA.“¹⁷

Offenbar sind hier bereits umfangreiche Absprachen getroffen worden, wie der den US-Hardlinern nahestehende, gewöhnlich gut informierte „Jamestown Monitor“ im Mai 2010 zu berichten wusste: „Eine sudanesishe Tageszeitung berichtete kürzlich, dass die SPLM ein Dokument ausgearbeitet hat, das einem US-Diplomaten bei seinem Besuch vorgelegt werden sollte. In ihm bot die SPLM an, im Tausch für logistische Unterstützung, Militärtraining und Gelder für Waffenankäufe für regionale Stabilität zu sorgen und Anti-Terror-Operationen in Zusammenarbeit mit dem AFRICOM durchzuführen. Die Zeitung gab an, das Dokument sei von einem Komitee hochrangiger SPLA-Offiziere unter Leitung des Ministers für SPLA-Angelegenheiten angefertigt worden. Der Plan wurde auf einem Treffen genehmigt, das von General Salva Kiir geleitet wurde. [...] Es hat den Anschein, als erwäge die SPLM eine Rolle als US-Klient in Afrika anzunehmen und zwar im Tausch gegen amerikanische Militärhilfe oder den Schutz im Falle eines erneuten Bürgerkrieges mit dem Norden in Folge des Unabhängigkeitsreferendums.“¹⁸

Laut einem Bericht der sudanesischen Tageszeitung „Alintibaha“ vom Juni 2010 gab es ferner auch bei einem kurz zuvor erfolgten USA-Besuch von SPLM-Generalsekretär Pagan Amum weitere Gespräche in dieser Angelegenheit: „Amum unterstrich bei seinem Treffen mit AFRICOM-Kommandeur

General William Ward die Bedeutung amerikanischer Militärbasen im Sudan, um die [...] Kriege und Spannungen im Gebiet der Großen Seen überwachen zu können. Amum teilte den Wunsch der SPLM-Führungsriege mit, eine solche Basis beherbergen zu wollen. Er sagte, sie wollten Teil des amerikanischen Verteidigungssystems sein. Er versprach, dass die SPLM den Männern auf dem amerikanischen Stützpunkt einen sicheren Hafen bieten und die politische Rückendeckung für die Überwachung der Verhältnisse in verschiedensten Teilen Afrikas liefern würde.“¹⁹ Die saudische Tageszeitung „Asharq Al-Awsat“ bestätigte ebenfalls die Existenz von Plänen für eine dauerhafte US-Präsenz: „Es gibt Berichte, nach denen das US-Afrika-Kommando beabsichtigt, sollte sich der Süden für eine Sezession entscheiden, eine Basis in Juba zu errichten.“²⁰

Nicht einmal ausgeschlossen ist, dass der Südsudan sogar „Gastland“ für das AFRICOM selbst werden könnte. Jedenfalls kündigte der neue AFRICOM-Chef Carter Ham an, erneut auf die Suche nach einem afrikanischen Land gehen zu wollen, in das das AFRICOM-Hauptquartier verlegt werden könnte.²¹ Einer der wenigen Hinweise darauf, dass die Mehrheit der Südsudanesen demgegenüber durchaus aufgeschlossen sein könnte, zumindest aber darauf, dass ein solcher Gedanke nicht völlig abwegig ist, liefert die „Sudan Tribune“. Das wohl bestbesuchte englischsprachige Sudan-Internethinrichtenportal stellte in einer Umfrage im Sommer 2010 die Frage, ob ein unabhängiger Südsudan künftig das AFRICOM-Hauptquartier beherbergen solle. Ergebnis: 81,6% der abgegebenen Stimmen sprachen sich dafür, lediglich 18,4% dagegen aus.²²

EU und UN: Militärische Absicherung des Abspaltungsprozesses

Auch die Europäische Union und die Vereinten Nationen haben seit Jahren massiv in den Aufbau des Südsudan und damit in die Vorbereitung der Sezession investiert.²³ Doch die Unterstützungsleistungen beschränken sich nicht auf „zivile“ Maßnahmen. So entsendeten die Vereinten Nationen zur Überwachung des „Friedensabkommens“ die UN-Mission UNMIS in den Sudan. Gegenwärtig besteht die UNMIS aus knapp 9.500 Soldaten (30 deutsche), 655 Polizeibeamten und 486 Militärbeobachtern und kostet jährlich ca. 1 Mrd. Dollar. Entgegen ihrem Auftrag ist die UN-Truppe alles andere als neutral, sie griff bspw. in innersüdsudanesischen Auseinandersetzungen immer wieder aktiv aufseiten der SPLM ein.²⁴ Vor allem soll die Truppe gewährleisten, dass der Abspaltungsprozess reibungslos über die Bühne geht, weshalb man sich auf eine längere Präsenz einrichtet: „Das umfassende Engagement von UNMIS im Süden und der Ausbau des UN-Compounds in Juba deuten darauf hin, dass UNMIS zumindest im Süden weiterhin eine starke Rolle spielen könnte.“²⁵

Sollte es zu neuerlichen Kampfhandlungen im Sudan kommen, scheinen auch die EU-Kampftruppen als Verstärkung Gewehr bei Fuß zu stehen. So meldete der „Behörden-Spiegel“ Ende Januar 2011: „Wie aus Sicherheitskreisen in Brüssel zu hören ist, wird derzeit über die Errichtung einer EU-Battle Group für den Sudan nachgedacht. Konkrete Planungen existieren noch nicht, das Vorhaben sei noch im Stadium der ‚internen Diskussion‘.“²⁶ Auch der „EUObserver“ gibt an: „EU Battelgroups zur Unterstützung der UN-Peacekeeping-Truppen ist eine der Ideen, die in Betracht gezogen werden, auch wenn die Entsendung einer Mission zum Polizeitraining wahrscheinlicher ist.“²⁷ Vor diesem Hintergrund ist die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage nach den Plänen für einen solchen Militäreinsatz

regelrecht unverschämt, denn sie gab an, sie sehe „keinen Anlass für eine Diskussion über den Einsatz einer EU Battle Group.“²⁸

Sezessionsspirale in Afrika?

Beobachter warnen davor, dass die Ereignisse im Sudan eine Spirale des Staatszerfalls in Afrika einläuten könnten: „Das heikle Unterfangen könnte unabsehbare Folgen für den ganzen Kontinent nach sich ziehen, da es mit einem Prinzip der Afrikanischen Union bricht. Demnach sind die einst unter kolonialer Herrschaft gezogenen Grenzen unabänderbar – und das nicht, weil sie etwa gerecht gewesen wären, sondern weil eine Abspaltung beispielgebend wirken könnte. ‚Dass die Sezession Südsudans weitere Sezessionsbewegungen in Afrika ermutigt, ist nicht auszuschließen‘, kommentierte Professor Rüdiger Wolfrum vom Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg.“²⁹ Und tatsächlich mehren sich die Berichte, wonach zahlreiche separatistische Bewegungen sich nun auf das Beispiel Südsudan beziehen und ihrerseits damit ihr Recht auf eine Abspaltung begründen.³⁰

Ein Papier des von der US-Regierung finanzierten „US Institute for Peace“ versichert jedoch beruhigend, zwar gäbe es „viele Sezessionsbewegungen in Afrika, aber die meisten davon sind schwach und verfügen nicht über die notwendige internationale Unterstützung für ihre Sache, um erfolgreich zu sein. Dies minimiert die Wahrscheinlichkeit, dass es eine Welle von Folgesezessionen geben wird, sollte sich der Süden für eine Abspaltung entscheiden.“³¹ Dies trifft den Nagel auf den Kopf: es geht keineswegs darum, jeder separatistischen Bewegung das Selbstbestimmungsrecht (westlicherseits) zuzugestehen, sondern darum, beliebig zu entscheiden, wo dies opportun ist, etwa im Südsudan, und wo nicht, bspw. in der Westsahara. Des Pudels Kern besteht darin, dass der Westen bzw. seine Unterstützung der Gradmesser für „legitime“ Sezessionsbestrebungen sein soll und niemand sonst.

Der nahezu beliebigen Neuziehung von Grenzen sind so Tür und Tor geöffnet, wie etwa Allmachtsfantasien amerikanischer „Strategen“ zeigen.³² Die Abspaltung des Südsudan könnte somit der Starschuss für weitere westlich orchestrierte Sezessionen sein, wie etwa von Charles Tannock, ehemaliger Koordinator der konservativen EVP-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss des Europäischen Parlaments, vorgeschlagen wird. In einem unmittelbar vor Beginn des Unabhängigkeitsreferendums veröffentlichten Artikel schrieb er: „Ein unabhängiger Südsudan würde den Westen zwingen, sich mit der etablierten Orthodoxie bezüglich Afrikas auseinanderzusetzen, besonders mit der Überzeugung, dass Länder wie Somalia und Nigeria als Ganzes stabiler seien, als sie es mit zwei oder mehr Einzelteilen wären.“³³

Anmerkungen:

- 1 Auch wenn das Endergebnis von 98,83 Prozent gewisse Fragen aufwirft, ist es eindeutig, dass sich die überwältigende Mehrheit der südsudanesischen Bevölkerung für eine Sezession ausgesprochen hat.
- 2 Vgl. Friedrichs, Hauke: Wahl und Referendum rufen Kriegstreiber auf den Plan, Zeit Online, 08.01.2010; Südsudan vor möglicher Unabhängigkeit, The African Edition, 22.12.2010: <http://www.african-edition.de/magazin/meldung/datum/2010/12/22/suedsudan-vor-moeglicher-unabhaengigkeit-1.html> (02.02.2011).
- 3 Paech, Norman: Sudan: Öl, Krieg und Spaltung, Ossietzky 1/2011.
- 4 Vgl. zur verkürzten Darstellung der „ethnischen“ Frage Kröpelin, Stefan: Spielball der Mächtigen, Frankfurter Rundschau, 14.10.2004.
- 5 Eggers, Dave/Prendergast, John: In Sudan, War Is Around the Corner, New York Times, 12.07.2010.
- 6 Goldberg, Mark Leon: Stopping a Genocide Before It Starts, The American Prospect Online, 06.01.2011.

- 7 Rice, Susan E./Lake, Anthony/Payne, Donald: We Saved Europeans. Why Not Africans?, Washington Post, 02.10.2006.
- 8 U.S. aids Sudanese in independence bid, The Washington Times, 25.12.2009.
- 9 Peraino, Kevin: Sorry, Sudan, Newsweek, 24.09.2010.
- 10 Department of State: Executive Budget Summary, Fiscal Year 2001: <http://www.state.gov/documents/organization/135888.pdf> (02.02.2011).
- 11 Ebd.
- 12 Ploch, Lauren: Africa Command: U.S. Strategic Interests and the Role of the U.S. Military in Africa, Congressional Research Service, 03.04.2010.
- 13 Mitsch, Thomas: AFRICOM: Stuttgart wichtigste US-Basis im Wettlauf um Afrikas Öl, in: AUSDRUCK (April 2007), S. 27-28.
- 14 US embassy cables: US monitors China and its expanding role in Africa, The Guardian, 08.12.2010.
- 15 Shinn, David: Chinese Involvement in African Conflict Zones, The Jamestown Monitor, 02.08.2009.
- 16 Walters, Denine: Sino-Sudanese Relations: The Importance of Oil and the 2011 Referendum, Consultancy Intelligence, 30.04.2010; McGregor, Andrew: Russia's Arms Sales to Sudan a First Step in Return to Africa: Part One, Jamestown Foundation, 11.02.2009.
- 17 Adam Morrow, Adam/Al-Omrani, Khaled Moussa: Sudan Set to Split Despite Egyptian Moves, IPS, 01.12.2010.
- 18 McGregor, Andrew: Renegade generals threaten unity of south sudan's spla as independence referendum approaches, Jamestown Monitor, 20.03.2010.
- 19 Sudan: Report on Pagan Amum's US visit, Overt, Secret Talks with US Officials, Al-Sharq al-Awsat Online, 31.08.2010: http://www.biyokulule.com/view_content.php?articleid=2979 (02.02.2011).
- 20 Asharq Al-Awsat Talks to SPLM Secretary-General Pagan Amum, 14.12.2010: <http://www.asharq-e.com/news.asp?section=3&id=23406> (02.02.2011).
- 21 General Carter Ham Testifies Before Senate Armed Services Committee on Nomination as Commander, U.S. Africa Command, 18.11.2010: <http://www.german-foreign-policy.com/de/full-text/57979> (02.02.2011).
- 22 Zum Zeitpunkt, an dem die Umfrage eingesehen wurde, waren 2203 Stimmen abgegeben, allerdings war sie damals erst kurz eingestellt. Später wurde die Umfrage aus dem Netz entfernt.
- 23 Vgl. Peter, Marina/LoWilla, Emmanuel: Stabilität, Sicherheit und Entwicklung in Nachkriegssituationen Sind Politik und Instrumente der Europäischen Union ein kohärenter Beitrag? APRODEV, Mai 2008; Vom Nutzen der Sezession, German-Foreign-Policy.com, 10.01.2011.
- 24 Marischka, Christoph: Staatsbildungskrieg im Sudan und die Gefahr der Sezessionsspirale, in: AUSDRUCK (August 2010), S. 26-29.
- 25 Südsudan vor möglicher Unabhängigkeit, The African Edition, 22.12.2010.
- 26 EU-Battle Group für den Sudan? Behörden Spiegel, 20.01.2011.
- 27 Sudanese consider 'EU model' as solution to oil question, EUobserver, 17.01.2011.
- 28 Drucksache 17/4416, 14.01.2011.
- 29 Schumann, Gerd: Republik Sudan am Ende, junge Welt, 31.01.2011.
- 30 Separatists watch likely secession closely, Mail & Guardian, 14.01.2011.
- 31 Temin, Jon: Secession and Precedent in Sudan and Africa, United States Institute of Peace, Peace Brief, 17.10.2010, S. 1.
- 32 Vgl. Goldberg, Jeffrey: After Iraq: What Will The Middle East Look Like? The Atlantic, January/February 2008; Peters, Ralph: Blood Borders: How a better Middle East would look, in: Armed Forces Journal (June 2006).
- 33 Tannock, Charles: Independence or War, Project Syndicate, 03.01.2011: <http://www.project-syndicate.org/commentary/tannock24/English> (02.02.2011).

Multilaterale Wahlen bringen Bürgerkrieg

von Christoph Marischka

Die Wahlen in Côte d'Ivoire sollten dem Land neue Einigkeit bringen. Nun sieht es jedoch eher so aus, als würde der Bürgerkrieg neu eskalieren – mit der UN als Konfliktpartei.

Die UN-Mission UNOCI ist seit April 2004 in Côte d'Ivoire stationiert und umfasst 7.500 Soldaten und knapp 1.500 Polizisten. Sie löste damals eine Intervention der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) ab. Diese hatte 2003 mit Unterstützung der USA, Großbritanniens und Belgiens und finanzieller Hilfe aus dem European Development Fund in einen Bürgerkrieg interveniert, der ein Jahr zuvor aus einer kleinen Meuterei von Soldaten hervorging. Im wirtschaftlich stark benachteiligten Norden des Landes bildeten sich schnell verschiedene Rebellen Gruppen, welche gegen den im Oktober 2000 gewählten Präsidenten Gbagbo und das ihn stützende Militär kämpften. Vorgegangen war bereits unter dessen Vorgänger Henri Konan Bédié im Zuge des wirtschaftlichen Niedergangs des Landes (befördert durch „Strukturanpassungsprogramme“ der Weltbank) eine systematische Marginalisierung vermeintlicher „Gastarbeiter“ und der Bevölkerung im Norden sowie die Bewaffnung nationalistischer Jugendgruppen. Frankreich hatte noch vor der ECOWAS mit 4.000 Soldaten interveniert und eine Waffenstillstandslinie abgesichert, die bis heute das Land de facto teilt. Die UN-Mission UNOCI übernahm nicht nur die Aufgabe, den Waffenstillstand zu überwachen, sondern sollte zudem die Rebellen entwaffnen und in die reguläre Armee eingliedern. Auch die Vorbereitung und Überwachung der für 2005 geplanten Wahlen gehörte zu ihrem Mandat, das zunächst nur 12 Monate umfasste.

Wählerregistrierung und die Frage der „Ivoirité“

Insgesamt fünf mal wurden die Wahlen verschoben und das Mandat der UNOCI verlängert. Angesichts der Lage in Côte d'Ivoire mag das kaum verwundern: Wie soll ein zutiefst gespaltenes Land einen gemeinsamen Präsidenten wählen, ohne dass sich eine der beiden gut bewaffneten Parteien ausgebootet vorfindet?

Besonders mit der Wählerregistrierung hat die UNOCI eine delikate Angelegenheit übernommen. An ihr war es nun, zu entscheiden, wer als Ivoirer gilt und wer nicht – und damit auch über den wahrscheinlichen Wahlausgang selbst. Wie entscheidend die Frage der Zugehörigkeit ist, kann nicht nur damit illustriert werden, dass der ganze Bürgerkrieg mit ihr seinen Anfang nahm, sondern auch dadurch, dass der jetzt vermeintlich siegreiche Präsidentschaftskandidat Ouattara 2000 noch von der Wahl ausgeschlossen wurde, da er keine ivoirische Staatsbürgerschaft nachweisen konnte. Kein Wunder, dass er damit zur Identifikationsfigur der Ausgegrenzten wurde. Offiziell begann die Wählerregistrierung am 15. September 2008 und sollte zwei Monate dauern – letztlich zog sie sich fast zwei Jahre hin und war natürlich Gegenstand zahlreicher Interventionen durch die Konfliktparteien und auch durch externe Akteure. Mehrfach kam es zu konzertierten Angriffen auf die Registrierungsbüros durch Anhänger der einen oder anderen Seite, ausbleibende

Lohnzahlungen führten zu Streiks unter den eingesetzten Beamten. Im Verlaufe der Wählerregistrierung wurde jedoch auch zunehmend die ausbleibende Entwaffnung der Rebellen zum Hindernis. Ein UN-Bericht vom Januar 2009 hatte noch festgestellt, dass bis zu diesem Zeitpunkt

lediglich „etwa 10 Waffen und etwas Munition“ eingesammelt worden wären. Insbesondere Gbagbo argumentierte mehrfach, ohne eine umfangreiche Entwaffnung könnten Wahlen keinen friedlichen Verlauf nehmen. Doch der Druck der „Internationalen Gemeinschaft“ auf Gbagbo und die „Unabhängige Wahlkommission“ nahm zu, sodass am 31. Oktober die erste Runde der Präsidentschaftswahl durchgeführt wurde. Wahlberechtigt waren dabei insgesamt 5,78 Mio. Ivoirer – im Januar 2009 – kurz nach Beginn der Wählererfassung – hatte die UN noch mit 9 Mio. Wahlberechtigten gerechnet.

Der „Wille des Volkes“?

Die erste Wahlrunde verlief weitgehend friedlich. Gbagbo erhielt 38%, Ouattara 32% und Bédié 25% der Stimmen. In der Stichwahl vom 28.11.2010 zeigte sich die tiefe Spaltung des Landes hingegen sehr deutlich: Nach Angaben der Unabhängigen Wahlkommission unterlag der amtierende Präsident Laurent Gbagbo mit 45,9% (2,1 Mio. Wähler_innen) knapp dem Herausforderer Ouattara mit 54,1% (2,5 Mio. Wähler_innen). In den nordwestlichen Provinzen Denguélé, Savanes und Worodougou erzielte Ouattara Traumergebnisse von 97,8%, 93,5% und 94,7%, in den südöstlichen Provinzen um die Hauptstadt Abidjan herum unterlag er hingegen meist deutlich Gbagbo. In der Hauptstadt selbst ging die Wahl denkbar knapp mit 51,9% zu 48,1% für Gbagbo aus. Die Partei Gbagbos legte gegen diese Wahlergebnisse Einspruch beim ivoirischen Verfassungsrat ein. Erstens sei es besonders in den nördlichen Provinzen zu Behinderungen und Einschüchterungen gegen die Wahlkämpfer und Anhänger Gbagbos gekommen. Diese Behauptung wurde zwar nicht weiter substantiiert und auch von keinen internationalen Beobachtern bestätigt, erscheint allerdings angesichts der überwältigenden Mehrheit für Ouattara keineswegs abwegig. In einigen Bezirken war es sicher kein Vergnügen für die vereinzelt bekannten Anhänger Gbagbos, Wahlplakate aufzuhängen oder zur Wahlurne zu gehen. Der zweite Vorwurf bezog sich darauf, dass die Wahlergebnisse nicht nach der in der ivoirischen Verfassung vorgesehenen Prozedur bestätigt und veröffentlicht wurden. Nach dieser müssen die Wahlergebnisse innerhalb von drei Tagen eben dem Verfassungsrat übergeben und von diesem letztlich bestätigt werden. Der Verfassungsrat, der mit Anhängern Gbagbos durchsetzt ist und schon mehrfach zu dessen Gunsten entschieden hat (u.a. durch den Ausschluss Ouattaras von den Wahlen 2000), hat entsprechend die Wahlergebnisse der Wahlkommission revidiert und Gbagbo zum Sieger erklärt, woraufhin dieser sich vereidigen ließ.

Allerdings – so die Lesart Ouattaras und der UN – fanden die Wahlen im Rahmen des von UN, AU und ECOWAS ausgehandelten Abkommen von Ouagadougou von 2007 statt. Gbagbo selbst habe durch ein Dekret in Umsetzung dieses Abkommens eine andere Prozedur für die Bestätigung der Wahlergebnisse in Kraft gesetzt, wonach die Wahlkommission das Ergebnis ebenfalls innerhalb von drei Tagen sowohl an den Verfassungsrat als auch an den UN-Sondergesandten (und Leiter der UN-Mis-

sion) übermitteln und diese das Ergebnis bestätigen sollen. Was geschehen sollte, falls Verfassungsrat und UN-Sondergesandter keine Einigkeit über die Ergebnisse erzielen, war darin jedoch nicht vorgesehen. Zudem wurde die Frist von drei Tagen beiden gegenüber nicht eingehalten. Damit wurden sowohl die Vorgaben der Verfassung, als auch des Dekrets zur Umsetzung des Abkommens von Ouagadougou nicht erfüllt.

Die Einstimmigkeit der Kommentare

Vor diesem Hintergrund kann man es durchaus als Anmaßung bezeichnen, dass der UN-Sondergesandte und Leiter der UN-Mission, Choi Young-Jin, vor dem UN-Sicherheitsrat die von der Wahlkommission veröffentlichten Ergebnisse bestätigte und Ouattara zum Sieger erklärte. Choi sagte zudem aus, die Wahlen hätten in einem „demokratischen Klima“ stattgefunden, während die International Crisis Group erst eine Woche zuvor von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der beiden Kandidaten, einer „brutalen“ Rhetorik im Wahlkampf und einem allgemein „im Niedergang begriffenen politischen Klima“ berichtet hatte.

Während die US-Botschafterin bei der UN und gegenwärtige Vorsitzende des UN-Sicherheitsrates, Susan Rice, Chois Bericht gleich zum Anlass nehmen wollte, Ouattara von New York aus zum Präsidenten zu ernennen und die UN-Vertreter von der Elfenbeinküste für illegitim zu erklären, warnte vor allem der russische UN-Botschafter vor solch einem Präzedenzfall: Es sei nicht Aufgabe des UN-Sicherheitsrates, über den Ausgang von Wahlen zu entscheiden. Daraufhin wurde die Sitzung unterbrochen und viel telefoniert. Zwei Stunden später traf man wieder zusammen und konnte sich auf einen Beschluss der ECOWAS beziehen, die zwischenzeitlich Ouattara zum Sieger erklärt hatte und die Mitgliedschaft Côte d'Ivoire aussetzte, bis der Staat wieder die verfassungsmäßige Ordnung angenommen hat. Anschließend beeilten sich die Sprecher der USA, der EU und ihrer Mitgliedsstaaten schnell Ouattara zum Sieger zu erklären und Gbagbo aufzufordern, die Macht abzugeben. In einer Pressemitteilung vom 3. Dezember 2010 „gratuliert“ auch die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton Alassane Ouattara zu seinem Sieg bei den Präsidentschaftswahlen in Côte d'Ivoire und forderte sie „alle Parteien des Wahlprozesses auf, den Willen des Volkes und die Ergebnisse der Wahl, wie sie vom Sondergesandten des UN-Generalsekretärs zertifiziert wurden, zu akzeptieren“.

Die übereinstimmende und entschlossene Parteinahme von UN und USA (wobei US-Botschafterin Rice oft keinen großen Unterschied zwischen ihrer Rolle als Vertreterin der USA und Vorsitzende des Sicherheitsrates machte) der EU und ihrer Mitgliedsstaaten, der ECOWAS und zuletzt auch der Afrikanischen Union schien zumindest in Teilen abgesprochen und wurde auch von den Medien fast ausnahmslos so übernommen. Dahinter mag auch die Motivation gesteckt haben, dass jegliches Zögern oder jegliche Aussicht auf Anerkennung des vermeintlichen Wahlsiegs Gbagbos diesen in seinen Ambitionen, an der Macht zu bleiben, bestärken und somit zu einer Eskalation in Côte d'Ivoire beitragen könnte. Allerdings hat die „Internationale Gemeinschaft“ selbst durch ihr Beharren auf der Durchführung der Wahlen, die ausbleibende Entwaffnung der Rebellen im Norden und ihre einseitige Unterstützung dieser bereits im Vorfeld die Bedingungen für eine solche Eskalation geschaffen. Auch ihre ungeteilte Unterstützung für Ouattara könnte sich bald als explosiv herausstellen und eine ganz neue Konfliktkonstellation in Westafrika heraufbeschwören, welche der UN und

anderen Internationalen Organisationen dauerhaften Schaden zufügen wird.

Die ehemalige Kolonialmacht, die EU und die UN

Während Gbagbo im Süden und der Hauptstadt die Kontrolle über die staatlichen Medien, Polizei und Militär hat und sich ungehindert zwischen den Regierungsgebäuden bewegen kann, musste sich Ouattara in einer Hotelanlage verschanzen und wird dort von UN-Soldaten geschützt. Die Demonstrationen, zu denen Ouattara aufgerufen hatte, wurden von den staatlichen Sicherheitskräften aufgelöst, den UN-Soldaten hingegen von Ouattaras Anhängern zugejubelt. Im Norden errichteten vereinzelt Mitglieder der Rebellengruppen – ebenfalls ungehindert von den UN-Soldaten – Straßensperren und unterbrachen somit die wichtigsten Verbindungen zwischen Norden und Süden. Somit ergibt sich die Situation, dass die staatlichen Sicherheitskräfte im Süden erneut den Rebellen gegenüberstehen, jetzt aber die UN-Truppen im Land eindeutig Partei für letztere ergreifen. Aus einer UN-Truppe, die einen Waffenstillstand überwachen und Wahlen organisieren sollte, ist von der strategischen Lage her eher eine Interventionstruppe geworden, sie steht einem staatlich organisierten Militär gegenüber, das einem de-facto-Präsidenten gehorcht, der die UN mittlerweile zum Verlassen des Landes aufgefordert hat.

Natürlich ist die UNOCI weder vom Mandat noch von der Ausrüstung her fähig, dem ivoirischen Militär und den „patriotischen“ Milizen die Stirn zu bieten. Bereits den Übergriffen der ivoirischen Sicherheitskräfte auf Oppositionelle in der Hauptstadt und auch den ersten Angriffen und Einschüchterungen gegenüber Angehörigen der UNOCI selbst stand sie bislang hilflos gegenüber. Brisanz erhält in diesem Kontext aber v.a. die Anwesenheit von rund 1.000 französischen Elitesoldaten, die bereits in der Vergangenheit eng mit der UNOCI kooperiert haben und bereits im November 2004 in Abstimmung mit der UNOCI Luftschläge gegen Stellungen des ivoirischen Militärs durchführten. Diese führten seinerzeit zu einer Welle anti-französischer Proteste in Côte d'Ivoire, in denen die Präsenz französischer Soldaten als Fortführung der kolonialen Einflußnahme und die UN als Handlanger der ehemaligen Kolonialmacht bezeichnet wurden. Dass es nun ausgerechnet der französische Präsident Sarkozy war, der Gbagbo stellvertretend für die EU ein Ultimatum stellte und Zwangsmaßnahmen androhte, wurde entsprechend kritisch in einigen afrikanischen Medien kommentiert. Dass eine Sprecherin des neuen Europäischen Auswärtigen Dienstes die bereits am Wochenende zuvor beschlossenen Sanktionen der EU gegen Gbagbo und 18 weitere Personen unmittelbar nach dem Beschluss des UN-Sicherheitsrates, die UNOCI zu verlängern und aufzustocken, ankündigte, verstärkte die Wahrnehmung, dass UN und die ehemalige Kolonialmacht in enger Abstimmung agieren. „Die Vereinten Nationen stocken ihre Truppe auf, Brüssel setzt Sanktionen in Kraft“ schrieb beispielsweise Spiegel-Online. Das demonstriert zwar wie gewünscht Geschlossenheit in der „Internationalen Gemeinschaft“, verstärkt aber andererseits auch den Eindruck, die UN seien ein Instrument kolonialer Einflussnahme unter der Regie Frankreichs und der USA. Gbagbo erleichtert dies, sich als Verteidiger der ivoirischen Souveränität zu gebärden und seine politischen Gegner in einer ohnehin nationalistisch aufgeladenen Konfliktkonstellation als Kollaborateure ausländischer Interessen aussehen zu lassen – und damit die nationalistische Gewalt gegen diese weiter anzuhizen. Mittelfristig könnte diese Strategie erfolgreich sein. Aus der zweiten und Dritten Reihe

afrikanischer Diplomaten wird längst die Vermutung geäußert, dass in Côte d'Ivoire alles auf eine Art „Regierung der nationalen Einheit“ hinausläuft, bei der beide Kandidaten an der Macht beteiligt werden und die Spaltung des Landes aufrecht erhalten wird.

Drohender Bürgerkrieg

Denn die Alternative hierzu wäre ein Bürgerkrieg. Ähnlich wie in Somalia gäbe es einerseits eine international anerkannte Regierung, die jedoch nur unter Schutz der UN in einem Hotel agieren kann, während sie in der Hauptstadt und weiten Teilen des Landes keine Kontrolle ausübt und keine Legitimität genießt. Viel mehr noch als in Somalia besteht die Gefahr, dass der Bürgerkrieg auch auf die benachbarten Länder übergreift, weil die Bürgerkriege in Côte d'Ivoire, Liberia, Sierra Leone und Guinea bereits zuvor eng miteinander verwoben waren. Als alarmierend bezeichnete jetzt schon Susan Rice Berichte, nach denen „Söldner“ aus Liberia in Abidjan angekommen seien, um Gbagbo zu unterstützen. Die UN hatten jedoch am 24.11.2010 ihrerseits mit der Resolution 1951 ermöglicht, dass Soldaten der UNMIL im benachbarten Liberia vorübergehend zur Unterstützung der UNOCI nach Côte d'Ivoire verlegt werden sollen – ein außergewöhnlicher Schritt, der angesichts des „demokratischen Klimas“, in dem die Wahlen scheinbar stattfanden, wenig nachvollziehbar ist.

Als „Dritter Weg“ ist derzeit die Eliminierung Gbagbos im Gespräch. Vom UN-Mandat wäre ein solcher Schritt nicht gedeckt und auch Frankreich wird zögern, eine solch drastische Maßnahme zu ergreifen. Es sei denn, es läge ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs vor. Chef-Ankläger Moreno-Ocampo hat bereits entsprechende Warnungen ausgesprochen: Wer an der Elfenbeinküste Gewalt gegen Zivilisten oder gar UN-Soldaten ansetze, werde sich in Den Haag wiederfinden. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon und Susan Rice – in welcher Rolle diesmal blieb unklar – nahmen diese Drohung wohlwollend auf und wiederholten sie ihrerseits. Damit hat sich der Internationale Strafgerichtshof erneut zugunsten der ehemaligen Kolonialmächte parteiisch in eine weltpolitische Angelegenheit eingemischt. Zuletzt war dies in dieser Deutlichkeit gegenüber dem sudanesischen Präsidenten al-Bashir 2008/2009 der Fall – dem bislang einzigen amtierenden Präsidenten, gegen den ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs vorliegt. Dieser Haftbefehl spielt eine entscheidende Rolle dabei, den Süden des Landes vom Sudan abzuspalten, hat aber das Ansehen des Internationalen Strafgerichtshofes in Afrika schwer beschädigt. Denn bislang hat dieser nur gegen Politiker und Milizionäre aus Afrika ermittelt, dadurch die Lage in verschiedenen Konflikten eher eskaliert. Die Verbrechen al-Bashirs seien nicht schlimmer als die eines George W. Bushs hieß es in afrikanischen Medien und unter Diplomaten der Afrikanischen Union. Diese beschloss daraufhin, den Haftbefehl gegen al-Bashir nicht zu vollstrecken.

Per Sanktionen Wahlen entscheiden

Auch zu den von der EU verhängten Sanktionen gegen Gbagbo und sein politisches Umfeld hat sich die AU bislang zögerlich verhalten. In der Vergangenheit hatte die EU gerade in Westafrika demonstriert, wie selektiv und interessengeleitet sie dieses Instrument einsetzt. Nach dem Putsch 2008 in Mauretanien hat sie auf vergleichbare Sanktionen verzichtet und ihre Zusammenarbeit mit der Putschregierung – beispielsweise bei der Bekämpfung illegaler Migration – nahezu ungebrochen fort-

geführt. So war es den Putschisten möglich, sich bei anschließend ausgerichteten Wahlen, die keinerlei demokratischen Standards genügt haben, bestätigen zu lassen. Auch in Guinea reagierte sie zögerlich auf den Putsch wenige Monate später. Erst nachdem dessen Führer Moussa Dadis Camara zunehmend eine antikoloniale Rhetorik an den Tag legte und umfangreiche Verträge mit China abschloss, verhängte sie Sanktionen gegen die gesamte Führung der Putschisten. Nach geheimen Verhandlungen wurden die Sanktionen gegen einzelne Putschisten aufgehoben. Unter diesen war auch Camaras Rivale Sékouba Konaté, welcher die Führung der Putschregierung übernahm, nachdem Camara knapp ein Jahr nach seinem Putsch in den Kopf geschossen wurde und aus dem Land floh. Vertreter der USA und der EU äußerten danach offen ihre Präferenz für Konaté und die USA räumten Bemühungen ein, eine Rückkehr Camaras dauerhaft zu verhindern. Dessen Gesundheitszustand und genauer Aufenthaltsort ist gegenwärtig unbekannt. Auch Jean-Pierre Bemba, der 2006 in der Demokratischen Republik Kongo bei einer dubiosen und von einer EU-Militärmission begleiteten Wahl gegen Joseph Kabila unterlag, wird wohl niemals in das Land zurückkehren, in dem er mit über 40% zum Führer der Opposition gewählt wurde. Nachdem er von Kabila in einer Militäroffensive aus dem Land gejagt wurde und in Belgien Zuflucht erhielt, wurde er dort später auf der Grundlage eines Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofs festgenommen.

Entsouveränisierung, Nationalismus, Bürgerkrieg

Es gab zahlreiche Unstimmigkeiten bei der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen in Côte d'Ivoire. Selbst wenn das von der UNOCI bestätigte Ergebnis zutreffend sein sollte, bestätigt es lediglich die tiefe Spaltung des Landes und dass von einem einheitlichen „Willen des Volkes“ keine Rede sein kann. Nachdem die „Internationale Gemeinschaft“ unter Führung der USA und der EU bereits auf die Rahmenbedingungen der Wahl massiven Einfluss genommen hat, nimmt sie nun auch für sich in Anspruch, den Sieger zu bestimmen – Verhandlungen und Vermittlungen werden somit blockiert. Die Folge könnte ein Bürgerkrieg sein.

Côte d'Ivoire ist dabei nur das aktuellste von zahlreichen Beispielen, in denen die ehemaligen Kolonialmächte massiv in die Regierungsbildung afrikanischer Staaten eingreifen und hierzu die UN, den Internationalen Strafgerichtshof, die Afrikanische Union und subregionale Organisationen wie die ECOWAS instrumentalisieren. Die Internationalen Organisationen verlieren hierdurch an Legitimität und werden zu Konfliktparteien. Es setzt sich damit ein Trend fort, der untrennbar mit der Aufgabe des Souveränitätsprinzips verbunden ist: multilaterale Einsätze von UN- oder AU-Truppen in Bürgerkriegen, welche die ehemaligen Kolonialmächte, USA und EU meinen, von außen steuern zu können, neue Grenzziehungen und die Entscheidungen über Wahlergebnisse von New York und Brüssel aus. Dagegen regt sich langsam Widerstand in der Afrikanischen Union und einzelnen afrikanischen Staaten (Tschad, Kongo, Côte d'Ivoire) die in jüngster Zeit die UN zum Verlassen ihres Territoriums aufgefordert haben. Auch in der Bevölkerung wächst die Wahrnehmung der „Internationalen Gemeinschaft“ und ihrer Institutionen als neuer Form des Kolonialismus. Bedauerlich nur, dass diese antikoloniale Wut – wie in Côte d'Ivoire – von Diktatoren in eine nationalistische und fremdenfeindliche Agenda integriert werden kann. Nationalismus und Demagogie haben Konjunktur in Zeiten des Souveränitätsverlustes – nicht nur in Afrika.

Bodentruppen der Besatzung: Polizeiaufbau in Afghanistan

von Jonna Schürkes

Nachdem der Deutsche Bundestag den Afghanistan-Einsatz am 28. Januar erneut mit großer Mehrheit um 12 Monate verlängert hatte, taten die deutschen Medien gerade so, als wäre damit der Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan eingeleitet. Dass dies mitnichten der Fall ist, wurde während der Debatte im Bundestag mehr als deutlich. Man hat sich zwar das Ziel gesetzt, möglichst bis 2014 die „Verantwortung“ der afghanischen Regierung und den Sicherheitskräften zu „übergeben“ und damit einen Großteil der eigenen Truppen abziehen zu können. Dies sei allerdings stark davon abhängig, ob Afghanistan bis zu diesem Zeitpunkt dazu „bereit“ sei. Um die „Übergabe in Verantwortung“ vollziehen zu können, wird der afghanischen Regierung ein riesiger Sicherheitsapparat an die Hand gegeben, der im Sinne der NATO die Aufständischen in Afghanistan bekämpfen und die Bevölkerung unter Kontrolle halten soll. Um allerdings zu gewährleisten, dass die afghanische Polizei und Militär den Krieg im Interesse des Westens weiterführen werden, sollen auf unbestimmte Zeit Spezialeinheiten und Geheimdienste im Land bleiben, wie Verteidigungsminister Guttenberg schon im Juli 2010 deutlich machte: „Wir müssen uns schon jetzt Gedanken machen über Nachsorgeelemente. [...] Wenn man dauerhaft keine Gefährdung für die internationale Gemeinschaft wünscht, beinhaltet das auch die internationale Koordination des Einsatzes von Nachrichtendiensten und Spezialkräften“.¹

In dem Sinn ist auch das auf dem NATO-Gipfel in Lissabon im November 2010 geschlossene langfristige Partnerschaftsabkommen zu verstehen, in dem die NATO der afghanischen Regierung versichert, sie auf unbestimmte Zeit sicherheitspolitisch vor allem mit Ausbildern und Spezialkräften zu unterstützen.²

Mit diesen und anderen Maßnahmen bereitet sich die NATO darauf vor, den Großteil der eigenen Truppen aus Afghanistan abzuziehen und dennoch zu gewährleisten, dass die von ihnen eingesetzte Regierung auch weiterhin an der Macht bleibt und den Krieg in Afghanistan in ihrem Sinne weiterführt.

„Die Leute vor Ort machen die Drecksarbeit“

Den Krieg gegen die Taliban-Regierung hatte der Westen innerhalb weniger Wochen gewonnen: Die wichtigsten Städte und Infrastrukturen waren eingenommen, und eine Übergangsregierung war eingesetzt. Doch die anschließende Besatzung mit dem Ziel, die Macht der neuen Elite zu konsolidieren, verlief vor allem für die afghanische Bevölkerung, aber auch für die NATO-Truppen überaus blutig.

Mit der Eskalation des Krieges gegen die Aufständischen wurde der Aufbau der lokalen Sicherheitskräfte immer wichtiger. Der afghanischen Armee und Polizei den Krieg gegen die Aufständischen zu überlassen, hat für die International Security Assistance Force (ISAF) den Vorteil, dass sie weniger als Besatzer in Erscheinung tritt. Dies verringert zum einen die Gefahr für die eigenen Truppen. Zum andern erhofft man sich, den Widerstand gegen die Besatzung mindern zu können. Die ISAF-Truppen sollen

eher im Hintergrund agieren und die lokalen Sicherheitskräfte dirigieren – so der Plan. Hierzu wurden die Zielgrößen für die afghanische Armee und Polizei kontinuierlich nach oben gesetzt: Inzwischen soll die Armee bis Ende 2011 auf 171.600, die Polizei auf 134.000 Köpfe angewachsen sein.

Da ihnen aber die logistischen, nachrichtendienstlichen und finanziellen Mittel fehlen, bleiben sie dennoch vollkommen abhängig von der NATO. Diese Abhängigkeit verringert gleichzeitig die Gefahr, dass sich die lokalen Sicherheitskräfte selbst gegen die ausländische Besatzung zur Wehr setzen. Diese nicht nur in Afghanistan verfolgte Logik beschreibt eindrucksvoll ein Szenario des „Fourth Generation Seminar“, eines Think-Tanks des US-Militärs: „Wir durchkämmen nie ganze Viertel. Wir treten nie Türen ein. Wir terrorisieren nie Zivilisten oder lassen sie ins Kreuzfeuer geraten. Wenn wir jemanden angreifen müssen, dann lassen wir die Aufgabe am liebsten von jemand anderem ausführen. Die Leute vor Ort machen die schmutzige Arbeit und wir hinterlassen keine amerikanischen Spuren.“³

Polizeiaufbau unter Regie des Militärs

Dem Aufbau der Polizei wurde zunächst international eine vergleichsweise geringe Aufmerksamkeit geschenkt. Dies änderte sich grundlegend, als es darum ging, Gebiete, aus denen man die Aufständischen vertrieben hatte, auch zu halten. Diese Aufgabe sollte die Polizei übernehmen. Deutschland, seit 2002 verantwortlich für den Polizeiaufbau, hatte in den ersten Jahren ausschließlich Polizisten des mittleren und gehobenen Dienstes ausgebildet und eine Polizeiakademie aufgebaut. Weil Deutschland in den ersten Jahren nur geringe Erfolge zu verbuchen hatte, entschlossen sich die USA selbst Polizisten auszurüsten und auszubilden, die den Krieg gegen die Aufständischen mitführen sollen.

2007 gab Deutschland die Verantwortung für die Koordination und die Ausarbeitung einer Strategie des Polizeiaufbaus an die EU-Mission EUPOL-Afghanistan ab. Die USA erkannten jedoch die Koordinatorenrolle von EUPOL in diesem Bereich nicht an, sondern betrieben ihre Bemühungen zum Polizeiaufbau weiterhin in eigener Regie. Zentrale Rolle spielt dabei das dem Pentagon unterstehende, also militärische Combined Security Transition Command CSTC-A. 2009 wurde die NATO Training Mission Afghanistan (NTM-A) beschlossen, deren Kommandeur seither auch dem CSTC-A vorsteht. Diese militärische Mission ist u.a. verantwortlich für die Ausarbeitung der Polizeiausbildungspläne und die Rekrutierung der Polizisten und deren Transport zu den Ausbildungszentren. Die Europäische Gendarmerietruppe (EGF), die formell unabhängig von EUPOL agiert und eine afghanische Gendarmerie aufstellen soll, ist ebenfalls der NTM-A zugeordnet.

EUPOL ist mit 284 Beamten in Afghanistan präsent, davon 165 Polizisten der EU-Mitgliedstaaten. Die Kosten der Mission beliefen sich bis Mitte 2010 auf rund 125 Mio. Euro, bis Mai 2011 sind weitere 54,6 Mio. Euro eingeplant. Deutschland betreibt zusätzlich zu EUPOL ein bilaterales Polizeihilfeprojekt, das German Police Project Team Afghanistan (GPPT). Diesem gehörten 2009 77 Polizisten an, heute sind es 201. Die Mittel, die Deutschland für den Polizeiaufbau in Afghanistan insgesamt aufwendete, beliefen sich bis 2009 auf 168,14 Mio. Euro. Mehr als die Hälfte entfällt dabei auf 2008 und 2009. Eigene Polizei-

Deutsche Gesamtkosten für den Aufbau der Polizei

Die hier aufgeführten Kosten beinhalten die Auslandsbedingten Personalmehrkosten, Ausstattungshilfe, die Ausbildungshilfe und die Einzahlungen Deutschlands in den „Law and Order Trust Fund for Afghanistan“, aus dem die Gehälter der afghanischen Polizisten bezahlt werden.

2002	13
2003	12,5
2004	10,4
2005	10,3
2006	15,9
2007	11
2008	34,5
2009	60,54
Gesamt	168,14

Quelle: BT-Drs. 17/2878 vom 08.09.2010

ausbildungsprogramme betreiben auch Australien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, Neuseeland und die Türkei. Alle diese Programme setzen auf unterschiedliche Ausbildungsmethoden und Inhalte.

Inzwischen wurde die afghanische Polizei in mehrere Teilpolizeien untergliedert: eine Art Gendarmerie (ANCO), die vor allem für die Niederschlagung von Unruhen, Demonstrationen und die Bekämpfung des Terrorismus eingesetzt werden soll; eine Grenzpolizei (ABP), die bisher hauptsächlich an der Grenze zu Pakistan eingesetzt wird, und eine allgemeine Polizei (AUP), die alle anderen Aufgaben übernehmen soll. Gemeinsam ist den Polizisten all dieser Einheiten, dass sich die kurze Ausbildung, die ihnen zuteil wird, auf den Einsatz von Waffen und nicht auf

Polizeiaufbau durch die GTZ

Im Auftrag verschiedener deutscher Ministerien und anderer Geber ist die GTZ seit Jahren in den Polizeiaufbau eingebunden. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes führt sie ein Projekt zur „Stärkung und Bündelung der deutschen und internationalen Hilfe für die afghanische Polizei“¹ durch. Dabei unterstützt sie das bilaterale Projekt Deutschlands (GPPT), die EU-Mission (EUPOL -Afghanistan) und den „Internationale Koordinierungsausschuss“ für den Polizeiaufbau „bei der Entwicklung, Planung und Implementierung von Polizeiprojekten und fördert die Abstimmung der verschiedenen Geber untereinander und mit der afghanischen Regierung“.² Darüber hinaus baut sie Polizeistationen und Ausbildungszentren, stattet diese aus und führt Alphabetisierungskurse für Polizisten durch.³ Auch leistete sie Ausstattungshilfe für die afghanische Polizei – beispielsweise installierte sie Sicherheitsschleusen am Flughafen in Kabul.

1 GTZ: Leistungsprofil Polizeireform, Juni 2009.

2 Ebd.

3 GTZ: Innere Sicherheit schaffen – Polizeiaufbau Afghanistan, Mai 2010.

den Umgang mit der Zivilbevölkerung konzentriert. Im März 2010 wurde die Basisausbildung „auf Beschluss des afghanischen Innenministers“ zusätzlich von acht auf sechs Wochen gekürzt.⁴ Neben diesen drei Polizeieinheiten werden zusätzlich Milizen bewaffnet. Diese erhalten – wenn überhaupt – eine wenige Stunden dauernde Ausbildung, einen geringen Lohn und sollen die afghanischen und internationalen Truppen unterstützen.⁵

Schlecht bezahlt, korrupt und hochgradig gefährdet

Seit 2003 sind ca. 4500 afghanische Polizisten getötet und zahlreiche verletzt worden.⁶ Grund dafür ist vor allem, dass die Polizisten diejenigen sind, die in der ersten Reihe gegen die Aufständischen kämpfen. Sie werden nach der gewaltsamen Vertreibung der Widerstandsgruppen zurückgelassen, um die Gebiete zu halten. Für die Aufständischen sind sie leicht angreifbare Handlanger der verhassten Regierung und der ausländischen Besatzung. Daher und aufgrund des miserablen Lohns (einfache Polizisten verdienen derzeit 165 Dollar im Monat), der oft gar nicht, nicht vollständig oder verspätet ausgezahlt wird, desertieren viele Polizisten mitsamt Waffe und Uniform oder laufen zu den Aufständischen über. Die Bundesregierung spricht von einer „Schwundrate“ von über 20%.⁷ Die derzeitige Stärke der Polizei kann daher nur sehr vage geschätzt werden: nach Angaben der NATO betrug sie im Mai 2010 104.459 Polizisten, der International Crisis Group zufolge waren im Februar 2010 nur 56.000 im Dienst.⁸ Die NATO bezieht sich bei ihren Angaben auf die Anzahl derjenigen, die ein Polizistengehalt bekommen, was allerdings mitnichten der Anzahl der als Polizisten arbeitenden entspricht. Geht es darum, den vermeintlichen Erfolg des Polizeiaufbaus zu dokumentieren – bezieht sich die Bundesregierung gerne auf diese Zahlen, auch wenn sie an anderer Stelle zugeben muss, dass: „Angaben darüber, wie viele afghanische Polizisten, die seit 2002 von den verschiedenen internationalen Akteuren aus- und fortgebildet worden sind, noch im afghanischen Polizeidienst sind, [...] der Bundesregierung nicht vor[liegen]. Solche Angaben sind angesichts des schwierigen afghanischen Umfelds und der begrenzten Verwaltungskapazität des afghanischen Innenministeriums praktisch nicht zu erheben.“⁹ Zuständig für eine Verbesserung eben jener „Verwaltungskapazitäten“ im Innenministerium ist seit 2007 EUPOL.

Diejenigen Polizisten, die sich im Dienst befinden, bessern ihr Gehalt vielfach durch Korruption, Erpressung oder Diebstahl auf. 2007 veröffentlichte die „Afghan Research and Evaluation Unit“, eine von EU und UN finanzierte Forschungsorganisation, eine Studie mit dem bezeichnenden Titel „Cops or Robbers?“. Darin werden zahlreiche Afghanen interviewt, die nichts Gutes über die Polizei zu erzählen haben. Ein LKW-Fahrer wird mit den Worten zitiert: „Vergesst die Taliban. Unser größtes Problem ist die Polizei.“¹⁰ Auch in einem Artikel der Zeitschrift des deutschen Reservistenverbandes „loyal“ vom März 2010 heißt es: „Polizisten werden in Afghanistan oft wie Aussätzige behandelt. Die Bevölkerung verachtet sie, sie gelten als korrupte Wegelagerer. Regelmäßig kassieren sie Autofahrer an Kontrollstellen ab, um ihren Monatsverdienst von 120 bis 150 Dollar aufzubessern. Sie sind vielfach nicht die Lösung des afghanischen Problems, sondern deren Ursache.“¹¹ Eine neue Studie von „Integrity Watch Afghanistan“¹² und ein kürzlich erschienener Bericht der International Crisis Group kommen zu ähnlichen Ergebnissen. In diesem heißt es: „Geschaffen, finanziert und überwacht durch die USA und ihre NATO-Verbündete, handelt es sich bei der ANP um eine korrupte, brutale und räuberische Einheit.“¹³

Von alledem abgesehen wiegt ein grundsätzliches Problem besonders schwer: Wenn sich die Polizei von einer reinen Schlägertruppe unterscheiden soll, muss sie dazu in der Lage sein, mutmaßliche Gesetzesbrecher zu überführen, der Justiz Beweise für deren Taten zu liefern und die Rechte von Bürgern – inklusive der Beschuldigten – zu schützen. Dazu bräuchte es vor allem eine funktionierende Justiz, die in Afghanistan heute nicht existiert.¹⁴ In einem Bericht der Internationale Crisis Group zum Zustand der afghanischen Justiz heißt es: „Afghanistans Rechtssystem ist zerstört. Die Justizinstitutionen sind dysfunktional, ihnen fehlen grundlegende Fähigkeiten und Ressourcen. Sie sind überlastet und der Großteil der Richter, Staatsanwälte und Angestellten im Justizwesen ist schlecht oder überhaupt nicht ausgebildet. Die meisten erhalten ihre Positionen über Beziehungen und sind aufgrund der fehlenden Ausbildung nicht in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen“.¹⁵ Auch wenn bereits auf der Afghanistan-Konferenz 2001 von den NATO-Staaten beschlossen wurde, eine Reform des Justizwesens zu unterstützen, werden in diesem Bereich kaum Anstrengungen übernommen, vielmehr – so die Crisis Group – hätten die wenigen Reformen, die die „Internationale Gemeinschaft“ bisher umsetzte, zu einer Verkomplizierung des Systems beigetragen. Zudem sei die Zahl der Häftlinge von 600 Menschen 2001 auf 10.000 im Jahr 2007 und auf 17.000 im letzten Jahr gestiegen.¹⁶ Italien, das 2002 die Verantwortung für den Aufbau des Justizwesens übernommen hatte, machte offenbar nicht viel mehr als italienisches Recht in Paschtu und Dari zu übersetzen, was natürlich ein absurdes Unterfangen ist.¹⁷ Inzwischen wurde dieser Bereich ebenso wie der Polizeiaufbau an die EUPOL-Mission übertragen.

Neben einem funktionierenden Justizwesen müssen die Polizisten in der Lage sein, auf der Grundlage von Gesetzen zu handeln. Derzeit können aber nur ca. zehn Prozent der Polizisten lesen und schreiben. Wie sollen sie so Ermittlungen führen, Beweise aufnehmen und gemäß den Gesetzen handeln?

Hinzu kommt, dass die Polizeiausbilder, die den afghanischen Rekruten Rechtskenntnisse vermitteln sollen, keine Ahnung von afghanischen Gesetzen haben. Ein deutscher Ausbilder wird vor seinem Einsatz sechs Stunden in der Landessprache, Rechtsordnung und Kultur Afghanistans unterrichtet. Selbst wenn es ein funktionierendes Rechtssystem gäbe, wäre es für die Ausbilder kaum möglich, die lokalen Sicherheitskräfte entsprechend der Rechtsordnung zu unterstützen oder gar auszubilden. In einer Anhörung im Bundestagsinnenausschuss zum Thema Polizeiaufbau in Afghanistan im Dezember 2008 bewiesen die anwesenden Experten, dass auch sie keine Vorstellung von der afghanischen Rechtsordnung haben. Eine einfache Frage nach dem afghanischen Dienstrecht konnte weder der damalige Leiter der EUPOL, Peter Horst, noch der Leitende Polizeiberater bei der Deutschen Botschaft in Kabul, Detlef Karioth, noch sonst einer der „Experten“ beantworten.¹⁸

Paramilitarisierte Polizei in Afghanistan...

Angesichts all dessen verwundert es kaum, dass es sich in Afghanistan weniger um eine zivile Polizei als um eine paramilitärische Truppe handelt. Dies ist nicht nur der dortigen Situation geschuldet; es ist das Ziel, welches auch von Deutschland inzwischen offen verfolgt wird. Ausgerechnet die hohe Gefährdung der Polizisten muss als Begründung für ihre militärische Ausbildung herhalten. Tom Königs, ehemaliger UN-Sonderberater für Afghanistan, erklärte in der bereits erwähnten Anhörung im Innenausschuss: Die Aufrechterhaltung der Trennung von Militär und Polizei sei „in einer Situation des Krieges in einem Land

wie Afghanistan ... für die afghanischen Organe nicht aufrechtzuerhalten und auch gar nicht gewünscht und nicht möglich.“

Im Oktober 2007 bestätigte die Bundesregierung Überlegungen zur Aufstellung einer afghanischen Gendarmerie¹⁹ – ein Vorhaben, um das sich seit Anfang 2009 die EGF kümmert. Allerdings wäre die Vorstellung verfehlt, der paramilitärischen Gendarmerie stünde eine zivile Polizei gegenüber; vielmehr werden alle Polizisten militärisch ausgebildet. Das zeigt sich unter anderem am Focused District Development Program (FDD), einem von den USA entwickelten Konzept, das seit Anfang 2009 auch vom deutschen Projektteam praktiziert wird. Ziel ist der Aufbau und die Ausbildung der Polizei auf der Distrikt-, d.h. auf der untersten Verwaltungsebene. Das Programm zieht sich jeweils über einen Zeitraum von rund einem Jahr: Nach einer Evaluation (acht Wochen) folgt die gleichzeitige Ausbildung sämtlicher Polizisten des Distrikts am Polizeitrainingszentrum (acht Wochen). Während dieser Phase übernimmt die Gendarmerie (ANCOP) die Polizeiaufgaben im Distrikt. Danach folgt eine Nachbetreuung von bis zu 24 Wochen. Durchgeführt wird das Programm von „Police Mentoring Teams“, zu denen jeweils neben zwei Dolmetschern bis zu vier Feldjäger der Bundeswehr und bis zu vier Polizisten gehören. Die Feldjäger übernehmen dabei die „robusten Module“ der Ausbildung, die Bundeswehr „bringt sich zusätzlich mit infanteristischen Ausbildungsinhalten ein“, erklärte die Bundesregierung bereits im Februar 2009. Anders als eine „Polizei nach europäischen Maßstäben“ benötigt die afghanische auch eine „modulare Ausbildung im militärischen Sinne“, heißt es nun im September 2010.²⁰

... und Deutschland

Diese Vermischung polizeilicher und militärischer Aufgaben hat nicht nur gravierende Auswirkungen auf die afghanische Gesellschaft, sie trägt auch zur Verwischung dieser Bereiche in der BRD bei. Deutsche Polizisten in Afghanistan sind in den Feldlagern der Bundeswehr untergebracht, auf die logistische Unterstützung des Militärs angewiesen, bei ihren Tätigkeiten werden sie von Soldaten geschützt, und sie bilden gemeinsam mit Feldjägern aus. Die so erworbenen „Fähigkeiten“ nehmen sie dann natürlich mit nach Hause.

Die deutschen Polizeigewerkschaften sehen den Einsatz in Afghanistan zunehmend kritischer. Die Polizisten seien für die Ausbildung von Sicherheitskräften in Kriegsgebieten nicht ausgebildet und ausgerüstet, die Gefahr sei zu hoch. Besonders drastisch äußerte sich der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg: „Wir bekämpfen Kriminalität. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Wir sind nicht dafür da, Raketenabwehr zu machen, in Sprengfallen hineinzufahren oder darauf zu achten.“²¹ Ausreichend deutsche Polizisten für den Afghanistan-Einsatz stehen schon jetzt nicht zur Verfügung. Anfang September 2010 hat Brandenburg als erstes Bundesland verkündet, keine weiteren Beamten nach Afghanistan zu senden. Die Begründung des Landesinnenministeriums ist eindeutig: „An einem Krieg beteiligen sich brandenburgische Polizisten nicht“.²²

Die Entsendung von Polizisten im Rahmen von Stabilisierungseinsätzen und die dabei auftretenden Probleme haben nun Forderungen zur Schaffung einer deutschen Gendarmerie forciert. Die regierungsnah „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) veröffentlichte im März 2010 hierzu eine Studie. Einwände, eine Gendarmerie widerspreche der grundgesetzlich verankerten Trennung von Polizei und Militär, werden darin mit dem Verweis vom Tisch gewischt, diese Einschränkung gelte nur für den Einsatz im Innern, nicht aber für den Auslandseinsatz,



Polizisten der Afghan National Police nach Abschluss ihrer Ausbildung Foto: Air Force Staff Beth Del Vecchio

für den diese Gendarmerieeinheiten vorgesehen seien.²³ Ende Januar 2011 schlug der Vorsitzende des Bundes deutscher Kriminalbeamter, Thomas Mischke den Aufbau einer „Internationale Stabilisierungseinheit“ vor, die sowohl polizeiliche als auch militärische Fähigkeiten vereinbaren sollte. Diese Einheit solle aus ungefähr 600 Mann bestehen und bei der Bundespolizei eingerichtet werden.²⁴

Insgesamt sieht es nicht so aus, als würde der Polizeieinsatz in Afghanistan in naher Zukunft beendet werden. Die Bundesregierung erklärte in ihrem kürzlich erschienen „Fortschrittsbericht Afghanistan“, dass sie beabsichtigt, auch über 2014 hinaus die afghanische Polizei auszubilden, wohl in der Hoffnung, in diesem Bereich mit weniger Widerstand aus der Bevölkerung rechnen zu müssen.²⁵ In diesem Zusammenhang ist das Vorgehen in den Niederlanden interessant: Hier war die Regierungskoalition im Februar 2010 an dem Streit um die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes zerbrochen und ein Großteil der Truppen wurde daraufhin aus Afghanistan abgezogen. Ende Januar 2011 wurde allerdings – auf Drängen der NATO – eine Polizeimission zur Ausbildung von afghanischen Polizisten beschlossen. 545 Polizisten und Soldaten sollen nun bis 2014 nach Afghanistan entsandt werden, wobei die Soldaten die medizinische Versorgung, die Logistik und den Schutz der Polizisten übernehmen sollen.²⁶

Ausblick

Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg erklärte im Dezember 2009, man könne keine Vorzeige-Demokratie in Afghanistan erwarten. Vielmehr müsse man sich um diejenigen Aufständischen kümmern, die eine ernsthafte Bedrohung für die Staatengemeinschaft darstellten.²⁷ Dazu wird in dem Land ein Sicherheitssektor aufgebaut, der so überdimensioniert ist, dass die Regierung auch in Zukunft von der – vor allem finanziellen – Unterstützung des Westens abhängig sein wird. Das Ergebnis des Aufbaus, der Ausbildung und der Ausstattung der Sicherheitskräfte ist ein vollkommen überdimensionierter

Sicherheitsapparat. Was die Sicherheitskräfte – wenn sie denn eines Tages aufgestellt sind – die Afghanen kosten wird, schätzt eine Studie des US-amerikanischen Congressional Research Service (CRS) auf 2,2 Mrd. \$ jährlich, bei einem derzeitigen afghanischen Gesamthaushalt von ca. 1 Mrd. \$. Damit wird Afghanistan auf Jahrzehnte hin von der „Internationalen Gemeinschaft“ finanziell abhängig sein und Gelder etwa für die Sozialpolitik werden nicht zur Verfügung stehen.²⁸ Korrupte und militarisierte Sicherheitskräfte, die aus dem eigenen Haushalt nicht bezahlt werden können,

sind die Basis des autoritären Militärstaats, unter dem die afghanische Bevölkerung auch zukünftig zu leiden hat.

Zu Recht kommentierte die taz schon im November 2009: „Das Maximum, das der Westen in Afghanistan noch erhoffen kann, ist, einen autoritären Potentaten zu hinterlassen, der getreu dem US-amerikanischen Bonmot ‚Er ist ein Hurensohn, aber er ist unser Hurensohn‘, die Regierung auf prowestlichem Kurs hält. Sicherheitspolitisch könnte das sogar funktionieren, weil dessen Terror sich dann ‚nur‘ gegen die eigene Bevölkerung und vielleicht noch gegen Nachbarstaaten, nicht aber gegen den Westen richtet.“²⁹

Anmerkungen

- 1 „Wir müssen weiter mit Verlusten rechnen“ – Interview mit Karl-Theodor zu Guttenberg, FAZ.net vom 05.07.2010.
- 2 Declaration by the NATO and the Government of the Islamic Republic of Afghanistan on an Enduring Partnership, 20.11.2010; www.nato.int.
- 3 Fourth Generation Seminar: FMFM 1-A, 2009, S.21 ff., s. <http://dnipogo.org/strategy-and-force-employment/fourth-generation-warfare-manuals/>.
- 4 BT-Drs.: 17/2878 vom 08.09.2010; S. 39.
- 5 Schürkes, J.: Hilfspolizisten, Schutzkräfte, Dorfschützer, in: Ausdruck, August 2010, www.imi-online.de.
- 6 BT-Drs. 17/2878 vom 08.09.2010; S.40.
- 7 BT-Drs. 17/2878 vom 08.09.2010; S. 41.
- 8 Schneider, M.: Testimony to the Commission on Wartime Contracting in Iraq and Afghanistan, 05.02.2010.
- 9 BT-Drs. 17/2878 vom 08.09.2010; S.16.
- 10 Wilder, A.: Cops or Robbers?. Kabul 2007, p. 1, s. www.areu.org.af.
- 11 Seliger, M.: „Gebt und noch fünf Jahre“, loyal 3/2010; S. 12.
- 12 Integrity Watch Afghanistan: Afghan Perceptions and Experiences of Corruption. A National Survey 2010, p.71f.; www.iwaweb.org/src/IWA_corruption_survey_2010.pdf. Die Studie beruht auf Umfragen von Ende 2009.
- 13 International Crisis Group: Afghanistan: Exit vs. Engagement, Update Briefing, Kabul/Brussels, 28.November 2010; S. 3.
- 14 Krempel, J.: Recht und Justiz am Hindukusch, in: HSKF-Standpunkt 2010 Nr. 1.
- 15 International Crisis Group: Reforming Afghanistan's Broken Judi-

- ciary, Asia Report Nr. 195, 17.November 2010; S. 1. 16 Ebd. S. 22.
- 17 Jörg Krempel: Recht und Justiz am Hindukusch. Plädoyer für einen pragmatischen Umgang mit traditionellen Rechtsstrukturen, HSFK-Standpunkt, 1/2010.
- 18 BT-Innenausschuss, 81. Sitzung vom 15.12.2008.
- 19 BT-Drs. 16/6703 vom 12.10.2007.
- 20 BT-Drs. 16/11966 vom 16.2.2009 und 17/2878 vom 8.9.2010
- 21 Gewerkschaften kritisieren Verstärkung der Polizeiausbildung in Afghanistan durch deutsche Polizisten, NDR-Info, 21.1.2010.
- 22 Keine Polizisten aus Brandenburg nach Afghanistan, tagesschau.de, 4.9.2010.
- 23 Kempin, R.; Kreuder-Sonnen, C: Gendarmerieeinheiten in internationalen Stabilisierungsmissionen. Eine Option für Deutschland?

- SWP-Studie, Berlin 2010.
- 24 Bund Deutscher Kriminalbeamter fordert Internationale Stabilisierungseinheit, Pressemitteilung des BDK, 29.02.2011; www.bdk.de.
- 25 Bundesregierung: Fortschrittsbericht Afghanistan zur Unterrichtung des deutschen Bundestages, Dezember 2010.
- 26 Niederlande entsenden Ausbilder nach Afghanistan, Die Zeit, 28.01.2011.
- 27 Guttenberg sieht Demokratie in Afghanistan nicht erreichbar, spiegel-online, 26.12.2009.
- 28 Steve Bowman/ Catherine Dale: War in Afghanistan: Strategy, Military Operations, and Issues for Congress, Congressional Research Service, 8.Juni 2010.
- 29 Letzte Hoffnung Diktatur, taz-online, 13.9.2009.

Deutsche Ausbildungs- und Ausstattungshilfe in Ägypten

Deutschland unterstützt auf vielfache Art und Weise die Sicherheitskräfte Ägyptens und anderer Staaten Nordafrikas sowie auf der arabischen Halbinsel, in denen derzeit auf Demonstrationen mit massiver Polizei- und Militärgewalt reagiert wird.

Polizeiliche Ausbildungs- und Ausstattungshilfe

Gegenwärtig sind Verbindungsbeamte des BKA in Ägypten aktiv, obwohl dort „Folter und andere Misshandlungen ... in Polizeistationen, Haftzentren der Sicherheitspolizei und Gefängnissen weiter an der Tagesordnung“ sind. „Verbindungsbeamte sind von Amts wegen verpflichtet, engen Kontakt zu Sicherheitsinstitutionen des Gastlandes zu halten“.¹ In der Praxis sind sie auch für die Koordination der polizeilichen Ausbildungs- und Ausstattungshilfe zuständig. Des Weiteren halten sich zwei Angehörige der Bundespolizei als Dokumentenberater, ein weiterer als Sicherheitsbeamter und eine unbekannte Anzahl weiterer Polizeibeamter im Hausordnungs- und Objektschutzdienst der Botschaft in Kairo auf.²

Das BKA führte vom 24.-28.10.2010 in Kairo im Rahmen der Ausbildungs- und Ausstattungshilfe einen Lehrgang „Open Source Internetauswertung im Bereich der Bekämpfung des Internationalen Terrorismus“ durch,³ 2008 wurden vom BKA mehrere Lehrgänge für Sondereinheiten über das Verhalten bei Geiselnahmen durchgeführt.⁴ Vier ägyptische Polizeibeamte nahmen zudem im Zeitraum von 1999 bis 2007 am Stipendiatenprogramm des BKA teil.⁵ Zwischen 2005 und 2009 erhielt Ägypten (ebenso wie Algerien, Tunesien, Jordanien und der Jemen) „Ausstattungshilfe in Form von Führungs- und Einsatzmitteln, Kriminaltechnik, Kraftfahrzeugen sowie IT-Technik und Büroausstattung“.⁶

Das Internetportal mmnews.de berichtete am 2.2.2010: „Auf Fotos ist zu erkennen, dass die Polizei in Kairo mit Wasserwerfern operiert, die von der deutschen Firma MAN hergestellt worden sind. Das berichtet die Berliner Zeitung (Donnerstagsausgabe). Diese Wasserwerfer sind Bestandteil einer von der Bundesregierung genehmigten polizeilichen Ausstattungshilfe für das Mubarak-Regime. Welchen Umfang diese Ausstattungshilfe hat, wurde bislang nicht konkret aufgeschlüsselt.“

Bislang hat sich die Bundesregierung geweigert, Aussagen zu den Exporten von Tränengas und Wasserwerfern in die betreffenden Länder zu treffen, es ist aber davon auszugehen, dass Deutschland als einer der weltweit größten Hersteller solcher weniger tödlichen Waffen beides zumindest in einige der betreffenden Länder geliefert hat, die meist über keine nennenswerte Industrie in diesem Bereich verfügen.

Militärische Ausbildungs- und Ausstattungshilfe

Gegenwärtig werden acht ägyptische Soldaten an Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr im Rahmen der militärischen Ausbildungshilfe fortgebildet (19 aus dem Jemen, 16 aus Jordanien, 16 aus Algerien, 3 aus Tunesien),⁷ insgesamt haben seit 2000 186 Angehörige der ägyptischen Armee an solchen vom BMVg finanzierten Ausbildungslehrgängen teilgenommen.⁸ In der Vergangenheit unterhielt die Bundeswehr Militärattachéstäbe sowohl in Kairo, als auch in Tunis, Algier und Rabat. Gegenüber Ägypten wurde im Januar 2009 ein umfangreiches Programm zur „Beratung, Ausbildung und Ausstattungshilfe“ für die Grenzsicherung durch die Armee in Aussicht gestellt, welche auch die „systematische Überwachung des Hinter-

lands“ ermöglichen sollte.⁹ Im Mai 2010 besuchte eine Delegation der ägyptischen Armee die Offiziersschule der Luftwaffe in Fürstenfeldbruck. Im letzten Rüstungsexportbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2007 finden sich alle vier Länder als Empfänger deutscher Rüstungsexporte. Ägypten gilt mittlerweile als bedeutendstes Empfängerland deutscher Waffenexporte, die sich alleine zwischen 2008 und 2009 auf 77 Mio. Euro mehr als verdoppelt haben. Darunter waren 2009 auch 884 Maschinenpistolen, wie sie durch die ägyptische Polizei Verwendung finden.

Neben der Euro-Mediterranen Partnerschaft unterstützt die EU die nordafrikanischen Staaten insbesondere im Rahmen des „Kampfes gegen die illegale Migration“ und bei der „Bekämpfung des Terrorismus“. So finanziert sie mit 1 Mio. Euro ein Studienzentrum zum Terrorismus (CAERT) in Algerien, Ägypten erhielt 2009 20 Mio. Euro im Rahmen eines „Innovationsfonds“, der u.a. Forschungen im Bereich der Reaktorsicherheit, Satellitentechnologie und IT-Sicherheit fördern sollte.

Christoph Marischka und Jonna Schürkes

Anmerkungen

- 1 Schenk, Dieter: Jemand muss das Schweigen brechen. Über die Zusammenarbeit des BKA mit Folterstaaten, in: Möllers / van Ooyen: Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011
- 2 BT-Drs. 17/3640 vom 08.11.2011.
- 3 BT-Drs 17/3931 vom 25.11.2010.
- 4 BT-Drs 16/10252 vom 17.09.2008.
- 5 BT-Drs 16/7699 vom 10.01.2008.
- 6 BT-Drs 17/776 vom 22.02.2010.
- 7 BT-Drs. 17(12)508 vom 16.12.2010.
- 8 BT-Drs 16/6701 vom 12.10.2007 und 17/3783 vom 15.11.2010
- 9 Steinmeier schmiedet EU-Friedensplan für Gaza, spiegel-online, 25.01.2009.

Cybercrime & Gendarmerien

Bericht von den 5. Berliner Sicherheitsgesprächen mit dem Bund Deutscher Kriminalbeamter

von René Jokisch

Einleitung

Am 24. Januar 2011 fanden die fünften Berliner Sicherheitsgespräche mit dem Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) in der Hessischen Landesvertretung in Berlin statt.¹ Veranstalter war neben dem BDK die „Exhibition & Marketing Wehrstedt GmbH“, die mit Heinz Schulte auch den Moderator stellte.² Etwa 70 Gäste wollten unter folgendem Titel eine zumindest vorgeblich noch offene Frage diskutieren: „Cybercrime & Auslandseinsätze - Kriminalpolizei und Bundeswehr vor gemeinsamen Herausforderungen?“

Klaus Jansen, Bundesvorsitzender des BDK, begann die Einführung in die Problemlage damit, dass er auch mal Tabuthemen ansprechen wolle und daher den Titel des Kongresses bewusst provokant formuliert habe. Ferner ließ er verlauten, er sei froh, dass dies auch provokant aufgefasst werde. Jansen stellte anschließend die – keineswegs allzu neue – These auf, innere und äußere Sicherheit ließen sich nicht mehr streng voneinander trennen. Er wies darauf hin, dass auch der ehemalige Verfassungsrichter Paul Kirchhof einen Bundeswehreininsatz im Inneren ja befürworte und schloss daraus pointiert: „*Wir sind mit unserer Position nicht ganz isoliert.*“ Den weiteren inhaltlichen Input überließ Jansen charmant den beiden „exzellenten Experten“, die in Impulsreferaten die Themen Cyberangriffe bzw. Gendarmerieeinheiten vorstellten.

Den Anfang machte der Vortrag von Dr. Sandro Gaycken von der Abteilung Technikphilosophie und Wissenschaftstheorie der Universität Stuttgart, der die Charakterisierungen von *Cyberkriminalität* im Unterschied zu *Cyberwar* auf erfreulich kritische Weise behandelte. Anschließend referierte Dr. Ronja Kempin, Forschungsgruppenleiterin EU-Außenbeziehungen der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP), ihr SWP-Papier „Gendarmerieeinheiten in internationalen Stabilisierungsmissionen – Eine Option für Deutschland?“³. Bei der anschließenden Podiumsdiskussion kamen nach den Vertretern der im Bundestag etablierten Parteien auch Vertreter der Polizei und der Feldjäger-Führer der Bundeswehr zu Wort.

Gendarmerien für Deutschland

Ronja Kempin führte in den Vortrag ein, indem sie die SWP als von der Politik gewollte Politikberatung vorstellte.⁴ Danach erklärte auch sie, sie wolle über ein Tabuthema sprechen und begann mit ihrer ersten These: Die Polizei sei ein Standardinstrument in der Außenpolitik geworden, wobei jedoch dieser Bedeutungszuwachs zu wenig beachtet und begleitet werde. Die Aufgabe von Polizeien sei die Beratung und die Wahrnehmung „*repressiver Polizeiaufgaben*“. Dabei sei heute die klare Trennung nicht mehr möglich, wonach Polizeieinsätze nur in Nachkriegssituationen stattfinden sollten. Die Grauzone zwischen militärischen und polizeilichen Fähigkeiten und Einsätzen führe letztlich zur Notwendigkeit, Gendarmerie-Einheiten aufzubauen. Denn wegen ihres hybriden Status und ihrer speziellen

Fähigkeiten seien sie unverzichtbar für heutige Kriege. Daher könne Deutschland nicht auf Gendarmerien verzichten, wolle es sich nicht international schwächen und isolieren.

Daraufhin diagnostizierte Kempin eine Sicherheitslücke in „internationalen Stabilisierungsmissionen“ wie in Afghanistan, die auf eine Entsendelücke und eine Fähigkeitslücke zurückzuführen sei. Eine „*Beschränkung auf zivile unbewaffnete Polizeiarbeit ist oft nicht möglich*“, denn dies verursache besagte „*Sicherheitslücke*“. Die Entsendelücke entstehe dadurch, dass die Polizei aufgrund der Sicherheitslage und des Prinzips der Freiwilligkeit meist (zu) spät entsandt werde. Das Militär müsse dann die öffentliche Sicherheit herstellen, wodurch die Fähigkeiten der militärischen Mission beschnitten würden. Gerade in der volatilen und gewaltdurchsetzten Anfangsphase eines Einsatzes sei schlagkräftiges Militär aber wichtig. Auch seien Soldaten nicht für Polizeiaufgaben ausgebildet und hätten nicht die entsprechenden Möglichkeiten, z.B. bei der Ermittlung.

Die Fähigkeitslücke sei wiederum das Resultat daraus, dass sich das Aufgabenspektrum durch Stabilisierungsmissionen erheblich erweitert habe. Zivile Polizeieinheiten hätten daher mehrere Mängel, insbesondere die unzureichenden Selbstschutz-Fähigkeiten und nicht ausreichenden Kompetenzen in Deeskalations- und Verhandlungstechniken. Außerdem würden ihnen die Möglichkeiten fehlen, „robuste“ Fähigkeiten an lokale Kräfte zu vermitteln. Kempin verwies dann auf Tom Koenigs⁵, der gesagt habe, dass sich eine Polizeistraßensperre in Afghanistan gegen einen Angriff mit automatischen Waffen wehren können müsse.

Daraus leitete sie, wie bereits angedeutet, ihre Forderung nach dem Aufbau deutscher Gendarmerien ab, da diese – so ihre Behauptung – zivil-polizeilich ausgebildet seien, also über Arbeitstechnik und Ausbildung ziviler Polizei verfügen würden. Zusätzlich bestünde ihre Stärke darin, „*deeskalierend zu wirken. Sie können Massenkundgebungen auflösen, da sie über robuste Fähigkeiten verfügen.*“ Gendarmerien könnten aufgrund ihrer Organisation die Entsendelücke schließen und aufgrund ihrer Ausbildung und Ausrüstung die Fähigkeitslücke reduzieren. Auf einer der Powerpointfolien dazu stand: „*Fähigkeiten, insbesondere bei Handhabung gewalttätiger Aufstände und Demonstrationen können an lokale Sicherheitskräfte weitergegeben werden – Mangel an lokalen Kräften reduziert*“.

Die internationale Einsatzerfahrung sei zwar begrenzt, aber in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo und in der „NATO Training Mission in Afghanistan“ habe Deutschland bereits Erfahrung sammeln können. Um Deutschlands Krisenmanagement leistungsfähiger zu machen und die Probleme für das Militär und die Polizei zu verringern, müsse man mit Gendarmerien die Sicherheitslücke schließen, so die Kernforderung.

Kempin selbst verwies auf die verfassungsrechtlich gebotenen Schranken, die sie richtigerweise, wenn auch pauschal und ziemlich beziehungslos, mit den Lehren aus der NS-Vergangenheit begründete. Sie stellte dann allerdings in Frage, dass das Trennungsgebot auch für Gendarmerien gelte, die allein für Auslandseinsätze aufgestellt werden. Der Kritik, dass damit auch ein Einsatz im Innern vorbereitet werden könnte, hatte sie nichts entgegenzusetzen außer der nochmaligen Klarstellung, die von ihr vorgeschlagenen Gendarmerien sollten ausschließlich für Auslandseinsätze verwendet werden.⁶ Gegen die

mögliche Einschränkung der parlamentarischen Kontrolle bei Auslandseinsätzen von Gendarmerien argumentierte sie mit einer „wünschenswerten“ Regelung, die eine Parlamentsbeteiligung entsprechend eines Bundeswehrmandats vorsehen würde. Ob diese sich später politisch durchsetzen würde, bleibt fraglich. Den dritten Kritikpunkt, die Militarisierung von Polizeikräften, möchte sie schlussendlich entschärfen, indem der Einsatz von Gendarmeriekräften politisch sorgsam abzuwägen sei.

Podiumsdiskussion und Gastkommentare

Moderator Heinz Schulte stellte zwei interessante Argumente vor die Podiumsdiskussion: Die Menschen wollten Sicherheit, wobei ihnen die Unterscheidung zwischen Militär und Polizist „scheißegal“ wäre. Und: Die Polizei werde bald erstmals größer als die Bundeswehr sein, was Konsequenzen für Deutschlands Sicherheitsstruktur habe.

Die Beiträge der Parteien hier in sehr kurzer Auswahl: Der FDP-Vertreter, Manuel Höferlin, wollte die grundsätzliche Trennung zwischen Polizei und Militär beibehalten. Selbst wenn die Polizei in Afghanistan in ihrer jetzigen Form ungeeignet sei, würde ein Einsatz von Gendarmerien neuen Typs seinen Vorstellungen widersprechen. Feldjäger mit polizeilichen Befugnissen könne er sich aber vorstellen. Gegen einen Einsatz im Innern sollte man jedoch nicht so sehr auf den Bundestag als Kontrollgremium setzen, sondern dies besser systemisch ausschließen. Gerold Reichenbach von der SPD betonte, das Ende des Militärischen als Instrument territorialer Sicherheit sei gekommen. Darin lägen auch die Gründe für das Scheitern in internationalen Einsätzen: Da heute nicht Territorien, sondern Gesellschaften gesichert werden müssten, sollte die Planung nicht mehr von Militärs gemacht werden. Der Vertreter der Grünen, Wolfgang Wieland, positionierte sich gegen Tendenzen auch in seiner eigenen Fraktion, die Militär aus Afghanistan raus und dafür Polizei hineinbringen wollten. Den gemeinsamen Einsatz von Feldjägern zur Sicherung von deutschen Polizisten bewertete er allerdings positiv. Zur Gefahr des Einsatzes von Gendarmerien in Deutschland gab er gegen Kempin zu bedenken, dass Konservative bereits jetzt den Einsatz des Militärs im Innern fordern würden. Der Vertreter der Linken, Frank Tempel, betonte das Verfassungsgebot zur Trennung von Militär und Polizei diene dazu, die Demokratie zu sichern und Machtmissbrauch zu vermeiden. Zumindest mit Blick auf andere EU-Staaten sah er durch die Vermischung beider die Demokratie gefährdet. Darüber hinaus verwies er auf die notwendige Trennung zum Geheimdienst. Die Aufgabe ziviler Polizei sei es beim Aufbau einer zivilen Polizeistruktur zu helfen – den Polizeiaufbau in Afghanistan bewertete er kritisch.

Ein Mitglied der Polizei argumentierte, dass die Instrumente unabhängig von Krieg oder Kriminalität dieselben seien. Beim notwendigen Austausch von Informationen sei ihm egal, ob diese militärisch angeeignet wurden. Die Vorratsdatenspeicherung schien ihm ebenfalls unverzichtbar – auch da sei die deutsche Regelung für ausländische Kollegen nicht nachvollziehbar. Ein anderer Polizist, der als Ausbilder in Afghanistan tätig ist, beschrieb kurz seine Erfahrungen. Die auszubildenden afghanischen Kriminal- und Justizbeamten entstammen dem Offiziersgrad – sie können lesen und schreiben. Ungern habe er die Ausbildung für normale Polizisten gemacht, die grundlegend paramilitärisch ausgebildet würden – sie lernten Schützenkette und Schützenlinie. Noch weniger habe er die Einsätze gemocht, die gemeinsam mit Feldjägern zur Sicherung erfolgten. Die zivilen Beamten seien wesentlich schlechter ausgestattet und könn-



Werbeplakat für das Sicherheitsgespräch, Quelle: Veranstalter

ten eigentlich erst Polizeiarbeit machen, wenn das Einsatzgebiet wirklich befriedet sei.

Der Feldjäger-Führer der Bundeswehr fand Kempins Vorschläge hilfreich, aber nicht weitgehend genug. Als ein Problem nannte er, dass Polizisten im Kosovo von einer Demonstration überrascht wurden, was zeige, dass die wesentliche Schwierigkeit nicht darin läge, die Demonstration aufzulösen, sondern die nachrichtendienstlichen Informationen zu erhalten. Zur Frage, ob Feldjäger als Gendarmerie eingesetzt werden sollten, wollte er sich sonst nicht äußern. Aber er versicherte, dass die Feldjäger zu vielem bereit seien, wenn es von der Politik vorgegeben werde.

Cyberkriminalität und Cyberwar

Was sich die Veranstalter vom Input zum Thema Cybercrime & Cyberwar versprochen, nämlich eine Vermischung beider Aspekte, wird aus der Presseeinladung zur Berliner Sicherheitskonferenz ersichtlich: „Heutzutage finden aber auch Kriege mehr und mehr in der virtuellen Welt statt und auch die gezielten Angriffe auf Regierungen durch Cyberattacken auf Kommunikationssysteme häufen sich. Der Übergang von Cybercrime zum Cyberwar ist dabei fließend.“⁴⁷ Aus diesem Grund dürfte es wohl kaum im Sinne der Erfinder gewesen sein, dass der Vortrag von Sandro Gaycken zur gemeinsamen Herausforderung bei Cyberangriffen sehr schnell sehr grundsätzlich wurde. Er erklärte, dass die Frage bereits beim Bezug zur Bundeswehr scheitere, da dieser nicht in der Abwehr oder Verteidigung liegen könne, sondern nur bei der Analyse. Die oft vorgeschlagene gemeinsame Stelle für Detektion und Analyse, die bereits vor einer Trennung nach Kriminalität und militärischer Verteidigung ihre Arbeit aufnimmt, sei ebenso unnötig wie die neue Stelle beim Bundesinnenministerium. Denn Cybercrime und Cyberwar könnten nicht beliebig in einen Topf geworfen werden.

Cyberkriminalität könne zutreffend als technischer Kindergarten beschrieben werden. Die technische Seite könnte von einem „Teenage-Hacker“ gestellt werden. Aufgrund der technischen Möglichkeiten brauche es auch für sehr große Projekte oft nur wenige Personen. Die eigentlichen Benutzer dieser neuen Technologie seien dann aber wie früher ganz normale Kleinkriminelle. Die Straftaten seien nach wie vor Betrug, Kreditkarten-Betrug, Medikamenten-Verkauf, etc. Bei der Bearbeitung des Problem stünde man vor einem technisch nicht zu lösenden

Tradeoff zwischen Kriminalitätsbekämpfung und Privatsphäre. Die Frage müsse also an die Politik zurückgegeben werden.

Cyberwar sei demgegenüber ganz anders zu charakterisieren. Technisch brauche man gut ausgebildete Super-Hacker. Darüber hinaus würden bei solchen Angriffen ganz andere Systeme ins Visier genommen, etwa Infrastruktur und taktisches Gerät. Ein gutes Beispiel sei der F-35 Joint Strike Fighter. Das US-Kampfflugzeug sei das teuerste Rüstungsprojekt der Menschheit und sollte für die nächsten 40 Jahre eingesetzt werden. Allerdings seien 1,5 Terrabytes Daten über das Kampfflugzeug, darunter auch Quellcode, gestohlen worden. Das Flugzeug sei bis auf weiteres „gegrounded“, also auf Eis gelegt, da niemand ausschließen könne, dass es unbekannte Sicherheitslücken (Exploits) gibt. So wäre es denkbar, dass die Software das Flugzeug über bestimmten Lufträumen einfach abstürzen lässt. Ein medial bekannteres Beispiel sei Stuxnet. Die Experten in den Medien behaupteten ebenso wie die IT-Sicherheitsunternehmer, dass Stuxnet ein unglaublich großes, mächtiges Angriffsprogramm gewesen sei, das seinesgleichen suchen würde. In der IT-Community sei jedoch schnell klar gewesen, dass der Angriff für Militärs eher Standard und nichts Einmaliges war.

Ein besonderes Problem ergebe sich für die Militärs zudem daraus, dass Cyberangriffe meist nicht bemerkt würden. Oft würden sie in Hochsicherheitssystemen erst nach Jahren zufällig bemerkt, nachdem sie bereits mehrere Systemmigrationen und Updates mitgemacht hätten. Die Abwehrkonzepte der IT-Branche seien also fraglich. Auch eine militärisch geplante Abwehr wie ein Hochsicherheitstrakt könne nicht helfen: Solche Angriffe hätten stets mit Nachrichtendiensten zu tun, wobei es reichen würde, einen USB-Stick zu platzieren. In der Regel kämen solche ernsthaften Angriff also *nicht* über das Internet.

Ein weiteres Problem stelle die Aufklärung dar: Einerseits bleibe die Differenz zwischen Mensch und Maschine unüberwindbar. Selbst wenn ein Angriff auf eine Maschine zurückgeführt werden könne – es bleibe unklar, wer sie benutzt hat. Andererseits seien physische Spuren kaum vorhanden. Wenn ein Nachrichtendienst einen USB-Stick benutze, gebe es keine Fingerabdrücke oder ähnliches. Auch die manchmal angeführten Datenspuren müssten als ein Märchen betrachtet werden: Sie seien beliebig und könnten sogar frei erfunden sein. Mit solchen *false flags* könnte gar die Spur zu unschuldigen Akteuren gelegt werden.

Es gebe sogar die These, nach der Stuxnet vielleicht nur ein Waffentest gewesen sein könnte, bei dem die Spur natürlich sehr schnell zu den Amerikanern und Israelis geführt hätte. Die Schuldfrage bleibe letztlich nur Spekulation. Die oft dienliche Frage „*Cui bono?* - *Wem nützt es?*“ helfe hier nicht weiter. Es könnten sogar mehrere Funktionen in einen Angriff eingebaut werden, sodass es mehrere Verdächtigungen gäbe. Diese Schuldfrage sei bei einem Verbrechen gegen internationales Recht, wie ihn ein Angriff auf die zivile Infrastruktur darstellt, von besonderer Bedeutung. Justitia bleibe im Cyberwar aber tatsächlich völlig blind – bei Cybercrime sei das anders.

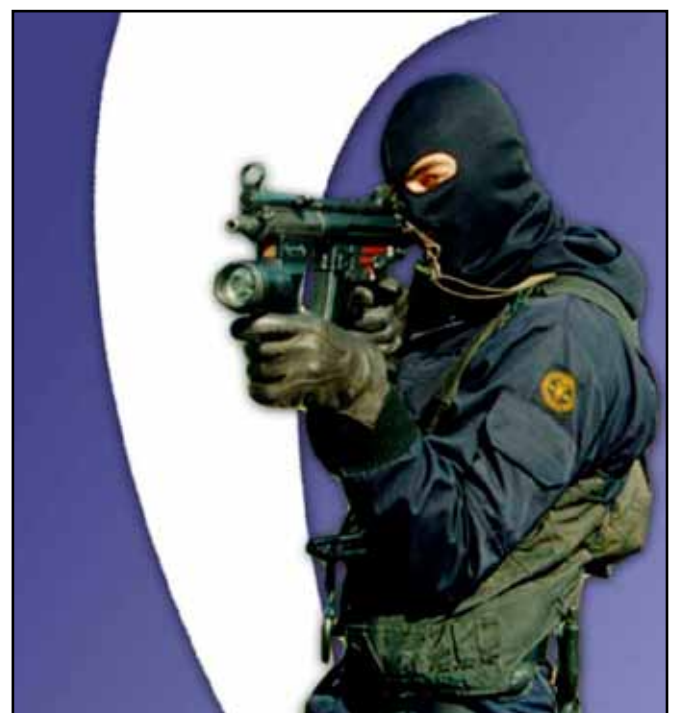
Eine militärisch-polizeiliche gemeinsame Abwehr sei also in Anbetracht der unterschiedlichen Ziele, Methoden und Fähigkeiten nicht sinnvoll. „*Das nationale Cyber-Abwehrzentrum des Bundesinnenministeriums ist Unsinn*“, so das vernichtende Fazit. Das „Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik“ (BSI) mache schon jetzt gute Arbeit – mehr werde das Abwehrzentrum auch nicht leisten können.

Die Sicherheits-IT-Unternehmen seien gerade in Goldrauschstimmung – die brauche man Gaycken zufolge nicht zu fragen, wie sinnvolle Abwehrmaßnahmen aussehen könnten.

So hätten die USA viel Geld ausgegeben, ohne dafür irgendeinen Gegenwert zu bekommen: „*IT-Unternehmen, die Lösungen verkaufen wollen, haben keine Lösungen für starke Angriffe.*“ Gaycken betonte in seinem Vortrag zudem, dass ein kritischer Infrastrukturangriff zwar möglich, aber für Deutschland nicht wahrscheinlich sei. Genaueres wisse jedoch fast niemand, da die Betreiber es ablehnten, Tests von Wissenschaftlern durchführen zu lassen. Man kann sich denken, warum.

Anmerkungen:

- 1 Programm der Veranstaltung unter <http://www.wehrstedt.org/index.php?id=198>.
- 2 Schulte ist Chefredakteur von Griephan Global Security, einer von mehreren Publikationen, die damit werben, der Industrie die Möglichkeit zu geben, ihre Zielgruppe der Entscheidungsträger direkt anzusprechen.
- 3 Ronja Kempin/Christian Kreuder-Sonnen: Gendarmerieeinheiten in internationalen Stabilisierungsmissionen – Eine Option für Deutschland?, SWP-Studie, März 2010. Kempin selbst arbeitete vor ihren internationalen Forschungsaufenthalten vor zehn Jahren als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundestag und für den SPD-Parteivorstand in der internationalen Abteilung. Bei der SWP war sie davor im Forschungsbereich Sicherheitspolitik, wo ihr Fokus auf dem Aufbau der Afghanischen Nationalen Polizei lag.
- 4 Seit 1965 erhält die SWP auf einstimmigen Beschluss des deutschen Bundestages Geld aus dem Bundeskanzleramt. Sie wirbt darüber hinaus Drittmittel von deutschen und internationalen Forschungsförderungseinrichtungen ein.
- 5 Tom Koenigs (Grüne) ist ehemaliger UN-Sonderbeauftragter für Afghanistan und jetzt Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Er verteidigt weiter den Afghanistankrieg und stimmte auch 2011 für das ISAF-Mandat der Bundesregierung.
- 6 Interessant wäre in diesem Zusammenhang die Frage, was Kempin zu einem Auslandseinsatz deutscher Gendarmerie im „befreundeten“ EU-Ausland denkt. Dies wäre nach Artikel 222 AEUV des EU-Rechts möglich, falls deutsche Polizisten unter Militärkommando gestellt werden könnten oder – noch einfacher – die Feldjäger zu Gendarmerien ausgebaut würden.
- 7 5. Berliner Sicherheitsgespräche, Presseinvitation / Cybercrime und Auslandseinsätze, 19.01.2011.



Werbefeld von der Website der italienischen Carabinieri, Teil der European Gendarmerie Force.

Deutsche Satelliten für die militarisierte Weltraumnutzung

von Malte Lühmann

Am 8. Januar 2007 wurde der erste Militärsatellit der deutschen Geschichte in die Kontrolle der Bundeswehr übergeben. Es handelte sich um einen Satelliten des Aufklärungssystems SAR-Lupe, das den deutschen Militärs Radarbilder von der Erde liefert. Inzwischen verfügt die Bundeswehr über sieben Aufklärungs- und Kommunikationssatelliten, weitere werden folgen. Während das deutsche Militär hier kräftig aufrüstet, hat auch in der europäischen Raumfahrt eine deutliche Verschiebung stattgefunden: von der Erforschung des Weltraums zu ausschließlich friedlichen Zwecken hin zur Nutzung von Weltraumtechnologien für die politischen Ziele der EU, darunter an zentraler Stelle ihre militärisch untermauerten Machtambitionen.¹ In beiden Bereichen spielt Satellitentechnik aus Deutschland eine zentrale Rolle, denn sie hebt sich vor allem im Bereich der satellitengestützten Radaraufklärung für militärische und zivile Zwecke von der Konkurrenz ab. Die aktuelle Nutzung des Weltraums durch Bundeswehr und EU unterscheidet sich qualitativ in doppelter Weise von früheren Ansätzen. Das betrifft erstens die Rolle von Satelliten innerhalb des Militärs und der modernen Kriegsführung und zweitens die konsequente Vermischung ziviler und militärischer Nutzungen. Insbesondere im Rahmen der EU – wenn auch keineswegs nur hier – wird unter dem Schlagwort »dual-use« systematisch Weltraumtechnologie zivil finanziert und aufgebaut, um sie anschließend für militärische und andere sicherheitspolitische Zwecke nutzen zu können.²

Weltraum und moderne Kriegsführung

Vom Beginn des Kalten Krieges bis zum Ende der Blockkonfrontation Anfang der 1990er Jahre war die militärische Nutzung des Weltraums vom Paradigma der symmetrischen und insbesondere der atomaren Kriegsführung zwischen den Supermächten bestimmt. Im Zusammenhang mit der einsetzenden gegenseitigen Rüstungskontrolle spielten Satelliten schließlich eine wichtige Rolle bei der Überwachung eingegangener Verpflichtungen. Die Aussichten für eine zukünftige militärische Weltraumpolitik in Westeuropa, wie sie sich unmittelbar nach dem Ende der Blockkonfrontation darstellten, wurden noch weitgehend entlang dieser Entwicklungslinien, insbesondere im Bereich der Rüstungskontrolle, gesehen.³

Schon zehn Jahre später sind die Karten neu gemischt und diese Prognose ist, wie so viele andere politikwissenschaftliche Analysen, angesichts der raschen Veränderungen der Weltlage im Laufe der 1990er Jahre obsolet geworden. Die militarisierte Weltraumnutzung wie sie sich seither darstellt steht ganz im Zeichen der westlichen Interventionspolitik und der Revolution in Military Affairs (RMA). Die Debatte um die RMA wurde seit den 1970er und 1980er Jahren zuerst in der Sowjetunion und dann in den USA geführt.⁴ Im Kern beschreibt sie die Revolutionierung der Kriegsführung durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien. Militärisch rückt dabei die Gewinnung, Verbreitung und effektive Nutzung von Informationen innerhalb der eigenen Streitkräfte in den Mit-

telpunkt und löst damit die materielle Übermacht an Panzern, Flugzeugen usw. als Erfolgskriterium tendenziell ab. Der Golfkrieg von 1991 kann als erstes Beispiel für einen mit »Informationsübermacht« und hoch präzisen Waffen geführten Krieg gesehen werden.

Satelliten spielen eine zentrale Rolle in dieser neuen Art der Kriegsführung.⁵ Sie liefern Aufklärungsdaten für die strategische Planung, bilden ein Kommunikationsnetzwerk für die sekundenschnelle, weltweite Übermittlung von Informationen und stellen genaue Navigationsdaten für die Orientierung der Truppen und die Zielführung von Bomben und Raketen zur Verfügung. *„Die Verfügbarkeit von Satelliten wird in immer stärkerem Maße zur Grundvoraussetzung für die Funktionsfähigkeit moderner Streitkräfte“*, so die Schlussfolgerung von Stefan Klenz, Oberstleutnant i.G. der Luftwaffe.⁶

Nachdem sich diese Entwicklung zunächst vor allem in den USA vollzogen hatte, betrifft sie heute auch die deutsche und andere europäische Armeen. Der Umbau der Bundeswehr zu einer »Armee im Einsatz«, ähnliche Prozesse in den meisten anderen europäischen Staaten sowie die Aktivitäten der EU als Militärmacht bilden hier den politischen Hintergrund. Denn die Veränderungen in der Organisation und Ausrüstung des Militärs adressieren Anforderungen, die sich aus dem neuen Einsatzszenario der militärischen Interventionen von Afghanistan bis in die Demokratische Republik Kongo ergeben. Insbesondere für Armeen, die außerhalb des eigenen Territoriums, in unbekanntem Terrain und in asymmetrischen Konflikten eingesetzt werden, sind Satellitentechnologien zur Kommunikation, Erkundung und Navigation von zentraler Bedeutung.⁷

Der deutsche Beitrag I: Satellitenaufklärung per Radar für die Bundeswehr

Vor dem dargestellten Hintergrund werden in Deutschland zurzeit sowohl national als auch im Rahmen der EU große Anstrengungen im Bereich der militärischen und militärisch genutzten Satellitentechnologie unternommen. Dabei stehen insbesondere die Aktivitäten für Erdbeobachtung und Aufklärung im Fokus, obwohl auch die Telekommunikation und Navigation nicht zu vernachlässigen sind, wie in den letzten Jahren der Start der beiden COMSATBw-Satelliten der Bundeswehr und der Auftrag zum Bau der ersten 14 Galileo-Satelliten an das deutsche Unternehmen OHB-System gezeigt haben.⁸ In diesen Segmenten hat die deutsche Industrie im Vergleich zu US-amerikanischen und anderen europäischen Konkurrenten allerdings keine hervorgehobene Rolle inne. Über die Erdbeobachtung heißt es demgegenüber im Bericht des Koordinators der Bundesregierung für die deutsche Luft- und Raumfahrt, Peter Hintze: *„In diesem Bereich verfügt Deutschland über eine führende Position. Erdbeobachtung ist das derzeit strategisch wichtigste Feld in der anwendungsorientierten Raumfahrt.“*⁹

Ein Aufsehen erregendes Projekt in diesem Feld ist SAR-Lupe, das seit 2008 voll einsatzfähig ist. Dabei handelt es sich um eine Konstellation aus fünf Satelliten zur Radaraufklärung, die den Bedarf der Bundeswehr an Satellitenbildern aus aktuellen und potentiellen Einsatzgebieten überall auf der Welt decken sollen. Die Radartechnik ermöglicht es dabei im Gegensatz zu optischen Systemen, Aufnahmen bei Tag und Nacht und unabhängig von der Wetterlage, etwa auch bei Bewölkung, zu machen. Die deutsche Bundeswehr ist mit diesem technisch hoch entwickelten

System nach den US-amerikanischen und russischen Streitkräften die dritte Armee, die in der Lage ist, solche Aufnahmen der Erde in hoher Qualität zu machen.¹⁰ Mit der Auswertung der Bilder von SAR-Lupe sollen im Kommando Strategische Aufklärung über 90 Personen in einer eigenen Abteilung beschäftigt sein. Das Bundesverteidigungsministerium kommentierte, das System hebe die „Fähigkeiten der Bundeswehr zum Krisenmanagement auf eine qualitativ neue Stufe“.¹¹ Der Bezug zu Auslandseinsätzen wird hier also explizit hergestellt. Am Bau der Satelliten, deren Bereitstellung die Bundeswehr nach eigenen Angaben insgesamt 742 Mio. Euro gekostet hat, waren unter der Führung von OHB auch EADS Astrium und THALES, zwei Riesen der europäischen Raumfahrt- und Rüstungsindustrie, beteiligt.¹²

Der deutsche Beitrag II: zivil-militärische Beobachtungssatelliten für die EU

Auch im Rahmen des europäischen GMES-Projektes (Global Monitoring for Environment and Security) versuchen die Deutschen, ihre Expertise im Bereich der Erdbeobachtung einzusetzen. Schließlich geht es um erhebliche Mittel, die hier aus verschiedenen Töpfen von der Europäischen Weltraumagentur ESA, der EU und anderen staatlichen Stellen aufgewendet werden. Die Gesamtkosten für den Zeitraum von 2004-2013 werden auf fünf Mrd. Euro geschätzt.¹³ GMES ist ein Vernetzungsprojekt, in dem bestehende sowie neu zu schaffende nationale und europäische Erdbeobachtungssysteme im Dienste verschiedener EU-Politiken zusammengefasst werden sollen. Gleichzeitig handelt es sich aber auch um eine industriepolitische Initiative mit dem Ziel, die Konkurrenzfähigkeit der euro-

päischen Raumfahrtindustrie durch staatliche Investitionen zu stärken.¹⁴ Die Bedeutung von GMES brachte der ehemalige Vizepräsident der EU-Kommission Günter Verheugen folgendermaßen auf den Punkt: „Mit diesem Projekt meldet sich Europa als Weltraummacht an.“¹⁵

Laut aktueller Entscheidungslage der EU soll GMES Beiträge zur Überwachung der Atmosphäre, der Erdoberfläche, der Meeresumwelt und des Klimawandels, beim Katastrophen- und Krisenmanagement und im Bereich Sicherheit leisten.¹⁶ Genauer heißt es zum letzten Punkt in der betreffenden EU-Verordnung: „Sicherheitsdienste stellen nützliche Informationen im Hinblick auf die Herausforderungen für Europa im Sicherheitsbereich bereit — vor allem im Hinblick auf Grenzüberwachung, Überwachung des Schiffsverkehrs und Unterstützung der auswärtigen Maßnahmen der EU“.¹⁷ Zentral für die sicherheitspolitische bzw. militärische Nutzung des Projektes ist das Europäische Satellitenzentrum (EUSC) in Torrejón de Ardoz/Spainien, das seit 2002 Bilder aus zumeist kommerziellen Quellen zur Vorbereitung und Unterstützung praktisch aller EU-Interventionen der letzten Jahre verarbeitet.¹⁸ Da das EUSC über keine eigenen Satelliten verfügt, kann ein strukturierter Zugang zu den in GMES zusammengefassten Kapazitäten für die weitere Arbeit des Zentrums kaum überschätzt werden. Das EUSC war dementsprechend von Anfang an in die Planung und Gestaltung von GMES eingebunden. Dual-use heißt hier einmal mehr, dass militärische und sicherheitspolitische Stellen sowohl Einfluss auf die Gestaltung als auch Anteil an der Nutzung eines nicht aus Militärbudgets finanzierten und in der Öffentlichkeit als zivil dargestellten Programms haben.

Airbus A400M: Absatzgarantien für die Rüstungsindustrie

Am 26. Januar haben die Regierungsfractionen mit Unterstützung der SPD eine Änderung des Kaufvertrags für den Militärtransporter Airbus A400M beschlossen. Konkret ging es um Mehrkosten in Höhe von 2,5 Milliarden Euro.

Schon seit einigen Monaten war klar, dass zum ursprünglichen Preis von 60 Flugzeugen nur noch 53 Flugzeuge geliefert würden. Nun reicht auch diese Maßnahme nicht mehr um einerseits die Produktion für EADS annähernd rentabel zu machen und andererseits den Kauf des Militärflugzeugs aus dem Budget des Verteidigungsministers noch zu ermöglichen. Deswegen sollen jetzt 13 der 53 Flugzeuge gleich in Drittstaaten weiter exportiert werden. Dadurch sollen die im folgenden aufgeführten Mehrkosten annähernd wieder hereinkommen. Die Industrie kann über Preisgleitklauseln mehr Geld einfordern, Deutschland verzichtet auf Vertragsstrafen und gibt dem Hersteller EADS einen Exportkredit, der nicht weniger als ein Knebelvertrag für Berlin ist: Die EADS zahlt den Kredit nur zurück, wenn mindestens 280 Maschinen exportiert werden. Das aber ist fraglich, und die Chancen dafür sinken, weil die

Regierung ja selbst 13 exportieren will.

Wenn einer der Vertragsstaaten nach Unterzeichnung des Änderungsabkommens doch noch aussteigt, behält die EADS das Geld. Aber auch wenn einer von ihnen nicht zahlt, bleibt Deutschland auf dem Kredit sitzen. Das gilt auch, wenn ein Land wegen berechtigter Kritik an der mangelnden Leistungsfähigkeit des Transporters aussteigt.

Die Steuerzahler tragen damit das volle Risiko für die Vermarktung und die technische Entwicklung des Projekts. Die deutschen Gesamtkosten für das Projekt werden sich nach wie vor auf circa zehn Milliarden Euro belaufen. Jetzt eben für 40 Flugzeuge statt ursprünglich für 60. Im Koalitionsvertrag wurde noch festgelegt, dass die Industrie den Vertrag vollständig erfüllen müsse, davon ist die Regierung meilenweit entfernt. Und auch die technischen Probleme bei der Entwicklung sind noch längst nicht gelöst. Nach wie vor weiß niemand, ob das Transportflugzeug wirklich die gewünschte Reichweite mit den versprochenen Lasten fliegen kann. Ursprünglich sollten die ersten Flugzeuge 2010 an die Luftwaffe ausgeliefert werden. Jetzt wird

es wohl 2016 werden. Die zukünftigen Transportkapazitäten der Bundeswehr für Personal und Rüstungsgüter in Kriegsregionen wird nun ein Drittel geringer sein als eigentlich geplant. Global gesehen bedeutet dies aber keine Entwarnung, denn die Flugzeuge, die nicht bei der Bundeswehr landen, sollen exportiert werden. Vielleicht nach Indien, in den Nahen Osten oder nach Afrika. Der einzige Ausweg ist, den Airbus-Deal platzen zu lassen und damit die EADS zu zwingen, aus der Produktion auszusteigen. Ein geplatzter Vertrag wäre ein Imageschaden für den Rüstungsstandort Europäische Union und würde die aufstrebende Militärmacht Europa empfindlich treffen. Beides sind Ergebnisse, die aus friedenspolitischer Sicht äußerst erfreulich wären. Denn was für den Militärtransporter gilt, das gilt für beinahe für alle Rüstungsgüter. Produktion und Export sind eng miteinander verknüpft und nur wenn Kriegsgüter erst gar nicht produziert wird, dann kann es auch nicht verkauft werden, egal ob im Inland, ob an Verbündete oder auf dem Weltmarkt.

Claudia Haydt

Unter Berücksichtigung der Aktivitäten zu GMES stehen Bremen, der Großraum München und Friedrichshafen als bedeutende Standorte in der deutschen Raumfahrtlandschaft hervor. Hier sind mit EADS Astrium (Ottobrunn bei München/Friedrichshafen am Bodensee) und OHB-System (Bremen) die wichtigsten Unternehmen der Branche angesiedelt, zudem hat das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), das die staatliche Seite des deutschen Beitrags zu GMES koordiniert, in Oberpfaffenhofen bei München die meisten seiner Aktivitäten im Bereich der Erdbeobachtung konzentriert. Sowohl OHB als auch EADS Astrium sind am Bau der Sentinel-Satelliten beteiligt, die im Auftrag der ESA speziell für GMES gebaut werden.¹⁹ Dazu kommen die von EADS Astrium und dem DLR durchgeführten Satellitenprojekte TerraSAR-X und Tandem-X, deren Radarbilder in GMES eingebracht werden sollen, sowie zahlreiche Projekte, in denen unter Beteiligung der beiden Konzerne, des DLR und anderer Akteure mögliche Anwendungen des Satellitenverbundes für einzelne Politikfelder erforscht werden.²⁰

Besonders aktiv bei der Förderung dieser Projekte ist das Land Bremen, das in diesem Zusammenhang bisher über eine Mio. Euro ausgegeben hat.²¹ Mit diesen Mitteln wurden neben anderen Projekten ein GMES-Büro sowie das Centre for Communication, Earth Observation and Navigation Services (CEON) finanziert, um die ansässige Rüstungs- und Raumfahrtindustrie stärker mit Forschungseinrichtungen und Universitäten zu vernetzen.²² »Maritime Sicherheit« und die Überwachung von Meeresräumen sind dabei wichtige Forschungsschwerpunkte. Auf die Frage nach den militärischen Anwendungsmöglichkeiten von GMES antwortet der Senat in seiner Antwort auf eine große Anfrage aus der Bremischen Bürgerschaft: „Bei seinen Fördermaßnahmen legt der Senat stets zugrunde, dass keine wehrtechnischen Aktivitäten unterstützt werden. Dabei ist er sich der generellen, durch ihn nicht beeinflussbaren, so genannten Dual-Use-Problematik bewusst.“²³

Implikationen einer militarisierten Weltraumpolitik

Das zitierte Statement des Bremer Senats macht deutlich, wie politische Entscheidungsträger sehenden Auges die Militarisierung der Raumfahrt auch in Deutschland weiter vorantreiben. Zusätzlich zu den dezidiert militärischen Satellitenprojekten der Bundeswehr werden so auf EU-Ebene und national die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Weltraumnutzung verwischt. Für die Rüstungskontrolle und die Dynamik der Entwicklung von Weltraumwaffen und deren Stationierung im All ergeben sich ernsthafte Gefahren aus beiden Prozessen. Angesichts der zunehmenden Abhängigkeit des Militärs von Satelliten wird zunächst generell die Bewaffnung des Weltraums wahrscheinlicher, denn Satelliten werden auf der einen Seite zum lohnenden Angriffsziel und auf der anderen zum wichtigen Aktivposten, den es zu verteidigen gilt.²⁴ Dazu kommt aber, dass sich diese Gefahr durch die absichtliche Vermischung von zivilen und militärischen Systemen auch auf zivile Satelliten ausweitet, die ja de facto Teil der militärischen Infrastruktur sind. Aus dieser Perspektive betrachtet besteht die größte »Sicherheitsbedrohung« für die Raumfahrt in Europa in den Auswirkungen der eigenen Politik im Dienste einer militärisch abgestützten Weltmachtrolle.

Anmerkungen:

1 Lühmann, Malte (2008): Aus dem All in alle Welt. Weltraumpolitik für die Militärmacht EUropa. Tübingen: IMI (Studien zur Militarisierung Europas 33/2008); www.imi-online.de/download/EU-Stu-

[die-33-2008.pdf](http://www.imi-online.de/download/EU-Stu-die-33-2008.pdf).

- 2 Slijper, Frank (2008): From Venus to Mars. The European Union's steps towards the militarization of space. Amsterdam: TNI/CtW, S. 24.
- 3 McLean, Alastair (1992): Western European Military Space Policy. Aldershot: Dartmouth, S. 107ff.
- 4 Neuneck, Götz/Alwardt, Christian (2008): The Revolution in Military Affairs, its Driving Forces, Elements and Complexity. Hamburg: IFSH (IFAR Working Paper #13), S. 4f; http://ifsh.de/IFAR/pdf/wp_13.pdf.
- 5 Hirst, Paul (2005): Space and Power. Politics, War and Architecture. Cambridge: Polity Press, S. 149ff.
- 6 Klentz, Stefan (2007): Militärische Nutzung des Weltraums aus Sicht der Luftwaffe. In: Europäische Sicherheit 56, Jg. Nr. 7, Juli 2007, S. 26.
- 7 Neuneck, Götz/Rothkirch, André (2005): Weltraumbewaffnung und präventive Rüstungskontrolle. Hamburg: IFSH (IFAR Working Paper #10), S. 11ff; <http://ifsh.de/IFAR/pdf/wp10.pdf>.
- 8 Zu COMSATBw, den militärischen Kommunikationssatelliten der Bundeswehr, siehe: DLR (2010): Zweiter Kommunikationssatellit für die Bundeswehr an Bord der 50. Ariane 5 gestartet. In: DLR Portal; www.dlr.de/DesktopDefault.aspx/tabid-1/86_read-23332. Zum Galileo-Auftrag an OHB: Spiegel-Online: Deutsche Firma erhält riesigen Galileo-Auftrag. 07.01.2010.
- 9 Bundesministerium für Wirtschaft (2009): Bericht des Koordinators für die Deutsche Luft- und Raumfahrt. Berlin: BMWI, S. 43.
- 10 Lange, Sascha (2007): Der erste SAR-Lupe-Satellit im All. In: Strategie und Technik, Februar 2007, S. 14-16.
- 11 Zit. nach: junge welt: 733 Millionen ins All gejagt. 20.12.2006.
- 12 Lühmann, Malte (2007): Quantensprung im Weltraum. In: AUSDRUCK, Dezember 2007, S. 26.
- 13 Europäische Kommission Generaldirektion Forschung (2005): GMES, das große europäische Vorhaben. In: FTE info Magazin über Europäische Forschung, N° 44, Februar 2005.
- 14 Oikonomou, Iraklis (2008): The political economy of ESDP-space. The case of Global Monitoring for Environment and Security (GMES). Paper presented at the Third Pan-Hellenic Conference on International Political Economy, Harokopio University, 16–18 May 2008, S. 4ff.
- 15 Zit. nach: Welt: Europa meldet Anspruch als Weltraummacht an. 17.4.2007.
- 16 Verordnung (EU) Nr. 911/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2010 über das Europäische Erdbeobachtungsprogramm (GMES) und seine ersten operativen Tätigkeiten (2011-2013); http://ec.europa.eu/enterprise/policies/space/files/gmes/verordnung_%28eu%29_nr_911_2010_de.pdf, S. 5.
- 17 Ibid., S. 10.
- 18 Asbeck, Frank (2009): EU Satellite Center – A bird's eye view in support of ESDP operations. In: ESDP Newsletter, Nr. 8, Sommer 2009, S. 22ff. Das EUSC entstand am 1.1.2002 auf Beschluss des Europäischen Rates aus dem Satellitenzentrum des vormaligen militärischen Arms der EU, der Western European Union, und hatte seinen Betrieb ursprünglich 1991 aufgenommen; www.eusc.europa.eu.
- 19 EADS Astrium (2010): GMES. Global Monitoring for Environment and Security: the smart way of looking at the world; www.astrium.eads.net/en/programme/gmes.html. OHB-System (2010): GMES Sentinel-1; www.ojb-system.de/sentinel-1.html.
- 20 DLR EOC (2010): Global Monitoring for Environment and Security (GMES); www.dlr.de/caf/desktopdefault.aspx/tabid-5367/9013_read-16792.
- 21 Bremische Bürgerschaft (2010, Drucksache 17/1149, 2.2.2010, S. 4f.
- 22 GMES Office Bremen (GOB); www.gmes-bremen.eu (05.12.10); CEON. URL: <http://www.ceon-bremen.de>.
- 23 Bremische Bürgerschaft Drucksache 17/1149, op.cit., S. 5.
- 24 Hagen, Regina (2004): Europa – eine führende Macht im Weltraum?. In: Wissenschaft & Frieden, 2-2004.

Wikileaks und Halbzeitprüfung

Galileos doppelte Bankrotterklärung

von Malte Lühmann und Jürgen Wagner

Auch in der Welt der militarisierten Raumfahrt in Europa sorgen die Wikileaks-Enthüllungen für jede Menge Aufregung. Nachdem Anfang des Jahres Pläne des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt und des Bundesnachrichtendienstes für einen neuen deutschen Spionagesatelliten unter Beteiligung der USA bekannt wurden, betreffen die letzten Meldungen das europäische Satellitennavigationssystem Galileo.¹ Darüber hinaus erschien Mitte Januar 2011 auch noch ein Bericht der EU-Kommission, der das ganze Ausmaß des Desasters nun auch offiziell bestätigt.

Wikileaks: Ein Insider packt aus

Berry Smutny, der mittlerweile entlassene Geschäftsführer des deutschen Satellitenbauers OHB-Systems, hatte Ende 2009 gegenüber US-Diplomaten seiner Meinung zu Galileo sehr offen Ausdruck verliehen, wie jetzt durch Wikileaks bekannt wurde. Smutny sagte im Gespräch mit Vertretern der US-Botschaft unter anderem, Galileo sei „eine Verschwendung von Geldern der EU-Steuerzahler“ und „eine blöde Idee, die vor allem französischen Interessen dient“.² Das Programm sei vom europäischen und insbesondere französischen Wunsch nach einem von den USA unabhängigen Satellitennavigationssystem für militärische Zwecke inspiriert. Dies sind brisante Äußerungen angesichts der Tatsache, dass Galileo stets als rein „ziviles Projekt“ verkauft wurde.

Smutnys Äußerungen unterstreichen dabei nicht nur einmal mehr das militärische Kalkül hinter Galileo, sie widerlegen auch sonst jede einzelne offizielle Aussage der EU zu dem Projekt. Bezüglich Galileos kommerzieller Zukunft stellte der Ex-OHB-Chef fest, dass das bestehende US-amerikanische GPS-System den europäischen Bedarf an Navigations-, Positionsbestimmungs- und Zeitmessungsdaten jetzt schon abdecke. Im Zeitplan für die Fertigstellung des europäischen Satellitenprojektes seien weitere Verzögerungen äußerst wahrscheinlich. Das dürfte die Marktchancen angesichts der Konkurrenz durch russische und chinesische Entwicklungen und insbesondere durch die für 2014 geplante modernisierte GPS-Generation deutlich einschränken. Auch bei der Kostenentwicklung spricht Smutny Klartext und prognostiziert eine deutliche Überschreitung des Programmbudgets, das sich von ursprünglich einmal 3,4 Mrd. Euro auf bis zu 10 Mrd. Euro erhöhen werde.

Smutnys Arbeitgeber OHB-Systems, der gerade den Auftrag für die ersten 14 Galileo-Satelliten bekommen hat und vorher die SAR-Lupe Spionagesatelliten für die Bundeswehr baute, nahm die bekannt gewordenen Äußerungen ernst genug, um Smutny schnellstmöglich zu entlassen. Die Einschätzungen des Brancheninsiders decken sich derweil in vielen Punkten mit anderen Enthüllungen zum Thema Galileo. Darunter der desaströse Bericht des Bundesfinanzministeriums zur finanziellen Zukunft des Projekts und eine Nutzererhebung der EU-Kommission, aus der die militärischen Absichten klar ersichtlich werden.³ Diese im Herbst 2010 an die Öffentlichkeit gesickerten Fakten über Galileo wurden nun sogar von einem Mitte Januar 2011 veröf-

fentlichten Bericht der EU-Kommission getoppt, der Smutnys Einschätzungen in vollem Umfang offiziell bestätigt.

Galileo-Kostenexplosion

Am 18. Januar wurde die „Halbzeitüberprüfung der europäischen Satellitennavigationsprogramme“ von der EU-Kommission veröffentlicht.⁴ Sie offenbart, dass Galileo finanziell noch weiter aus dem Ruder läuft als es sich im Herbst 2010 bereits abgezeichnet hat. Die Fertigstellung des Projektes werde sich auf 2019 oder gar 2020 verschieben, so die EU-Kommission (im Herbst war noch von 2017 oder 2018 die Rede). Das ist eine geradezu preisverdächtige Verzögerung, schließlich sollte Galileo ursprünglich einmal 2006 an den Start gehen. Weiter gibt der Kommissionsbericht an, die zusätzlich zu den anfangs einmal veranschlagten 3,4 Mrd. Euro anfallenden Kosten würden nun 1,9 Mrd. Euro betragen, im Herbst war man noch von 1,5-1,7 Mrd. Euro ausgegangen. Damit steigt die Rechnung des Militärprojektes auf stolze 5,3 Mrd. Euro. Doch selbst damit dürfte das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht sein, wie etwa Smutnys Einschätzungen zeigen.

Ursprünglich wurde zudem behauptet, die Betriebskosten für Galileo würden sich über den Verkauf verschiedenster Navigationsdienstleistungen selbst tragen, das Satellitensystem würde also nach der Anschubfinanzierung kostendeckend arbeiten. Auch diese Behauptung hat sich mittlerweile spektakulär in Luft aufgelöst. Der Kommissionsbericht geht nun von jährlichen Betriebskosten von 800 Mio. Euro aus, erwirtschaftet werden könnten aber bestenfalls 70 Mio. im Jahr – und selbst dies lediglich „auf lange Sicht“! Das vernichtende Fazit der Halbzeitüberprüfung: „Die Aussicht, mit dem Betrieb der Systeme direkte finanzielle Einnahmen zu erwirtschaften, ist für die EU äußerst gering.“

Insgesamt fallen damit die vorgeschobenen kommerziellen Gründe für den Bau von Galileo im Lichte der Realität in sich zusammen und der zivile Anstrich der europäischen Satellitennavigation zerfällt zu Staub. Laut der Einschätzung von Berry Smutny muss das Projekt entweder drastisch verkleinert werden, um zu überleben, oder es ist zum Scheitern verurteilt. Angesichts dieser und anderer Enthüllungen scheint ein sofortiges Ende von Galileo die einzig wünschenswerte Alternative.

Anmerkungen:

- 1 Zu Spionagesatelliten: taz-bremen, Der Blick aus den Sternen, taz-bremen, 4.1.2011.
- 2 Aftenposten.no: 22.10.2009: OHB-System CEO calls Galileo a waste of German tax payer money. URL: <http://www.aftenposten.no/spesial/wikileaksdokumenter/article3985655.ece> (23.1.2011).
- 3 Siehe dazu: Lühmann, Malte/ Wagner, Jürgen: Galileo: Militaristenprojekt als Milliardengrab, in: AUSDRUCK (Dezember 2010).
- 4 Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Halbzeitüberprüfung der europäischen Satellitennavigationsprogramme, Brüssel, den 18.1.2011, KOM(2011) 5 endgültig.

Die UN und der neue Militarismus (Teil IV)

von Thomas Mickan

Die Rüstungsindustrie und das Peacekeeping

„Afrika ist der letzte große unerschlossene Rüstungsmarkt. [...] Verteidigungsgüter in Afrika zu verkaufen ist jedoch vielen Kreisen fast ein Gräuelt. Und in der Tat ist es tatsächlich aufgrund der schlechten finanziellen Lage und Zahlungsfähigkeit vieler Staaten und der Beschränkungen für Rüstungsexporte aufgrund von Menschenrechten und anderen politischen Gründen schwierig zu bewerkstelligen. Aber mit der ASF [African Standby Force]¹ wird der Verkauf von Waffen an Afrika moralisch richtig, wenn nicht sogar zum zwingenden Gebot.“²

Diese Einschätzung wurde auf der Seite *defenceWeb*, einem Internetchronikportal verschiedener Rüstungsfirmen, über die ökonomischen Chancen und „moralischen“ Verpflichtungen der Zukunft für den afrikanischen Rüstungsmarkt bereits im Jahr 2004 vertreten. Wiewohl zwar nun ab dem Jahr 2011 eine Verlangsamung des „substantiellen“ Wachstums von 2005-2009 für den Kontinent von *Forecast International*, einer Firma für Rüstungsmarktanalysen, prognostiziert wird,³ scheint ein Ende der Goldgräberstimmung nicht in Sicht.

Das mag einerseits daran liegen, dass neue Geschäftsfelder erschlossen werden, wie die maritime Aufrüstung afrikanischer Staaten, von der *Brenthurst Foundation* als „Schlüsselkomponente der kollektiven Sicherheit und damit als Teil der Grundlage wirtschaftlicher Entwicklung“⁴ identifiziert; oder am Ausbau der innerafrikanischen Grenzsicherungsregime, welcher auf Konferenzen der Rüstungsindustrie diskutiert⁵ und von Deutschland, wohl eher für ein „effektiveres Migrationsmanagement“ denn für die Beilegung von Grenzstreitigkeiten, gefördert wird;⁶ oder aber an Überlegungen, die ASF doch auch außerhalb Afrikas einzusetzen, wie es erst kürzlich auf einer Konferenz der *Friedrich Ebert Stiftung* auf der Agenda stand.⁷ Neben diesen marktfördernden Impulsen liegt das nicht so baldige Ende der Goldgräberstimmung andererseits jedoch ganz entschieden an einer fragwürdigen Konzeption, wie Frieden auf dem afrikanischen Kontinent Einzug halten könne. Die Bundesregierung nennt, wohlgermerkt im *Abrüstungsbericht 2009*, das prominenteste Beispiel dafür: die *Aufrüstung* der ASF als friedensschaffenden Faktor.⁸

Während sich der vorangegangene dritte Teil der Studie „Die UN und der neue Militarismus“ mit den damit verbundenen politischen Maßnahmen und Implikationen der ASF-Aufrüstung beschäftigte, soll nun hier auf die ökonomische Akteurs-Ebene, also die der Rüstungsfirmen, die sich diese Aufrüstung zunutze machen, geblickt werden. Es wird sich dabei zeigen, dass im Besonderen die Figur des „Peacekeeping“, also der gemeinhin antizipierte Einsatz „blaubehelmter Friedenstruppen“ der UN, als wichtige Legitimationsfigur für das Geschäft mit Waffen, Ausrüstung und Dienstleistungen fungiert. Dieses „Peacekeeping“ verschafft der Rüstungsindustrie dabei aber weit mehr als nur die direkt entstehenden Verdienstmöglichkeiten, also, plakativ gesagt, Profiten aus dem Verkauf blauer Helme⁹ oder aus dem Peacekeepertraining. Es erschließt ebenso ganz neue Räume für die Kunden-Akquise, die Etablierung von

Marktplätzen sowie Imagegewinnen mittels des sog. „Bluewashing“, worauf im Folgenden ebenfalls eingegangen wird. Zum Abschluss dieses vierten Teils der Studie „Die UN und der neue Militarismus“ sollen zudem die gewonnenen Ergebnisse aller vier Teile zusammengefasst und die sich daraus ergebende Dynamik aufgezeigt

werden. Eine Dynamik, welche in Anlehnung an George Orwell als „KRIEG IST PEACEKEEPING“ beschrieben werden kann.

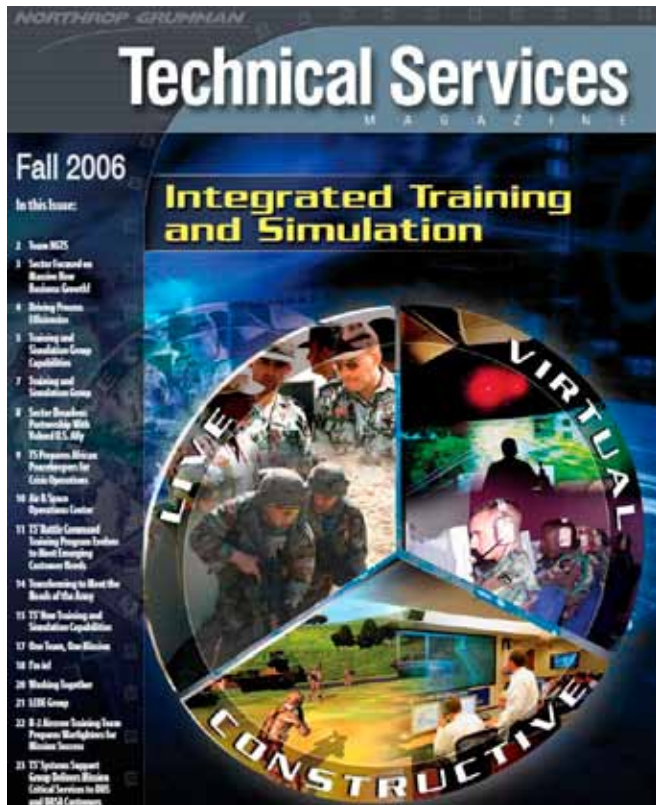
Einnahmen der Rüstungsindustrie am Training selbst

Wenn etwa von politischen EntscheidungsträgerInnen oder in Wissenschaftskreisen die Forderung erhoben wird, es bedürfe eines Ausbaus der ASF oder von Armee bzw. Polizei im Irak, in Afghanistan oder im Kosovo, so muss die Frage gestellt werden, wer denn diesen Ausbau und die Ausbildungen eigentlich durchführt. Neben den im dritten Teil der Studie beschriebenen Maßnahmen in den Schulungszentren, wie im „Kofi Annan International Peacekeeping and Training Centre“ (KAIPTC) in Accra, übernehmen auch ausgesiedelte Militärs diese Aufgabe. Nina Serafino weist in ihrem Bericht für den US-Kongress darauf hin, dass im Rahmen der „Global Peace Operations Initiative“ (GPOI) etwa außer Dienst befindliche Armeemitglieder dieses im Auftrag der USA vollziehen.¹⁰

Die nicht mehr in den staatlichen Armeen tätigen Militärs werden dabei nicht selten von privaten Militärdienstleistern eingestellt oder gründen solche Firmen selbst. Ein Beispiel hierfür, welches Mitte 2010 in Deutschland mediale und politische Wellen schlug, ist das der *Asgaard German Security Group*. Sie soll mit dem somalischen Politiker Galadid Abdinur Ahmad Darman Verträge abgeschlossen haben, um ihn zu schützen und seine Milizen mit dem Ziel auszubilden, den Präsidenten Scharif Scheich Ahmed zu stürzen.¹¹ Mindestens aus einem Grund weist dieses Beispiel eine hohe Brisanz auf: Denn durch die „Europäische Militärmission zur Unterstützung des Trainings der Somalischen Sicherheitskräfte“ (EUTM) der EU (im Übrigen UN-mandatiert und in Zusammenarbeit mit der UN) in Uganda mindestens 2000 somalische Militärs auf Seiten Scharif Scheich Ahmeds (!) ausgebildet.^{12,13} Wiewohl *Asgaard* nicht explizit Peacekeeper ausgebildet hat, sondern lokale Repressionsorgane, verweist das Beispiel bereits auf eine Dynamik, die diesen unkontrollierten und unkontrollierbaren Markt kennzeichnet: die Unvorhersehbarkeit von Gewalt, ergo der immerzu



US-Ausbildung afrikanischer Peacekeeper im Rahmen von GPOI.
Quelle: US-Außenministerium.



Titelblatt von „Technical Services“, Herausgegeben von Northrop Grumman.

offenen Frage, wo, für wen und wofür die ausgebildeten SoldatInnen denn in Zukunft ihr tödliches Handwerk ausführen werden.

Es sei dabei noch angeführt, dass auch eine Polizeiausbildung sich mit dieser Frage konfrontiert sehen muss. Jüngstes Beispiel dafür sind die skandalösen Vorfälle in der auch von Deutschland mitgetragenen Polizeiausbildungskaserne Rajef im Südsudan. Neben den schweren Misshandlungen im Lager selbst, steht dabei auch das ausgeübte Verständnis der ausgebildeten Polizeitruppen im Zeichen der Kritik: Statt der „bürgernahen Polizei“ deuten erste Anzeichen darauf hin, dass sich eher ein Selbstverständnis einer brutalen Sittenpolizei durchsetzt, so „[wurden] am 23. Dezember [...] mehrere Einheiten von frisch ausgebildeten Polizisten erstmals in Juba auf Patrouille geschickt. Laut Berichten der lokalen Medien schnitten sie Männern im Rastalook die Haare ab und zerschnitten Frauen in Jeans und engen Röcken die angeblich ‚unsittlichen‘ Kleidungsstücke.“¹⁴

Für explizit als Peacekeepingausbildung im Rahmen der UN stattfindende Geschäfte sollen hier andere Beispiele genannt werden: So informierte der Rüstungsriese *Northrop Grumman* in der Frühlingsausgabe 2006 seines firmeneigenen Infomagazins „Technical Services Magazine“ darüber, dass seit 1997 rund 15.000 Peacekeeper in zwölf verschiedenen Ländern Afrikas ausgebildet wurden. Als seinen „Kunden“ bezeichnete der Rüstungskonzern dabei das US State Department.¹⁵ *L-3 Communications*, ebenso Vertragspartner des US State Departments und in den Top 10 der weltweiten Rüstungsfirmen zu finden, bezeichnet etwa seine „peacekeeping support training services“ im Geschäftsbericht des zweiten Quartals 2007 als „Highlight“ unter den abgeschlossenen Verträgen.¹⁶

Am 11. September 2009 [!] verteilte das US State Department erneut Aufträge für das AFRICAP-Programm (Africa-Peacekeeping). Die Ausschreibungsgewinner müssen dabei „Ausbildungs- und Beratungsdienste, Ausrüstungsbeschaffung, logistische Unterstützungsleistungen, und Bebauungsleistungen gegenüber afrikanischen Ländern bereitstellen.“¹⁷ Diesen 1,5 Milliarden

US\$ umfassenden Auftrag teilen sich zu je 375 Millionen *Pacific Architects and Engineers* (PAE), eine hundertprozentige Tochterfirma *Lockheed Martins*, die aus dem Irak bekannte und weltweit agierende private Militär- und Sicherheitsfirma *Dyncorp*, sowie *AECOM* und *Protection Strategies Incorporated* (PSI).¹⁸ Jody Ray Bennett von *ISN Security Watch* weist dabei zwar richtigerweise darauf hin, dass die Anheuerung von privaten Militärfirmen in Afrika durch die USA nichts Neues sei.¹⁹ Relativ neu dürfte jedoch die Argumentationslogik der „friedensstiftenden Peacekeeperausbildung“ sein, die dieses Vorgehen zu legitimieren versucht.

Indirekte Gewinne: Kunden-Akquise und Interoperabilität

Die Haupteinnahmequellen für große Rüstungsfirmen wie *Lockheed Martin* sind jedoch nicht die Trainingsmaßnahmen selbst, sondern daraus resultierende indirekte Gewinne durch die Akquise potenziell neuer Kunden für „robuste“ Rüstungsgeschäfte. Diesen Mehrwert beschreibt Bob Reschke (Director of Governance and institutional Development bei *PAE*) mit einer gewissen Goldgräbermanier: „Es gibt da Bereiche, die noch nicht einmal erschlossen sind, und PAE als eine Organisation war immer sehr gut im Erkennen von Möglichkeiten und ist bereit, sich geografisch in Erwiderung auf unsere Kundenbedürfnisse zu bewegen.“²⁰ Während es Reschke noch in geschäftstüchtiger Manier relativ allgemein hält, wird dies im firmeneigenen *Lockheed Martin*-Magazin „LM-Today“ deutlicher: „Neben der Präsenz in einem wachsenden Geschäftszweig sind PAEs Bemühungen für Ausbildungsmaßnahmen für *Lockheed Martin* auch auf andere Weise ein signifikanter Zugewinn: Sie zeigen die Firma in einem positiven Licht in einer Region, die sich eines Tages vielleicht auch zu einem Kunden für Informationstechnologieinfrastruktur und Rüstungsgüter entwickeln wird.“²¹ Illustriert wird diese Aussage noch durch ein Foto von einem Treffen zwischen hochrangigen *Lockheed*-Angestellten und dem sich damals noch in der Opposition befindlichen heutigen Ministerpräsidenten Simbawes, Morgan Tsvangirai.

Dieses ausgesprochen wichtige Argument soll noch einmal pointiert werden: Die Firma *Lockheed Martin*, eines der global führenden Rüstungsunternehmen, bildet im Auftrag der USA und damit im Rahmen von GPOI weltweit „Peacekeeper“ mit Hilfe ihrer Tochterfirma *PAE* aus. Direkt verdient sie an dieser Stelle mit dem Ausbildungsgeschäft, einem wie beschrieben „wachsenden Geschäftszweig“. Weiterhin sichert sich *Lockheed* durch diese Ausbildungsmaßnahmen von z.T. hochrangigen Militärs der jeweiligen Länder beste Kontakte zur jeweiligen Regierung bzw. Opposition. Es gehört nun wenig Vorstellungskraft dazu, mit wem die so unterstützte Regierung oder Opposition künftig auf Grundlage jener „moralisch richtigen“ Kontakte vielleicht schon „moralisch“ weniger richtige „robuste“ Rüstungsgeschäfte abschließen dürfte.

Begünstigt wird das Ganze noch durch das Schlüsselwort der Interoperabilität, also der Herstellung der Zusammenarbeitsfähigkeit verschiedener Armeen. Bereits im Zusammenhang mit den Peacekeepingschulen, etwa der „*Ecole de Maintien de la Paix*“ (EMP) in Bamako, ist im dritten Teil der Studie „Die UN und der neue Militarismus“ ausführlich darauf verwiesen worden.²² Am Beispiel des „Five Power Defence Arrangements“ (FPDA) soll dieser Zusammenhang noch einmal verdeutlicht werden: Zu den Mitgliedern des FPDA zählen Australien, Neuseeland, das Vereinigte Königreich sowie Malaysia und Singapur. Während die ersten drei entweder selbst NATO-Mitglieder sind



„Wir machen den Weg frei.“ Räumpanzer Leopard 2 Peace Support Operations (PSO). Quelle: Wikipedia.

oder über eine traditionell enge Anbindung an die USA und den westlichen Rüstungsmarkt verfügen, konnten Malaysia und Singapur über das FPDA und dort insbesondere über gemeinsame Militärmanöver, die eine technische Abstimmung sowie eine damit verbundene Ausbildung „notwendig“ machten, an den westlichen NATO-Standard herangeführt werden. Vom „qualitativen wie quantitativen“ Zugewinn an militärischer Stärke beider Länder profitierten dabei vor allem britische Rüstungsfirmen, aber auch der „westliche Machtblock“,²³ der nun auf weitere militärisch am NATO-Standard normierte „Verbündete“ bauen kann.

Marktplätze und Bluewashing

Einen weiteren Geschäftsvorteil für Rüstungsfirmen im Rahmen der Ausbildung von Peacekeepern stellt die Förderung globaler Marktplätze dar. Einer der großen Marktplätze für die neuesten Rüstungsgüter im asiatischen Raum ist dabei die Militärübung „Cobra Gold“. Diese bereits 1982 ins Leben gerufene zweiwöchige Übung wird in Thailand von den USA, Thailand, Singapur, Japan und Indonesien bestritten. Neben diesen nehmen auch weitere jeweils wechselnde Länder an dem jährlichen „Spektakel“ teil, so etwa auch Deutschland 2007 als so genanntes Beobachterland.²⁴ 2009 fand die damals 15 Staaten umfassende Übung mit über 11.000 Teilnehmenden in Chiang Mai statt.²⁵ Teil der Übung waren dabei auch im Rahmen von GPOI abgehaltene UN-Peacekeepingtrainings. Sie beschäftigten sich mit „Problemen, die aus den Erfahrungen mit den UN-Einsätzen gesammelt wurden“: etwa mit der Kontrolle „aufgebrachter Mobs von Dorfbewohnern“ oder dem Umgang mit „Reportern, die nach Interviews fragen“.²⁶

Während dieser Übung präsentieren sich nicht nur die Militärs der Länder mit ihrer neuesten Technik, auch die potenziellen Rüstungsanbieter stellen sich auf dieser „Messe“ vor und nutzen

den ihnen gebotenen Laufsteg für die Zurschaustellung neuer Produkte.²⁷ Natürlich würde „Cobra Gold“ auch ohne den Verweis auf Peacekeeping und GPOI stattfinden, dennoch verhilft es dieser Spielweise der Militärs zu einer zusätzlichen Legitimation, welche wie beschrieben auch einen exzellenten Vorführplatz der neuesten Rüstungsprodukte ist. So verwundert es auch nicht, dass einer der Schwerpunkte der Militärübung im Jahr 2010 neben dem Management humanitärer Katastrophen die Durchführung von „multilateralen Peacekeeping Operationen“ darstellte.²⁸

Tanja Brühl und Elvira Rosert führen mit dem so genannten „Bluewashing“ (in Anlehnung an das „Greenwashing“ in Umwelt- und Klimafragen) einen Begriff ein, der eine bewusste Strategie beschreibt, in welcher die Symbolik der UN zur Aufbesserung eines ansonsten fragwürdigen Images „missbraucht“ wird.²⁹ Gerade bei den Rüstungsfirmen erscheint das als eine sehr passende Formulierung. Dies soll an folgenden Beispielen verdeutlicht werden: So preist die Firma *Thales* ihre Überwachungs- und Militärsatelliten mit der Werbebotschaft an: „Weltraumsysteme sind die Herzstücke von fast jeder modernen Verteidigungs- und Sicherheitsmission, vom Peacekeeping über die Abschreckung bis hin zur nationalen Souveränität.“³⁰ Ähnliche Verweise finden sich auch bei der britischen Firma *BAE Systems* für ihr leichtgepanzertes, aber schwerbewaffnetes Fahrzeug *Iguana*, das angepriesen wird für „das Militär, Peacekeeping und Sicherheitsautoritäten“.³¹ Ein weiteres prominentes Beispiel ist der Kampfpanzer „Leopard 2 Peace Support Operations (PSO)“ der Firma *Krauss-Maffei Wegmann*. Für die „friedenserhaltenden und friedensschaffenden“ Aufgaben flossen bei dessen Entwicklung auch die „Erfahrungen aus der Aufstandsbekämpfung im Irak und dem Gazastreifen ein“. Um diesem Aufgabenprofil besser gewachsen zu sein, wurde dem Panzer zusätzliche Ausstattung verpasst: ein Räumschild, aufwendiges Überwachungsgerät und die Möglichkeit, auf weniger letale

Waffensysteme umzurüsten, um damit für einen „24-Stunden-Kampftag“ gerüstet zu sein.³²

Im Zeichen von Bluewashing steht auch die eigens für die Aufgabe des „Peacekeeping“ gegründete Firma *Paramount Group* mit Sitz in Südafrika. Paramount-Chef Ivor Ichikowitz lässt es sich daher auch nicht nehmen, Aussagen des UN-Generalsekretärs ganz in seinem Sinne zur Aufbesserung des Images zu benutzen: „Wir unterstützen die Forderung des UN-Generalsekretärs, dass afrikanische Friedensmissionen die gleiche Unterstützung wie westliche Missionen erhalten sollten. Ich fordere daher dringend die globale Rüstungsindustrie auf, seinen Aufruf zu unterstützen.“³³

Es fällt also auf, dass neben dem klassischen Militär eine weitere Kategorie für Rüstungsgütervermarktung geschaffen wurde: Peacekeeping. Dass auch für diese Kategorie dieselben SoldatInnen eingesetzt werden wie bei anderen gewalttätigen Konflikten, scheint auf der Hand zu liegen, denn die „Peacekeeper“ sind und bleiben in erster Linie immer zuerst die nationalen Militärs. August Cole spricht in diesem Zusammenhang auch von einem Paradigmenwechsel der großen Rüstungsfirmen von der industriellen Kriegsgerätefertigung hin zum Dienstleistungsgewerbe mit einem breiten Aufgabenspektrum. Es reicht vom Stellen von „Militär- und PolizeiausbilderInnen“ über die notwendige Logistik bis hin zu der Beschäftigung von „EthnologInnen“ und „beratendem Personal für die afghanische Verfassung“.³⁴ Diese Verlagerung auf den Dienstleistungssektor geht auch mit einer lokalen Verlagerung zu den potenziellen Einsatzgebieten einher. So heißt es bei *BAE Systems* – neben dem obligatorischen Verweis, dies sei wichtig für das afrikanische Wirtschaftswachstum –, man versuche „Joint Ventures zu bilden mit Industrieinstanzen auf dem Kontinent [Afrika], um die Ausführung von Endmontage, Aufwertungen und Modifikationsarbeiten in dem eigenen Land des Kunden zu ermöglichen.“³⁵

Private Militärdienstleister im Dienst der UN

Eine Diskussion, die an verschiedenen Stellen geführt wird, wie in dem von der Rüstungsindustrie finanzierten „Journal of International Peace Operations (JIPO)“³⁶ ist die des direkten Einsatzes privater Militärdienstleister (PMC) als „blaubehelmte Friedenstruppen“ der UN. Bevor sich dieser bisher eher theoretischen Diskussion gewidmet werden soll, wird ein Blick auf die bereits explizite Zusammenarbeit zwischen privaten Rüstungs- und Sicherheitsfirmen und der UN geworfen.

Eine Grenze zu ziehen, ab wann von einer solchen Zusammenarbeit gesprochen werden muss, stellt sich als schwierig heraus. So schließt die UN etwa im Bereich des Objekt- und Personenschutzes Verträge mit privaten Sicherheitsfirmen ab,³⁷ zum Beispiel mit der Firma *CTG Global*, die gleich mit mehreren UN-Agenturen zusammenarbeitet.³⁸ Die Liste von Beispielen für solche ausgelagerte Zusammenarbeit mit Firmen der Sicherheits- und Rüstungsbranche ist lang und umfasst neben den bereits erwähnten Schutzaufgaben auch verschiedene Polizei- und Militärtrainings sowie logistische Aufgaben und Wiederaufbauarbeiten. Eine solche Zusammenarbeit fand etwa in Liberia, Sierra Leone, dem Sudan, der D.R. Kongo, in Somalia, auf dem Balkan oder, weit bekannter, in Afghanistan und im Irak statt.³⁹ Die Firmen *Dyncorp* und *PAE*, als zwei illustrative Beispiele für diese Zusammenarbeit, machten dabei extrem negative Schlagzeilen.

Dyncorp übernahm z.B. neben Geschäftsbeziehungen mit der UN im Sudan⁴⁰ auch weitere auf dem Balkan. Dort für „polizeiliche Aufgaben“ eingesetzt, wurden verschiedene Mitarbeiter der

Firma später beschuldigt, in einen Kinderprostitutionsring verwickelt zu sein und für Vergewaltigungen in Bosnien die Verantwortung zu tragen.⁴¹ Aufgrund der generell fraglichen Rechtslage privater Militärfirmen bleibt es jedoch ebenso fraglich, wer für solche Taten eine polizeiliche und gerichtliche Zuständigkeit aufweist – mit den dementsprechenden Folgen.⁴²

PAE wiederum war bei der Auftragsvergabe für einen UN-Lageraufbau und dessen Unterhaltung in Darfur in Ungereimtheiten bei einem nicht öffentlich ausgeschriebenen („No-Bid“) Auftrag in Höhe von 250 Mio. US\$ verwickelt.⁴³ Zu einer Aufklärung der starken Hinweise auf Korruption kam es dabei nicht, und eine der damals Hauptverantwortlichen, die Leiterin des „Department of Field Support“ (DFS), Jane Holl Lute, konnte ihre Karriere bei der UN und anschließend in der Obama-Administration fortsetzen.

Eine Instanz, welche auf UN-Ebene sowohl den Vorwürfen in den Einsätzen als auch in der Auftragsvergabe nachgehen soll, wurde 2008/2009 von Ban Ki-Moon in Form eines „UN-Anticrime Squat“ vorgeschlagen. Postwendend erfuhr dieser Vorschlag jedoch durch die USA eine Absage, mit dem lapidaren Verweis, dass die UN zu viel Macht bekommen könnte.⁴⁴ Dass die USA jedoch selbst von ihrer Macht nach Belieben Gebrauch macht, illustriert ein weiteres Beispiel mit der Firma *PAE*. Diese wurde für Aufgaben der AU-geführten (ebenso unter dem Lemma „friedenssichernden“) AMIS-Mission in Darfur von den USA angeheuert – wohlgermerkt *ohne* Absprache mit der AU, was von der AU explizit als „Diskrepanzen in der Zusammenarbeit“ angeprangert wurde.⁴⁵

Neben diesen bereits zur Genüge bestehenden Geschäftskontakten zwischen UN und Firmen der Rüstungs- und Sicherheitsbranche soll nun, wie angekündigt, auf die Diskussion um den Einsatz privater Militärdienstleister als genuin kämpfende UN-Truppe eingegangen werden. Die Überlegungen, auch konkrete Einsätze zu privatisieren, sind dabei auf höchster Ebene vorzufinden. So merkte der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan bereits 1998 an: „Als wir die Notwendigkeit an erfahrenen Soldaten hatten, um die Kämpfer von den Flüchtlingen in den ruandischen Flüchtlingslagern in Goma zu trennen, zog ich sogar die Möglichkeit in Erwägung, private Firmen anzuheuern. Aber die Welt mag noch nicht reif dafür sein, den Frieden zu privatisieren.“⁴⁶ Peter Singer, selbst ein Militär mit entsprechender Freude an militärischen Lösungen, weist zu Recht auf einen entscheidenden Punkt hin, warum der Frieden wohl nie „reif“ sein wird, privatisiert zu werden, nämlich den der Handlungslogik privater Militärdienstleister: Profitmaximierung.⁴⁷ Es erscheint dabei ebenso banal wie zwingend, dass eine Firma, die ihren Gewinn in der gewaltförmigen Bearbeitung von Konflikten erwirtschaftet, kein Interesse daran hat, nachhaltig ihre eigenen Märkte, d.h. die Krisenherde der Welt, auszutrocknen. Ganz zu schweigen davon, dass mit den fragwürdigen Mitteln privater Militärfirmen wirkliche Konfliktlösungen ohnehin unmöglich sind. Ein privatisierter Frieden ist daher kein Frieden, sondern gehegte Unruhe, verwalteter Unfriede und der Wille, immer neue Märkte und Gewinne zu erschließen, indem neue Bedrohungslagen herbeigeredet und neue Kriege geführt werden.

Zusammenfassung: Auf zu neuen Horizonten – Die UN und der neue Militarismus

„Auf zu neuen Horizonten für UN-Peacekeeping“⁴⁸, so heißt es in einem der wichtigen Grundlagenpapiere der Hauptabteilung Friedenssicherung (DPKO) in der UN. „Auf zu neuen Horizonten“ heißt dabei aber auch, die heutigen Räume zu verlas-



UN-Kriegseinsätze kindgerecht verpackt. Quelle: Auswärtiges Amt

sen, neue Ideen und Mechanismen zu kreieren und umzusetzen und dabei die alten Rechtfertigungen zu hinterfragen, und, so sie sich als obsolet erweisen, mit allen Konsequenzen für die neuen Horizonte fallen zu lassen. Die Ausgangsfrage dieser in vier Teilen erschienenen Studie bezog sich auf das Bild, das von der UN und ihrer „blauhelmschen FriedenssoldatInnen“ systematisch erzeugt wird. Es ist wohl kaum plakativer dargestellt worden als auf der Kinderseite des Auswärtigen Amtes: eine mit einem UN-blauen Stahlhelm ausgestattete Friedenstaube. Die zugrunde liegende scheinbar auch für Kinder einfache Wahrheit lautet dabei: So militärische Gewalt nur die rechte Anwältin findet, hier also die UN mit ihren „FriedenssoldatInnen“, dann sei Gewalt ein nicht nur legales, sondern legitimes und gebotenes Mittel für die Herstellung und den Erhalt des Friedens.

Diese durchaus gewagte, auf Gewalt basierende These bedarf allein schon aus *sich* heraus Rechtfertigung und Beweis, nämlich, dass sie nicht nur das hält was sie verspricht, sondern darüber hinaus auch keine negativen Folgen zeitigt, die das abgegebene Versprechen ad absurdum führen. Zudem muss nachgewiesen werden, dass dies in der Sache also solche *so* auch alternativlos ist.

Die vorliegende Arbeit wollte nicht diesen fraglichen Beweis der Rechtmäßigkeit von Gewalt führen, sondern ganz im Gegenteil diese zum großen Teil oft unterlassene, zwingende Rechtfertigung und den Beweis der UN als richtige Anwältin der Gewalt, und in dieser Logik ergo des Friedens, kritisch hinterfragen. Was sich dabei gezeigt hat und hier in der Zusammenfassung noch einmal pointiert dargestellt werden soll, ist, dass sich hinter dem scheinbar kindgerechten Bild des blauhelmschen „Friedenseinsatzes“ eine Dynamik entwickelt hat und fortschreibt, die das Bild der Vereinten Nationen als gerechter Anwältin der Gewalt grundsätzlich in Frage stellt.

Diese Studie trägt dabei ganz bewusst den „neuen Militarismus“ im Titel. Diese Formulierung weist darauf hin, dass die „Friedensbemühungen“ der UN bestimmten Ausprägungen dieses „neuen Militarismus“ folgen, die als solche aber (auch) kennzeichnend dafür sind, wie sich heutige Dynamiken in den internationalen Beziehungen darstellen. An dieser Stelle sollen sieben dieser Ausprägungen aus den vorhergehenden Erkenntnissen abgeleitet und ihr Niederschlag in den „Friedensbemühungen“ der UN noch einmal kurz herausgearbeitet werden. Die sieben Punkte folgen dabei keiner Hierarchie oder Bedeutungsgewichtung und können aus Platzgründen hier nur skizziert werden:

1. Schwerpunktverschiebung in den Mechanismen kollektiver Friedenssicherung hin zu militärischen Lösungsansätzen;
2. Staatsaufbauprozesse, einschließlich der damit verbundenen Fokussierung auf Aufstandsbekämpfungsstrategien, als Mechanismen westlicher Kontrolle und Einflussgewinnung;
3. Sicherheitssektorreformen (SSR) in „schwachen“ Staaten/Regionen, insbesondere verbunden mit dem westlich angelei-

teten Aufbau und der Ausbildung lokaler Repressionsorgane (Militär und Polizei);

4. Ausbau und Kontrolle bereits bestehender Machtasymmetrien zugunsten von EU und NATO;
5. Marktgenerierung und Gewinnmaximierung durch neue und alte Rüstungs- und Sicherheitsunternehmen im Zeichen von „Peacekeeping“ und SSR;
6. Regionalisierungsprozesse in den Mechanismen kollektiver „Friedenssicherung“, die aber unter weitgehender westlicher Kontrolle und Anleitung erfolgen; und
7. das Scheitern (lassen) von UN-Arrangements, ohne diese als Legitimationsfolie sowie entkernte und neubesetzte Schaltstelle fallen zu lassen.

In Teil I: „Neue (alte) Strukturen, Neue (alte) Konzepte“ standen die Umstrukturierung des DPKO samt der Hauptabteilung Friedensunterstützung (DFS) sowie der Blick auf das Beschaffungswesen (UN-PD) für die Friedensmission im Fokus. Es wurde dabei offensichtlich, dass die Strukturreformen sowohl militärischen Lösungsansätzen verstärkte Präferenz zuweisen (Ausprägung 1) sowie Abteilungen für Staatsaufbauprozesse sogar neu entstanden sind (2). Durchsetzt von ehemaligen NATO-Angehörigen bzw. EU-BeamtenInnen konnten Mechanismen wie die „Strategic Military Cell“ für die UNIFIL-Mission der Vereinten Nationen im Libanon etabliert werden, die bestehende Machtasymmetrien verstärken (4). Gleichzeitig wird dabei jedoch die UN-Hülle zur Legitimation aufrecht erhalten (7), während im Zuge der Mission sowohl Staatsaufbauprozesse (1) als auch SSR durchgeführt werden können (3).

Durch die Aufstockung des Budgets des UN-PD und den Fokus auf SSR-Ausbildung im UN-Rahmen wurden zudem Märkte für Rüstungsunternehmen generiert (5). Auch die beschriebenen neuen (alten) Konzepte stehen in einer Linie zu einigen der sieben Charakteristika. So wurde eine Art neues Treuhandsystem zum Aufbau von Nachkriegszonen geschaffen, wie beispielsweise dem Kosovo (2), welches auch gleichzeitig dafür genutzt werden konnte, nachher über den Hohen Repräsentanten der EU die nahezu uneingeschränkte Herrschaft über die Provinz zu erlangen (4). Im Anschluss wurden erneut Maßnahmen zum Aufbau der lokalen Armee und Polizei in Gang gesetzt (3), woraus sich wiederum neue Märkte für Rüstungsunternehmen ergaben (5). Der Ausbau der zivil-militärischen Komponente ist dabei auch nur oberflächlich ein Wechsel zum Zivilen, sind in ihr doch auf lange Sicht militärische Lösungsmechanismen verankert, welche gleichzeitig noch mit neuer Legitimation ausgestattet werden (1).

In Teil II: „Das Scheitern der UN-Mechanismen und die Regionalisierung“ wurden die bereits bestehenden militärischen Mechanismen der UN, ganz konkret der Bereitstellungsmechanismus UNSAS sowie die heute nicht mehr existierende Militäritätinitiative SHIRBRIG in den Blick genommen, die der UN eine größere Autonomie gegenüber den Mitgliedstaaten ermöglichen könnten. In beiden Fällen wurde von westlicher Seite bewusst in Kauf genommen, dass diese scheitern (7). Im Fall von UNSAS geht dies sogar soweit, dass daraus die Forderung entsteht, dieses intendierte Scheitern als Anlass zu nehmen, die Verantwortung auf so genannte Regionalorganisationen zu übertragen (6). Auch hiermit vollzieht sich eine Verschärfung der angeblichen Notwendigkeit militärischer Lösungsstrategien (1), etwa durch eine bezüglich der Regionalisierung ausgestattete vertragliche Vereinbarung zwischen UN und NATO, mit der das westliche Militärbündnis in den Status einer Regionalorganisation erhoben wurde, mitsamt den daraus (angeblich) entstehenden Befugnissen aus der UN-Charta (4).

Der Afrikanischen Union (AU) als Regionalorganisation kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, da sie, so die politischen Verlautbarungen, im Gewand von Ownership gerade die kriegsgeschüttelte Lage in Afrika zu bewältigen habe (6). Im Zuge des Aufbaus der ASF verschränken sich hier wieder die SSR (3) mit Prozessen von Staatsaufbau (2) und der Generierung von Rüstungspotenzialen (5). Am Beispiel des so genannten „Bridging Modells“ und der im zweiten Teil beschriebenen und den Entwicklungen vorausgreifenden Übung „Brilliant Mariner“ kann deutlich das Zusammenspiel aller Charakteristika aufgezeigt werden: So es irgendwo, z.B. in Afrika, zu „kriegsähnlichen Zuständen“ kommt, soll laut dem Bridging Modell, das u.a. bei Brilliant Mariner durchgezogen wurde, als erstes eine schnelle Eingreiftruppe von EU bzw. NATO am besten per Luftkrieg oder durch die neu angeschafften Drohnen die Gewalt stoppen (1,4,5,6). Diese sollen anschließend von den nun aufgebauten afrikanischen Truppen der ASF als „boots on the ground“ in Form starker Infanterieeinheiten abgelöst werden (1,3,5,6), bevor sie abschließend noch von einer UN-Mission bei dem Staatsaufbau und SSR unterstützt werden (2,3,7). Reorganisiert sich jetzt die Gegenpartei aufgrund der nicht nachhaltig stattgefundenen „Konfliktbearbeitung“, so besteht die begründete Gefahr, dass die AU- und die UN-Mission am Widerstand gegen die Besetzung scheitern (7). In dieser Situation müssten nun wiederum NATO und/oder EU in der etablierten militärischen Logik jenen aus der Klemme helfen. Das Scheitern führt dann wieder zu Forderungen für eine verstärkte Regionalisierung, für mehr SSR usw., ergo einem Kreislauf, der sich selbst immer weiter fortschreibt ... (1,2,3,4,5,6,7).

Der dritte und der vierte Teil dieser Studie blicken noch einmal detailliert in die Regionalisierungsbestrebungen um die ASF und die damit verbundenen politischen Mechanismen und Programme (Teil III) bzw. die ökonomischen Verquickungen um die Rüstungsindustrie (Teil IV). Diese sollen jedoch nicht mehr auf die sieben Ausprägungen hin durchdekliniert werden, da das Muster deutlich geworden ist: Durch das Zusammenspiel der Charakteristika des „neuen Militarismus“, der gekleidet ist in den blauen UN-Umhängen von Frieden und Zusammenarbeit, wird nicht ein Mehr an Frieden gewonnen, sondern ein Teufelskreis aus Instabilität, Profitmaximierung und Herrschaft erzeugt.

Es ist daher dringend eine Neubewertung der militärischen „Friedensbemühungen“ der UN notwendig, mit all den sich daraus ergebenden Dynamiken, die oft gar nicht mehr im Gestaltungsspielraum der UN selbst liegen. Der Historiker Wolfram Wette weist darauf hin, dass eine genaue Analyse heutiger und vergangener „Sprachstrategien von Militärs und Politikern“⁴⁹ entscheidend sei, um rechtzeitig erkennen zu können, wie sich das Chamäleon Krieg diesmal verschleiert. Dafür ist gerade die in akademischen Kreisen sich immer stärker durchsetzende „Verantwortung zum Schutz“ (R2P) ein Paradebeispiel. Die hier vorliegende Studie wollte sich jedoch nicht an den bereits offensichtlichen und breit geführten Diskussionen beteiligen, sondern vielmehr im Stile einer dichten Beschreibung einen Blick

auf die eher am Rand stehenden Reformprozesse, Dynamiken und Geschäftsfelder werfen.

Ein abschließender Blick auf mögliche Alternativen zur zunehmenden Militarisierung der UN und ihrer Friedensbemühungen kann hier nur denkbar knapp ausfallen. Es sei jedoch verwiesen auf die „UN Millennium Development Goals“, die mit einem Bruchteil der jährlichen Militärausgaben erreicht werden könnten. Sie werden aber wohl vor allem aufgrund mangelnder finanzieller Ressourcen bis 2015 deutlich verfehlt.⁵⁰ Angesichts des offensichtlichen Zusammenhangs von Armut und Konflikten lägen hier enorme Potenziale, in Richtung einer friedlicheren Welt gelangen zu können. Es sei auch verwiesen auf das 2009 geschaffene „Stand-By Mediation Team“ in der Hauptabteilung für politische Angelegenheiten (UN-DPA) mit fünf hochrangigen Diplomaten zur raschen zivilen Konfliktbearbeitung, so diese Konflikte in Gewalt umzuschlagen drohen – im Vergleich zu den mehr als 100.000 in den Blauhelmissionen befindlichen SoldatInnen eine fast schon zynische Zahl.⁵¹ Abschließend sei auch an die in den vergangenen Jahren entwickelten Ansätze des „unarmed civilian Peacekeeping“ erinnert, auch wenn sie derzeit noch in einem vergleichbar bescheidenen Rahmen stattfinden. Zu nennen sind hier etwa die „Peace Brigades International“ oder die „Nonviolent Peaceforce“. Es sind Entwicklungen, die aufzeigen, was die UN, trotz ihrer Konstituierung als Zusammenschluss von Nationalstaaten, auch sein könnte (oder es vielleicht gerade deshalb nicht ist). Solange jedoch für solche Alternativen nicht der notwendige politische Wille vorhanden ist und sowohl der institutionelle Rahmen als auch die adäquate finanzielle Ausstattung fehlt, sollte man sich keinen Illusionen über das Wesen von Gewalt hingeben, die, gerade wenn sie im nur scheinbar „richtigen“, im blauen Gewand gekleidet ist, weder gerecht noch friedensstiftend sein kann. Wie zu Anfang bereits erwähnt, scheint „Peacekeeping“ sich heute in Anlehnung an Orwell immer mehr auf einen Punkt verdichten zu lassen:

PEACEKEEPING IST KRIEG.

Anmerkungen:

- 1 Als „African Standby Force“ wird der sich im Aufbau befindliche militärische Arm der Afrikanischen Union (AU) bezeichnet. Näheres zur ASF siehe: Thomas Mickan: Die UN und der neue Militarismus (Teil II), in: AUSDRUCK (Juni 2010), auf: www.imi-online.de, S. 13.
- 2 Leon Engelbrecht (2004): Africa: The last great untapped defence market, auf: http://www.defencenweb.co.za/index.php?option=com_content&view=article&id=1489&catid=58:Previously%20published%20articles%20&Itemid=140, Wiederveröffentlicht: 30.3.2009.
- 3 Shaun McDougall (2010): African Defense Spending Growth Expected to Slow, auf: <http://www.forecastinternational.com/press/release.cfm?article=218>.
- 4 Steve Stead et al.: Maritime Development in Africa, The Brenthurst Foundation Discussion Paper 2010/03, auf: <http://www.polity.org.za/article/maritime-development-in-africa-an-independent-specia->



Bilder der UN zu Sitzungen des Sicherheitsrates und Bilder aus dem Einsatz in Somalia, Quelle: www.un.org.

- lists-framework-july-2010-2010-07-26, S. 3.
- 5 Border Control 2011 Konferenz am 11.2.2011 in Midrand, auf: http://www.defenceweb.co.za/index.php?option=com_registrationpr o&view=event&Itemid=142&did=6.
 - 6 Auswärtiges Amt (2010): Bericht der Bundesregierung zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinten Nationen und einzelnen, global agierenden, internationalen Organisationen und Institutionen im Rahmen des VN-Systems in den Jahren 2008 und 2009, S. 28.
 - 7 Friedrich Ebert Stiftung (2010): Minutes. A Canadian Perspective on Peacekeeping – Matching Demand and Capacities, auf: http://www.fes.de/GPol/pdf/Luncheon_Minutes_Peacekeeping_29102010.pdf.
 - 8 Auswärtiges Amt (2010): Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2009, S. 32.
 - 9 Es sei angemerkt, dass die deutschen Aramidhelme für „genuine“ UN-Einsätze nicht neu lackiert werden, sondern lediglich der Tarnbezug zu Blau verändert wird. Lieferant der Bundeswehrhelme ist dabei die Firma Schubert GmbH in Magdeburg als führender Hersteller für Militärhelme, die auch die Formel 1 Helme für Schumacher und Co fertigt.
 - 10 Nina Serafino (2009): The Global Peace Operations Initiative: Background and Issues for Congress. Congressional Research Service. Summary, www.fas.org/spp/crs/row/RL32773.pdf, S. 6. Dass dies nicht nur für die USA zutrifft, weist auch Jackie Cilliers nach, siehe: The African Standby Force. Institut for Security Studies, Paper 160, März 2008, S. 19.
 - 11 Franz Feyder, Alexander Richter (22.5.2010): Deutsche Söldner für Bürgerkrieg in Somalia, auf: [Tagesschau.de, http://www.tagesschau.de/inland/asgaard100.html](http://www.tagesschau.de/inland/asgaard100.html).
 - 12 EU (2010): EU military mission to contribute to the training of the Somali Security Forces (EUTM Somalia), auf: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/missionPress/files/100429%20Fact%20sheet%20EUTM%20-%20version%204_EN02.pdf.
 - 13 Eine zusätzliche Problematik aus dem Berufsförderungsgesetz muss hier unberücksichtigt bleiben, vgl. Feyder/Richter (28.5.2010).
 - 14 Neue Zürcher Zeitung vom 22. Januar 2011: Neuer Skandal um Polizei im Südsudan - Kollektivstrafe mit Todesfolge bei einem von westlichen Geberländern priorität gefördertem Projekt, auf: http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/neuer_skandal_um_polizei_im_suedsudan_1.9177350.html.
 - 15 Northrop Grumman (Fall 2006), Technical Services Magazine, auf: http://mykc10.com/media/assets/pdf/tsmag/ts_mag_fall2006.pdf, S. 9.
 - 16 L-3 Announces Second Quarter 2007 Results, auf: http://www.l-3.com/investor-relations/documents/earnings-presentations/Q2_07_Business%20Wire_Final.pdf, S. 3.
 - 17 Jody Ray Bennett (2009): Outsourcing Africa, auf: <http://www.isn.ethz.ch/isn/Current-Affairs/Security-Watch/Detail/?lng=en&id=108451>.
 - 18 FedBizzOpps: AFRICAP Re-compete, Solicitation Number: SAQM-MA08R0237-Solicitation, auf: https://www.fbo.gov/index?s=opportunity&mode=form&id=8c9852ce91f1fe6c3e79273f0b04e500&tab=core&_cview=1&ccck=1&au=&cck=.
 - 19 Bennett (2009).
 - 20 LM-Today, Ausgabe Juli 2009, Vol. 15, No. 7, S. 4.
 - 21 Ebd.
 - 22 Steve Fortin (2007): CF members make a difference at Bamako Peacekeeping School, auf: <http://www.forces.gc.ca/site/commun/ml-fe/article-eng.asp?id=3737>. Sowie: Thomas Mickan: Die UN und der neue Militarismus (Teil III), in: AUSTRUCK (Oktober 2010), URL: www.imi-online.de, S. 15.
 - 23 Carlyle Thayer (2006): The Five Power Defence Arrangement. The Quiet Achiever. Conference Paper SWP, im speziellen S. 8, auf: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=3563.
 - 24 Mark Fayloga (2007): Pacific partners come together for Cobra Gold 2007, auf: <http://johnib.wordpress.com/category/cobra-gold/>.
 - 25 Cynthia Teramae (2009): Multinational participants arrive for 28th iteration of Exercise Cobra Gold, auf: <http://www.army.mil/news/2009/02/02/16345-multinational-participants-arrive-for-28th-iteration-of-exercise-cobra-gold/>.
 - 26 Dave Eastburn (2009): U.N. peacekeeping training conducted in Thailand, auf: <http://www.army.mil/-news/2009/02/09/16636-un-peacekeeping-training-conducted-in-thailand/index.html>.
 - 27 Crista Yazzie (2009): Cobra Gold '09 Technology Experimentation inspires future operations, auf: <http://www.army.mil/-news/2009/02/08/16606-cobra-gold-09-technology-experimentation-inspires-future-operations/>.
 - 28 US-Army (2010): Cobra Gold 2010 kicks off in Thailand, auf: <http://www.army.mil/-news/2010/02/01/33841-cobra-gold-2010-kicks-off-in-thailand/index.html>.
 - 29 Tanja Brühl, Elvira Rosert (2008): Another Quite Revolution? New Governance Forms in the United Nations System. in: The Future of Civil Society Participation at the United Nations, Bonn.
 - 30 Thales (2011), auf: http://www.thalesgroup.com/Markets/Space/What_we_do/Defense_and_Security/.
 - 31 BAE Systems (2009): BAE Systems Acquires South African Designed Iguana Light Armoured Vehicle, auf: http://www.baesystems.com/Newsroom/NewsReleases/autoGen_109529103024.html.
 - 32 Wolfgang Waldl (2008): Leopard II PSO, in: Der 33er, Ausgabe 1/2008, auf: http://www.bmlv.gv.at/sk/lask/brigaden/pzgrenbrig3/baon/pdf/der_33er_0108.pdf, S. 12.
 - 33 Ivor Ichikowitz (2010): Peacekeeping impasse risks Africa's wider stability, auf: <http://www.paramountgroup.biz/en/media-centre/in-the-news/view/peacekeeping-africa>.
 - 34 August Cole (2009): U.S. defense firms' future in peacekeeping, auf: <http://www.pri.org/business/social-entrepreneurs/defense-firms-services-market.html>.
 - 35 BAE Systems (2011), auf: <http://www.baesystems.com/Worldwide-Locations/Regions/Africa/index.htm>.
 - 36 J. J. Messner (2009): Private Security in African Peacekeeping, Journal of International Peace Operations Volume 5, Number 2, auf: <http://web.peaceops.com/archives/83#more-83Private%20Security%20in%20African%20Peacekeeping>.
 - 37 Peter W. Singer (2003): Peacekeepers, Inc., auf: http://www.brookings.edu/articles/2003/06usmilitary_singer.aspx.
 - 38 CTG Global (2011): Our Clients, auf: <http://www.ctgglobal.com/contracts.asp>.
 - 39 Messner (2009).
 - 40 August Cole (2010): DynCorp's Iraq Contracts With U.S. Are Scrutinized, auf: <http://online.wsj.com/article/SB10001424052748703415804575023293904363732.html>.
 - 41 Singer (2003).
 - 42 Ebd.
 - 43 Matthew Russell Lee (2008): UN's Lute Admits No-Bid Lockheed Deal Caused „Confusion,“ No Conflict of Interest of Iraq Overlap, auf: <http://www.innerecitypress.com/un2lockheed020708.html>.
 - 44 Colum Lynch (2009): Alleged Crime Goes Unsolved as U.N. Agencies Argue, Washington Post, auf: http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2009/05/11/AR2009051103500_pf.html.
 - 45 Alex Ramsbotham et al. (2005): The Implementation of the Joint Africa/G8 Plan to Enhance African Capabilities to Undertake Peace Support Operations: Survey of current G8 and African activities and potential areas for further collaboration Stability Operations Association, Chatham House, auf: http://www.chathamhouse.org.uk/files/3308_g8africapso.pdf, S. 50.
 - 46 Kofi Annan (1998), in: Stefan Mair (2009): Private Militärfirmen und humanitäre Interventionen. In: Münkler/ Malowitz (Hrsg): Humanitäre Intervention, S. 290.
 - 47 Singer (2003).
 - 48 DPKO/DFS (2009): A new Partnership Agenda. Charting a new Horizon for UN Peacekeeping, auf: <http://www.un.org/en/peacekeeping/documents/newhorizon.pdf>.
 - 49 Wolfram Wette (2009): 1939 bis 2009: Lügen im Dienste des Krieges, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2009, auf: <http://vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein/luegen-im-dienste-des-krieges.html>.
 - 50 Hans Christof von Sponeck (2009): The United Nations and NATO - Which security and for whom?, auf: <http://www.currentconcerns.ch/index.php?id=711>.
 - 51 UN (2008): United Nations Announces New 'On-Call' Mediation Team to Advise Peace Envoys in Field, auf: <http://www.un.org/News/Press/docs/2008/pa1.doc.htm>.



*Herausgeber des AUSDRUCKs ist die
Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung
der Informationsstelle wieder.
Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,
www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de,
Tel. 07071/49154*